

23. Sitzung

Montag, den 24.08.2015

Erfurt, Plenarsaal

**Stand und Perspektiven der
Asyl- und Flüchtlingspolitik im
Freistaat Thüringen**

1737

Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 6/918 -
dazu: Alternativantrag der Fraktion der AfD
- Drucksache 6/928 -
dazu: Alternativantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 6/945 -

Regierungserklärung des Ministers für Migration, Justiz und Verbraucherschutz zur Flüchtlingspolitik in Thüringen

1737

Unterrichtung durch die Landesregierung
- Drucksache 6/935 -

Die Regierungserklärung wird durch Minister Lauinger abgegeben.

Die Aussprache zu der Regierungserklärung und dem Antrag wird gemeinsam durchgeführt.

Der Antrag der Fraktion der CDU in Drucksache 6/918 und der Alternativantrag der Fraktion der AfD in Drucksache 6/928 werden jeweils abgelehnt.

Der Alternativantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 6/945 wird angenommen.

Herrgott, CDU	1737
Lauinger, Minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz	1738, 1745
Mohring, CDU	1748
Hennig-Wellsow, DIE LINKE	1755, 1756
Hey, SPD	1759
Höcke, AfD	1765, 1794
Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	1769
Prof. Dr. Hoff, Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei	1772, 1774, 1774
Dr. Poppenhäger, Minister für Inneres und Kommunales	1774
Gentele, fraktionslos	1776
Heym, CDU	1777
Berninger, DIE LINKE	1780, 1796
Lehmann, SPD	1784
Fiedler, CDU	1786, 1787
Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	1790
Henke, AfD	1796
Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	1797, 1797
Ramelow, Ministerpräsident	1797
Möller, AfD	1806

Anwesenheit der Abgeordneten:**Fraktion der CDU:**

Bühl, Carius, Emde, Fiedler, Floßmann, Geibert, Grob, Gruhner, Herrgott, Heym, Holbe, Holzapfel, Kellner, Kowalleck, Lehmann, Lieberknecht, Malsch, Meißner, Mohring, Primas, Reinholz, Scherer, Schulze, Tasch, Thamm, Tischner, Dr. Voigt, Walk, Walsmann, Wirkner, Worm, Wucherpfennig, Zippel

Fraktion DIE LINKE:

Berninger, Blechschmidt, Dittes, Engel, Hande, Harzer, Hausold, Hennig-Wellsow, Huster, Jung, Kalich, König, Korschewsky, Kräuter, Kubitzki, Kummer, Kuschel, Leukefeld, Lukasch, Dr. Martin-Gehl, Mitteldorf, Müller, Schaft, Dr. Scheringer-Wright, Skibbe, Stange, Wolf

Fraktion der SPD:

Becker, Hey, Höhn, Lehmann, Marx, Matschie, Mühlbauer, Pelke, Dr. Pidde, Rosin, Taubert, Warnecke

Fraktion der AfD:

Brandner, Henke, Herold, Höcke, Kießling, Möller, Muhsal, Rudy

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Adams, Henfling, Kobelt, Pfefferlein, Rothe-Beinlich, Siegesmund

fraktionslos:

Gentele, Krumpe

Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:

Ministerpräsident Ramelow, die Minister Taubert, Prof. Dr. Hoff, Keller, Dr. Klaubert, Lauinger, Dr. Poppenhäger, Siegesmund, Tiefensee, Werner

Beginn: 10.03 Uhr

Präsident Carius:

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße Sie herzlich zur heutigen Sitzung des Thüringer Landtags, die ich hiermit eröffne. Ich erlaube mir anlässlich der aktuellen Entwicklung eine kurze Vorbemerkung.

Meine Damen und Herren, die Ereignisse von Heidenau erfüllen mich – und ich glaube, in Ihrer aller Namen zu sprechen –, erfüllen uns mit Entsetzen und Abscheu. Angesichts des nie dagewesenen Zustroms von Flüchtlingen nach Europa steht auch Thüringen vor großen Herausforderungen. Die Mitarbeiter in den zuständigen Behörden und Hunderte ehrenamtliche und hauptamtliche Helfer sind seit Monaten sehr engagiert tätig, nehmen erhebliche Belastungen in Kauf. Sie bemühen sich darum, dass diejenigen, die zu uns kommen und um Asyl bitten, angemessen versorgt, betreut und geschützt werden. Allen Menschen in Thüringen, die an der Betreuung und am Schutz von Asylsuchenden mitwirken, gilt unser Respekt und Dank.

(Beifall im Hause)

Wir als Demokraten müssen diese Herausforderung annehmen. Wir müssen aber auch die Sorgen und Ängste der Bürger ernst nehmen, die sich auch am Handeln der Zuständigen entzünden. Und wir müssen klar jene verurteilen, die diese Angst schüren und sagen, das Boot sei voll. Das Boot ist nie voll für die wirklich Bedürftigen. Ich sage, Deutschland kann angesichts humanitärer Katastrophen nicht tatenlos zusehen und das tun wir auch nicht. Viele nehmen ihre Verantwortung wahr, aber wir können und müssen noch mehr tun. Dazu gehört immer auch, Recht und Gesetz zu achten und anzuwenden.

Die Ereignisse von Heidenau – ich sage aber, auch die Gewalteskalation in Suhl – zeigen, wie vielschichtig die Herausforderungen sind. Ich warne vor Schwarz-Weiß-Malerei. Gewalt und Hass, ganz gleich, gegen wen sie sich richten, dürfen in unserer Gesellschaft keinen Platz finden. Ich rufe in diesem Sinne alle Demokraten – nicht nur hier im Haus, aber auch hier im Haus – in unserem Land dazu auf, diesen humanitären Konsens immer wieder zu bekräftigen.

(Beifall im Hause)

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

Ich habe noch eine andere Pflicht zu erfüllen. In den vergangenen Tagen haben die Einsatzkräfte der Feuerwehr bei den zahlreichen Unwettern in Thüringen sehr viel geleistet. Bei diesen Einsätzen ist ein ehrenamtlicher Feuerwehrmann, Martin Gündner, ums Leben gekommen. Ich bitte Sie, sich

zum ehrenden Gedenken von den Plätzen zu erheben. – Vielen Dank.

Ich begrüße nun auch die Gäste und Vertreter der Medien auf der Zuschauertribüne. Die heutige Sitzung wurde gemäß Artikel 57 Abs. 2 Satz 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen in Verbindung mit § 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags aufgrund eines Antrags der Fraktion der CDU einberufen. Die entsprechende Unterrichtung liegt Ihnen in Drucksache 6/918 vor.

Für diese Plenarsitzung hat als Schriftführer neben mir Platz genommen Frau Abgeordnete Dr. Martin-Gehl, die Redeliste führt Frau Abgeordnete Herold. Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt: Frau Abgeordnete Liebetrau sowie Frau Abgeordnete Dr. Lukin.

Zum Beratungsgegenstand dieser gemäß dem Antrag der Fraktion der CDU gemäß Artikel 57 Abs. 2 Satz 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen in Verbindung mit § 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags außerplanmäßig einberufenen Sitzung wurden ein Alternativantrag der Fraktion der AfD in Drucksache 6/928 sowie ein Alternativantrag der Fraktionen Die Linke, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 6/945 verteilt.

Am 20. August 2015 haben Sie eine Neufassung der Einladung zu dieser Sitzung erhalten. Darin sind diese Alternativanträge ausgewiesen. Im Ergebnis einer Vereinbarung der Fraktionen unter Einbeziehung der Landesregierung ist mit der neu gefassten vorläufigen Tagesordnung vorgesehen, den Antrag der Fraktion der CDU samt den dazu eingegangenen Alternativanträgen gemeinsam mit der für diese Sitzung angekündigten Regierungserklärung des Ministers für Migration, Justiz und Verbraucherschutz zur Flüchtlingspolitik in Thüringen zu beraten. Dazu liegt Ihnen die Unterrichtung der Landesregierung in der Drucksache 6/935 vor.

Ich frage: Gibt es Widerspruch dagegen, so zu verfahren, wie es vereinbart wurde? Das ist nicht der Fall.

Zu TOP 1 – dem Antrag der Fraktion der CDU – wurde ein Änderungsantrag des Abgeordneten Krumpe in der Drucksache 6/947 verteilt. Gemäß § 64 Abs. 3 der Geschäftsordnung sind Änderungsanträge zu selbstständigen Vorlagen nur mit Zustimmung des Antragstellers zulässig. Ich frage die CDU-Fraktion, ob Zustimmung dazu signalisiert wird. Nein, es gibt keine Zustimmung. Damit ist dieser Antrag nicht zugelassen.

Damit ist die Tagesordnung wie vereinbart festgestellt und ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1**

(Präsident Carius)**Stand und Perspektiven der Asyl- und Flüchtlingspolitik im Freistaat Thüringen**

Antrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 6/918 -

dazu: Alternativantrag der Fraktion der AfD

- Drucksache 6/928 -

dazu: Alternativantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 6/945 -

sowie den **Tagesordnungspunkt 2****Regierungserklärung des Ministers für Migration, Justiz und Verbraucherschutz zur Flüchtlingspolitik in Thüringen**

Unterrichtung durch die Landesregierung

- Drucksache 6/935 -

Ich frage: Wünscht die Fraktion der CDU das Wort zur Begründung?

(Zuruf Abg. Emde, CDU: Ja!)

Bitte, Herr Herrgott, dann haben Sie das Wort.

Abgeordneter Herrgott, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine richtige Sommerpause gab es in diesem Jahr nicht. Insbesondere das Thema der ansteigenden Asylbewerber- und Flüchtlingszahlen hat uns in den letzten Wochen und Monaten auf Trab gehalten. Doch die vielen Menschen, die zu uns kommen, sind nicht nur ein Thema für die Medien, sie sind eine ganz greifbare Herausforderung für alle Verantwortungsträger in unserem Land.

Wir haben diese Sondersitzung heute einberufen, da dieses Thema und seine Folgewirkungen keinen Aufschub dulden. Für die CDU-Fraktion sage ich an dieser Stelle noch einmal klar, dass jeder, der nachweisbar schutzbedürftig ist, auch unsere Solidarität und unseren Schutz bekommen muss. Am Grundrecht auf Asyl darf es keine Abstriche geben,

(Beifall CDU)

auch wenn mehr Menschen berechtigt zu uns kommen als in den letzten Jahren. Die individuellen Schicksale dieser Menschen bewegen uns sehr. Wer allerdings kein Anrecht auf Asyl oder anderweitigen Schutz bei uns hat, muss unser Land auch zügig wieder verlassen und den Platz für wirklich Schutzbedürftige frei machen, entweder freiwillig oder nach einem Monat mit dem Zwangsmittel der Abschiebung.

(Beifall CDU)

Was rechtlich möglich ist, muss hier konsequent und zügig angewendet werden. Doch das passiert im Moment leider nur in Millimeterschritten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie wollten als rot-rot-grüne Landesregierung in der Asyl- und Flüchtlingspolitik alles besser machen und eigene Akzente setzen. Im MDR mussten Sie, Herr Ramelow, nun gestern zugeben, die Landesregierung sei in der Flüchtlingspolitik permanent überfordert.

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Recht hat er!)

Nun: Einsicht ist bekanntlich der erste Schritt zur Besserung. Wenn Sie allerdings gleich wieder auf den Bund als bösen Übeltäter verweisen, ist es mit der Einsicht schon wieder dahin. Für Versäumnisse und Missmanagement vor Ort liegt die Verantwortung hier in Thüringen.

(Beifall CDU)

Sie sind an Ihren eigenen Maßstäben gescheitert, denn was ist der Unterschied zwischen einer permanenten Überforderung und einem Scheitern, meine Damen und Herren? Die Konsequenzen Ihres Scheiterns treffen als Erstes die Menschen, die bei uns Schutz suchen und in Eisenberg auf Feldbetten, die auf der blanken Erde stehen, überspannt von notdürftig errichteten Zelten, die Nacht verbringen müssen. Die Konsequenzen Ihres Scheiterns erleben die Menschen in Suhl, die unter unwürdigen Bedingungen in einer teilweise um 50 Prozent überbelegten Einrichtung auf dem Friedberg mit Betten auf dem Gang schlafen oder Toiletten benutzen müssen, die nicht mal eine Tür haben. Wäre das unter einem CDU-Ministerpräsidenten passiert, würden die edelmütigsten Linksaußentruppen Ihrer Landtagsfraktionen seit Wochen vor den Einrichtungen demonstrieren

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Beifall CDU)

und lautstark einen Rücktritt nach dem nächsten fordern.

Wo sind jetzt Ihre profilierten Flüchtlingspolitiker? Seit Wochen ist so gut wie nichts zu hören und das kann nicht nur an der Sommerpause liegen, meine Damen und Herren. Die Liste des Unvermögens in Ihrer Flüchtlingspolitik ist lang, sehr lang.

Erstens: Ein Winterabschiebestopp, der uns in der restlichen Republik isoliert hat und völlig falsche Anreize setzt.

(Heiterkeit DIE LINKE)

Zweitens: Die teils dilettantische Suche nach neuen Erstaufnahmeeinrichtungen und Unterbringungsmöglichkeiten, begleitet von falschen Versprechun-

(Abg. Herrgott)

gen, bei denen selbst das Wort des Ministerpräsidenten in Mühlhausen nicht mal eine Woche Bestand hatte.

(Beifall CDU)

Das Land lehnte angebotene Wohncontainer Anfang des Jahres ab und musste zusehen, wie diese Herrn Lauinger, nachdem er sich mithilfe der OTZ nach einem halben Jahr wieder erinnerte, von Landrätin Schweinsburg vor der Nase weggekauft wurden.

Drittens beschließt Rot-Rot-Grün die Vereinbarung der Ministerpräsidenten über die gesonderte Unterbringung von Asylbewerbern aus sicheren Drittstaaten mit. Kurz darauf will man in Thüringen von einer irgendwie gearteten Aufteilung der Asylbewerber in der Erstaufnahme nichts mehr wissen.

(Zwischenruf Ramelow, Ministerpräsident: Falsch!)

Unmittelbar nach den Vorfällen in Suhl fabulierten Sie, Herr Ministerpräsident Ramelow, plötzlich über die Separierung nach Ethnien.

(Zwischenruf Ramelow, Ministerpräsident: Einfach falsch!)

Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Verlässlichkeit und planvolles Vorgehen sehen jedoch anders aus, meine Damen und Herren. Ihre neueste Antwort ist ein schnell zusammengeschusterter Flüchtlingsgipfel in dieser Woche. Wenn dabei so viel herauskommt wie bei dem Gipfel vor vier Monaten oder der Beratung mit Landräten und dem Gemeinde- und Städtebund vor wenigen Tagen mit Minister Lauinger, dann schlafen in vier Monaten an Heiligabend die Asylbewerber in Eisenberg immer noch in den Zelten auf Feldbetten. Die Zeit für weitere unverbindliche Gipfel und Diskussionsforen und endlose Arbeitskreise ist erschöpft, meine Damen und Herren. Legen Sie endlich einen Plan vor, wie Sie mit der Situation umgehen wollen, mit konkreten Maßnahmen, einem konkreten Zeitplan und dem Willen von Rot-Rot-Grün, endlich bestehendes Recht auch umzusetzen.

(Beifall CDU)

Sie sind aktuell die Regierung in diesem Freistaat. Also verhalten Sie sich auch endlich so und hören Sie auf, herumzulamentieren, Sie seien überfordert. Wenn die Zeiten hart sind, muss man fest stehen und handeln und nicht jammern mit dem Finger auf andere zeigen, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU)

(Unruhe DIE LINKE)

Wir sind heute sehr gespannt, ob Sie etwas und was genau Sie endlich tun wollen, damit diejenigen, die Anrecht auf unseren Schutz haben, diesen auch in angemessener Weise bekommen. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsident Carius:

Vielen Dank. Wünscht die Fraktion der AfD das Wort zur Begründung Ihres Antrags? Das ist nicht der Fall. Dann frage ich: Wünschen die Fraktionen Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen das Wort zur Begründung? Das ist auch nicht der Fall.

Ehe ich der Landesregierung das Wort für die Regierungserklärung erteile, möchte ich noch folgenden Hinweis zur Redezeit geben: Die Landesregierung hat angekündigt, keinen Sofortbericht zum Antrag zu erstatten. Gemäß § 29 Abs. 2 Satz 3 der Geschäftsordnung werden Beratungen zu Regierungserklärungen grundsätzlich in langer, also doppelter Redezeit verhandelt. Deshalb steht für die gemeinsame Beratung des Antrags und der Regierungserklärung die dreifache Redezeit zur Verfügung. Vorausgesetzt, die Landesregierung bleibt in dem nach § 29 der Geschäftsordnung vorgesehenen Zeitrahmen, sind das insgesamt 5 Stunden und 28 Minuten. In der üblichen Weise auf die Fraktionen bzw. die fraktionslosen Abgeordneten aufgeteilt, stehen im Einzelnen die Redezeiten wie folgt zur Verfügung: 1 Stunde 4 Minuten für die CDU-Fraktion, 58 Minuten für Die Linke, 42 Minuten für die SPD, 38 Minuten für die AfD, 36 Minuten für Bündnis 90/Die Grünen und je fraktionslosem Abgeordneten 10 Minuten. Spricht die Landesregierung einschließlich der 5 Minuten, die ihr zur Begründung der Regierungserklärung zur Verfügung stehen, länger als 1 Stunde und 5 Minuten, wird die Grundredezeit der Fraktionen entsprechend verlängert.

Wir kommen nun zur Debatte und ich erteile damit Herrn Minister Lauinger das Wort für die Regierungserklärung.

Lauinger, Minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, in der vergangenen Woche trat Bundesminister de Maizière vor die Öffentlichkeit und korrigierte die Prognose der zu erwartenden Flüchtlingszugänge. Bis Juli haben wir mit 450.000 Asylbewerbern kalkuliert. Jetzt müssen wir mit 800.000 Asylsuchenden rechnen. Im Juli und August dürften nahezu so viele Menschen in Deutschland um Schutz ersuchen wie im gesamten Jahr 2014. Lassen Sie mich das für Thüringen veranschaulichen.

Im Zeitraum vom 1. Januar bis 10. August 2015 wurden insgesamt 7.989 Flüchtlinge in Thüringen aufgenommen. Allein im Monat Juli sind 2.067 Asylbewerber in der Landesaufnahmestelle in Eisenberg angekommen. Auf Grundlage der bisherigen Prognose des Bundesinnenministeriums mussten

(Minister Lauinger)

wir von insgesamt 12.200 Personen ausgehen. Für diese Zahl hatte das Land Thüringen Vorkehrungen geschaffen.

Wir werden sicher gleich auch noch in der Debatte über einzelne Herkunftsländer sprechen. Aber eine Zahl will ich Ihnen dazu gleich am Anfang liefern: Im Juli waren von den 2.067 Bewerbern, die hier angekommen sind, mehr als die Hälfte, mehr als 50 Prozent aus Syrien. Im Monat August waren 82 Prozent der in Thüringen angekommenen Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan und dem Irak. Das heißt, die aktuelle Verdoppelung der Zahlen beruht auf einem dramatischen Anstieg der Asylbewerber aus diesen Ländern – aus diesen Ländern, die in der öffentlichen Debatte gern als Kriegsflüchtlinge bezeichnet werden.

In einem Punkt gebe ich dem Bundesinnenminister recht: Der Umgang mit Flüchtlingen gehört zu den größten Herausforderungen, denen sich Europa, Deutschland und Thüringen stellen müssen und stellen werden. Wir hier in Thüringen leisten unseren Teil dazu, aber wir brauchen auch Unterstützung. Man kann nicht auf der einen Seite eine Völkerwanderung diagnostizieren und dann den Bundesanteil an der Flüchtlingshilfe bei 5 Prozent belassen. 75 Prozent der Kosten, die durch diese nie da gewesene Flüchtlingszahl entstehen, tragen im Moment die Länder, 20 Prozent die Kommunen, 5 Prozent der Bund. Dies, meine Damen und Herren, ist, was die finanzielle Verteilung angeht, der eigentliche Skandal.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von Anfang an waren sich die Länder über alle Parteigrenzen und unterschiedlichen Auffassungen in der Flüchtlingspolitik einig, dass sich der Bund eben gerade nicht mit einer Einmalzahlung, wie für 2014 und 2015 geschehen, aus der Affäre ziehen kann, sondern sich endlich – und das sage ich wirklich seit Wochen und Monaten – strukturell und dauerhaft an der Finanzierung dieser Aufgabe beteiligen muss. Diese Forderung, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben die Länder einheitlich und kontinuierlich gegenüber dem Bund bei den Fachministerkonferenzen, den Konferenzen der Chefs der Staatskanzleien und den Ministerpräsidentenkonferenzen vorgetragen. In der eigens von der Ministerpräsidentenkonferenz am 18. Juni 2015 eingesetzten Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Neustrukturierung der Asylbewerber- und Flüchtlingsaufnahme unter Federführung des Bundeskanzleramts wird seither intensiv nach gemeinsamen Lösungen gesucht. Diese Bund-Länder-Arbeitsgruppe hat den Auftrag zu prüfen, ob und wo im Gefüge der Leistungen durch Bund, Länder und Kommunen sinnvoll Veränderungen vorgenommen werden können, um genau diese strukturelle und dauerhafte Beteiligung des Bundes an den für

schutzbedürftige Asylbewerber und Flüchtlinge entstehenden Kosten zu ermöglichen.

Ich persönlich sage an dieser Stelle, dass es für mich nicht entscheidend ist, welcher Vorschlag zum Schluss konsensfähig ist. Ob das ein Einmalbetrag pro Flüchtling ist, ob es der Vorschlag ist, die Kosten nach drei Monaten gesamt durch den Bund tragen zu lassen, halte ich nicht für entscheidend. Entscheidend ist endlich eine dauerhafte und strukturelle Beteiligung. Das heißt, wenn Flüchtlingszahlen steigen, steigen auch die Zuschüsse durch den Bund und nicht die Situation wie bisher, dass es eine Einmalzahlung gibt – es gibt eine Einmalzahlung und wenn die Flüchtlingszahlen dramatisch ansteigen, sind die Länder anschließend beim Bund wieder als Bittsteller, um eine Erhöhung dieses Beitrags einzufordern.

Wichtig ist hervorzuheben, dass die Asyl- und Flüchtlingspolitik eine gesamtgesellschaftliche und gesamtstaatliche Aufgabe ist, die Bund und Länder nur gemeinsam angehen und lösen können.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Selbstverständlich – und wer das bestreitet, kennt die Situation vor Ort sicherlich nicht – ist die derzeitige Situation sowohl für sämtliche Bundesländer, für alle Kommunen eine riesige Aufgabe, die wir nur gemeinsam bewältigen können. Ich versuche, bevor wir in die Debatte einsteigen, Ihnen mal ein paar Fakten für Thüringen zu präsentieren.

Wie ist die aktuelle Unterbringungssituation in den Landeserstaufnahmeeinrichtungen? Mit Stand vom heutigen Tage sind in Eisenberg 603 und in Suhl 1.668 Flüchtlinge untergebracht. Allen Beteiligten ist klar, dass dies ausgehend von einer von uns angestrebten Wunschbelegung von etwa maximal 500 Personen in Eisenberg und 1.200 in Suhl schon aus sozial- und integrationspolitischen Gründen kein Dauerzustand sein kann und darf. Aber lassen Sie mich trotzdem ein paar Sätze zu der immer wieder diskutierten Überbelegung auch in Suhl angesichts der Vorfälle von letzter Woche sagen. Es war diese Landesregierung, die festgelegt hat, dass die Quadratmeterzahl pro Flüchtling in Suhl von 4,5 auf 6 erhöht wurde. Damit kamen wir zu dieser von uns gewünschten Wunschbelegung von 1.200 Menschen. Angesichts der Tatsache, dass zwischenzeitlich pro Nacht zwischen 150 und 180 Menschen in Eisenberg standen, galt es, eine Abwägung zu treffen, ob man diese Menschen dauerhaft in größeren Zeltstädten unterbringt oder ob wir kurzfristig wieder auf den alten Wert zurückgehen. Dieser alte Wert führt nämlich dann genau zu diesen 1.800 Menschen. Wir haben immer größte Anstrengungen unternommen, diesen Wert möglichst weit zu unterschreiten. Auch in der Nacht des Vorfalls waren in Suhl „nur“ 1.500 Menschen untergebracht und keine 1.800. Die Küche ist für

(Minister Lauinger)

1.800 Menschen ausgelegt. Auch da kann man nicht davon sprechen, dass die Essensversorgung nicht gesichert werde. Wir haben unter laufendem Betrieb umgebaut. Inzwischen gibt es Baugenehmigungen für alle vier Häuser. Wir haben das Brandschutzkonzept, das Sicherheitskonzept entwickelt, wir haben ein neues Betreiberkonzept eingesetzt – das alles in den sechs Monaten seit der Regierungsübernahme unter laufendem Betrieb bei ständig steigenden Zahlen. Das heißt – ich sage es deutlich –, wir werden auch weiterhin alles dafür tun, dass man zu einer angestrebten Zahl von maximal 1.200 Menschen in Suhl kommt. Man darf aber auch nicht so tun, als ist es bei ständig steigenden Zahlen unproblematisch möglich. Vor allem kann man eines nicht tun: Man kann nicht immer gegen die Neuinbetriebnahme von Erstaufnahmeeinrichtungen wettern und dann gleichzeitig sagen, aber in Suhl müssen die Zahlen drastisch gesenkt werden.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass diese Verdoppelung der Zahlen dazu geführt hat, dass es eine Belegung gegeben hat, die nicht unseren Vorstellungen entsprochen hat, ist klar. Dass das für alle Betroffenen vor Ort mit außergewöhnlichen Herausforderungen verbunden war, vor allem im hygienischen, medizinischen und sozialen Bereich, ist auch klar. Deshalb lassen Sie mich an dieser Stelle noch mal allen hauptamtlichen und ehrenamtlichen Helfern meinen ausdrücklichen Dank und meine Anerkennung für ihr großartiges Engagement in diesem Bereich aussprechen.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ohne dass diese Menschen weit über das Normale hinaus gearbeitet und Dinge angepackt hätten, hätte man diese Situation nur schwerlich in den Griff bekommen können. Wir sind auch in Zukunft auf dieses Engagement angewiesen.

Seit Bekanntwerden dieser neuen Zahlen vor wenigen Wochen arbeitet das Land unter Hochdruck an der Verbesserung der Unterbringungssituation in den Landesaufnahmeeinrichtungen sowie an dem schnellen Ausbau von Unterbringungskapazitäten des Landes. Zur Bewältigung dieser Aufgabe und zur Beschleunigung der damit zusammenhängenden Schritte hat die Landesregierung bereits Anfang des Monats eine Taskforce eingesetzt. Diese Taskforce wird unter Beteiligung aller betroffenen Ressorts von Frau Staatssekretärin Dr. Albin geleitet. Diese Taskforce im Ministerium wird flankiert von einem Krisenstab im Thüringer Landesverwaltungsamt, der in enger Abstimmung mit allen betroffenen Ministerien und Behörden täglich zusammenkommt, um die unzähligen operativen Aufgaben zu bewältigen, die sich teilweise stündlich neu stellen. Dank dieser Strukturen ist es in einer Re-

korzzeit von weniger als zwei Wochen gelungen, neue Aufnahmekapazitäten zu schaffen. Das, was Sie, Herr Herrgott, gerade als panisches Verhalten bezeichnen, ist die Konsequenz der gestiegenen Zahlen und der Tatsache, dass diese Landesregierung in noch nie da gewesener Geschwindigkeit diese Kapazitäten geschaffen hat.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich persönlich und im Übrigen auch der Ministerpräsident haben in Telefonaten mit dem Bundesverteidigungsministerium erreicht, dass die Bundeswehr dieses Kasernengelände in Ohrdruf in weniger als drei Tagen räumt und den Flüchtlingen zur Verfügung stellt. Am Freitagabend letzter Woche um 21.00 Uhr hat die Bundeswehr tatsächlich mir und dem Ministerpräsidenten übermittelt, dass diese Entscheidung gefallen ist. Innerhalb von weniger als zwölf Stunden hat die Bundeswehr dann dieses Kasernengelände auch tatsächlich zur Verfügung gestellt. Im Moment sind in diesem Gebäude knapp über 200 Flüchtlinge untergebracht, letztendlich werden, wenn heute der endgültige Zaun noch mal im Gelände gezogen ist, der das abgrenzt zu anderen militärischen Einrichtungen, 430 Menschen in Ohrdruf Unterkunft finden. Für diese effiziente und professionelle Unterstützung danke ich an dieser Stelle der Bundeswehr noch mal ganz ausdrücklich im Namen der gesamten Landesregierung.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit anderen Worten: Diese Unterkunft in Ohrdruf wurde in weniger als fünf Tagen geschaffen, betrieben vom Roten Kreuz – alles innerhalb von weniger als fünf Tagen organisiert. Die ursprünglich für Oktober 2015 geplante Eröffnung der Landesaufnahmeeinrichtung in Mühlhausen haben wir unter größten Kraftanstrengungen mithilfe der Stadt, dem Betreiber, des ÖHK, auf letzte Woche vorgezogen. Das heißt, alle Pläne, die es gab, bestimmte Baumaßnahmen planmäßig abzuarbeiten, wurden über den Haufen geworfen und man hatte sehr schnell, sehr kooperativ dafür gesorgt, dass diese Landesaufnahmeeinrichtung in Mühlhausen schon letzte Woche eröffnen konnte und derzeit 144 Menschen beherbergt. Die Plätze werden in den nächsten Wochen sukzessive auf 700 ausgebaut.

Ein paar Worte zu Gera-Liebschwitz, weil auch an dieser Stelle immer verschiedenste Gerüchte durch die Welt geistern, die einfach so nicht richtig sind. Nach Verhandlungen mit dem Betreiber wurde – und das ist das Einzige, was das Land tun kann – letzte Woche sehr schnell der Mietvertrag für Gera-Liebschwitz unterschrieben. Das heißt, das Land ist jetzt verpflichtet, diese Plätze anzumieten, wenn der Vermieter tatsächlich diese Plätze bereitstellt. Der Vermieter hat die Planungssicherheit, dass das Land das tun muss. Wir haben die Planungssicher-

(Minister Lauinger)

heit, wenn er die entsprechenden Baugenehmigungen erhält und die entsprechenden Baumaßnahmen durchführt, dass wir auch dann dort einziehen können. Also völlig planmäßig ist der nächste Schritt, dass jetzt vonseiten des privaten Eigentümers der Bauantrag abgegeben werden muss. Dann ist die Stadt Gera am Zug, die diesen Bauantrag bescheiden muss. Dann werden die Baumaßnahmen durchgeführt und dann gelingt es uns hoffentlich, im Herbst tatsächlich auch die Einrichtung in Gera-Liebschwitz zu beziehen.

Zur schnellen Entspannung der jetzigen Situation haben wir des Weiteren nach Übergangslösungen gesucht. Vorübergehend wurden rund 100 Personen in das Bildungszentrum der Thüringer Landesverwaltung in Gotha einquartiert, die noch vor dem Wochenende nach Mühlhausen verteilt wurden, weil diese Belegung vereinbarungsgemäß nur während der Ferienzeit möglich wurde. Dennoch, lassen Sie mich auch dem Bildungszentrum Gotha Danke für diese Kooperation und dieses schnelle Engagement sagen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch wurde kurzfristig eine nur noch zum geringen Teil genutzte Polizeidienststelle in Bad Lobenstein vorübergehend zur Aufnahme von etwa 80 Flüchtlingen hergerichtet. Der Dienstbetrieb der Polizeiinspektion Saale-Orla ist dadurch nicht beeinträchtigt. Die betroffenen Polizeibediensteten verrichten ihren Dienst vorübergehend von Schleiz aus. Ein Kontaktbereichsbüro der Polizei wurde im Rathaus der Stadt in Bad Lobenstein eingerichtet.

Für die Ermöglichung dieser Notunterbringung geht mein besonderer Dank an die betroffenen Polizei- und Verwaltungsbediensteten sowie an das Thüringer Innenministerium, die Thüringer Verwaltungsfachhochschule und die Thüringer Polizei. Die dramatische Unterbringungssituation sowie die Unwetterwarnungen vor diesem Wochenende, als diese Entscheidung anstand, haben ein schnelles Handeln erforderlich gemacht. Umso mehr Dank für diese Kooperation und dieses schnelle Handeln des Innenministeriums an dieser Stelle.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe es eben schon einmal angedeutet, möchte es an dieser Stelle noch mal wiederholen: Unverständlich bleiben für mich in diesem Zusammenhang Äußerungen von Kommunalpolitikern der Opposition. Es ist erstaunlich, wie hier im Landtag immer wieder vorgetragen wird, dass es zur Entlastung der bestehenden Aufnahmeeinrichtungen notwendig ist, neue Plätze zu schaffen. Und wenn diese Landesregierung dann diese neuen Plätze schafft, stehen Kommunalpolitiker der Opposition immer in der ersten Reihe, wenn es darum geht,

dass es an dieser Stelle gerade nicht geht. Wenn ich höre, dass in Mühlhausen versucht wurde, vor dem Verwaltungsgericht mit einem einstweiligen Verfügungsverfahren den Bezug der Kaserne zu verhindern, dann ist das einfach ein Umstand, wo ich ganz klar sage, da liegen Worte und Taten doch sehr weit auseinander.

(Unruhe CDU, AfD)

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich persönlich halte dieses widersprüchliche und zum Teil wenig konstruktive Verhalten angesichts der Not dieser Menschen, die hier ankommen, für nicht hinnehmbar. Es wäre an dieser Stelle angebracht, jetzt an einem Strang zu ziehen und gemeinsam die Herausforderung zu bewältigen.

(Zwischenruf Abg. Brandner, AfD: Nicht an Ihrem! Daran ziehen wir nicht!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Maßnahmen, die ich Ihnen soeben aufgezählt habe, haben wir in den vergangenen Wochen eingeleitet. Die Landesregierung ist sich dieser Herausforderung sehr wohl bewusst. Wir werden deshalb auch noch weitere Maßnahmen ergreifen. Wir werden die bestehenden und gerade im Aufbau befindlichen Aufnahmekapazitäten weiter ausbauen. Wir werden weiteres Personal mobilisieren und umschichten. Hier zeigt sich in vorbildlicher Weise die Solidarität innerhalb der gesamten Landesverwaltung, indem Häuser Personal für Tätigkeiten bei der Flüchtlingsaufnahme frei machen.

Wir werden drittens ein Konfliktmanagement in den Erstaufnahmestellen etablieren, damit eine friedliche Lösung aufkommender Streitigkeiten ermöglicht wird. Wir werden viertens die Integration verbessern. Das Geld, das wir heute dafür investieren, sparen wir morgen. Wir wollen fünftens als Landesregierung Anreize für die Zivilgesellschaft setzen, damit private Unterkünfte und private Patenschaften die Aufnahme in den Kommunen entlasten. Wir werden sechstens auch weiterhin konsequent auf die Einhaltung des bestehenden Rechts achten und bei schweren Verstößen Sanktionen bis zum Verlust des Aufenthaltsrechts verhängen. Für mich, das habe ich auch immer und immer wieder gesagt, gibt es keine Abstriche am geltenden Recht. Dies muss allen klar sein.

(Unruhe CDU)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden weiterhin

(Unruhe AfD)

– nicht aufregen, ganz ruhig bleiben – das Sicherheitskonzept für Suhl noch einmal überarbeiten. Ich habe selbst immer gesagt, dass es für die Integration von großem Vorteil ist, wenn ein solches Gelän-

(Minister Lauinger)

de frei zugänglich ist. Die Vorfälle am Donnerstag haben gezeigt, dass wir uns sicherlich zusammen mit Polizei und Rettungskräften noch einmal Gedanken über das Sicherheitskonzept in Suhl machen müssen.

(Zwischenruf Abg. Geibert, CDU: Das ist doch albern! Man muss sich nur an die geltenden Regeln halten!)

In Anbetracht der Prognosen zur Entwicklung der Flüchtlingszahlen, der Überbelegung der vorhandenen Aufnahmeeinrichtungen und der Auslastung der bestehenden Unterbringungskapazitäten in den Kommunen werden derzeit weitere Notmaßnahmen geprüft. Hierzu zählt auch, die Verfügbarkeit landeseigener Immobilien zu überprüfen und die Frage, ob wir dort Containerstandorte errichten. Herr Herrgott, seien Sie versichert, es gibt noch mehr Container als die, die Frau Schweinsburg geordert hat. Ich sage es an dieser Stelle ganz deutlich, ich würde auch das nicht gegeneinander ausspielen. Es geht um die Unterbringung von Flüchtlingen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mir persönlich ist es genauso lieb, wenn Frau Schweinsburg die Menschen, die in ihre kommunale Verantwortung kommen, dort unterbringt, als wenn ich das mache. Mir ist jeder, der ein Dach über dem Kopf hat, lieber, als jeder, der in einem Zelt schlafen muss.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um insoweit aus vergaberechtlicher Sicht schnell handeln zu können, hatte die Landesregierung bereits im April dieses Jahres im Rahmen einer Änderung der einschlägigen Verwaltungsvorschrift befristete Vereinfachungen des Vergaberechts geschaffen. Damit sind im Rahmen gewisser Wertgrenzen beschränkte Ausschreibungen oder freihändige Vergaben möglich, die zu einer erleichterten Durchführung des Vergabeverfahrens führen.

Eine weitere große Herausforderung, die sich in den nächsten Wochen stellen wird, ist die Versorgung und Unterbringung unbegleiteter ausländischer Kinder und Jugendlicher. Diese Kinder und Jugendlichen werden durch die Jugendämter in Obhut genommen, denn sie bedürfen aufgrund ihrer besonderen Situation einer besonderen Betreuung. Derzeit sind in Thüringen etwa 145 unbegleitete ausländische Kinder und Jugendliche untergebracht. Voraussichtlich zum 1. Januar 2016 könnte sich diese Zahl deutlich erhöhen, denn eine geplante Gesetzesänderung sieht vor, diese jungen Menschen künftig nach dem Königsteiner Schlüssel auf alle Länder zu verteilen. Auch hierauf bereitet sich die Landesregierung intensiv in enger Zusammenarbeit mit den Thüringer Jugendämtern vor und schafft kurzfristig geeignete Clearingeinrichtungen

und Plätze in Nachfolgeeinrichtungen der Erziehungshilfe.

Um Ihnen die Dimension dieser Aufgabe zu verdeutlichen: Stellen Sie sich vor, von heute auf morgen müssten mehr als 1.000 Thüringer Kinder und Jugendliche ihre Familien verlassen und in Kinderheimen betreut werden. Die steigende Zahl von ausländischen unbegleiteten Kindern und Jugendlichen ist nicht nur eine Herausforderung für die Jugendhilfe bezüglich der Schaffung geeigneter Einrichtungen und Plätze und Strukturen, sondern hat auch unmittelbare Auswirkungen auf den Landeshaushalt. Das Jugendministerium ist mit den kommunalen Spitzenverbänden, den 23 Jugendämtern der kreisfreien Städte und Landkreise und den freien Trägern der Jugendhilfe im Gespräch, um den auf uns zukommenden Herausforderungen gerecht zu werden. Das Clearingverfahren wird in erlaubnispflichtigen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe nach § 45 SGB VIII entsprechend des Jugendhilfestandards durchgeführt. Die Leistungen in einer Clearingeinrichtung für unbegleitete ausländische Kinder und Jugendliche sind gegenüber den Leistungen einer normalen stationären Einrichtung der Erziehungshilfe aufwendiger und wirken sich somit auf den Personalschlüssel und auf das Entgelt aus. Die Jugendamtsleiterinnen sind derzeit mit unterschiedlicher Intensität in Gesprächen mit den Trägern von Einrichtungen der Erziehungshilfe in ihren Gebietskörperschaften, um zu eruieren, welche Möglichkeiten es gibt, Platzkapazitäten in bestehenden Einrichtungen zu nutzen bzw. welche Platzweiterungen geschaffen werden müssen. Für die Initiierung dieser Platzkapazitäten werden vom Land Mittel in Höhe von 7.500 Euro pro Platz bereitgestellt. Dafür stehen bereits 1 Million Euro in 2015 zur Verfügung. Alle Jugendamtsleiter und -leiterinnen bereiten sich darauf vor, rechtzeitig Plätze für unbegleitete ausländische Kinder und Jugendliche zur Erfüllung der Quote für ihren Landkreis vorzuhalten. Hierzu bedarf es nicht nur der Kostenerstattung gegenüber den Trägern der Einrichtungen für die Unterbringung und Betreuung dieser Kinder und Jugendlichen, sondern auch der Finanzierung der Fachkräfte in den Jugendämtern sowie Vormünder und Mitarbeiterinnen der Allgemeinen Sozialen Dienste und der Wirtschaftlichen Jugendhilfe. Diese Fachkräfte sind zusätzlich erforderlich, um den zugewiesenen hohen Fallzahlen an unbegleiteten ausländischen Kindern gerecht zu werden.

Wie ist die Situation in den Thüringer Kommunen? In gleichem Maße dringlich ist für die Landesregierung die Unterstützung der Landkreise und kreisfreien Städte. Mit nur geringer Zeitverzögerung werden spätestens ab September diese dramatisch angestiegenen Zahlen von Juli in den Kommunen ankommen. Das Gesetz erlaubt – das wissen Sie alle – eine maximale Dauer in der Erstaufnahmeeinrichtung von drei Monaten. Das heißt: Selbst wenn

(Minister Lauinger)

das Land eine Verteilung auf die Kommunen aussetzen wollte, ist dies rechtlich nicht möglich. Spätestens ab September kommen diese dramatisch angestiegenen Zahlen auch in den Landkreisen und Kommunen an. Innerhalb der ersten Hälfte dieses Jahres haben die Kommunen bereits 2.800 neue Unterbringungsplätze geschaffen, davon 60 Prozent dezentral. Das ist eine große Leistung.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Allerdings – und da brauche ich nicht herumzureden – werden den Kommunen hierzulande, wie im Übrigen in allen Bundesländern, auch noch deutlich größere Anstrengungen abverlangt werden. Die derzeit bestehenden 10.600 Plätze werden bei Weitem nicht ausreichen. Die Thüringer Landesregierung wird die Kommunen bei der Bewältigung dieser Aufgaben bestmöglich unterstützen. Schon jetzt fördert das Land jeden Platz in einer Gemeinschaftsunterkunft mit 7.500 Euro. Allein in den ersten sieben Monaten 2015 wurden rund 4.000 Anträge für die Schaffung solcher Plätze gestellt. Zeitnah wird die Investitionspauschale auch für die dezentralen Unterbringungsplätze eingeführt werden. Außerdem wird die Sozialbetreuungspauschale noch im Herbst 2015 angehoben, um den Kommunen die Einstellung weiterer Sozialarbeiter und Flüchtlingsbetreuer zu ermöglichen. Darüber hinaus wird die Landesregierung die Kommunen auch im Bereich der gestiegenen Verwaltungskosten erheblich finanziell unterstützen. Im Jahr 2016 sollen den Kommunen zusätzliche Mittel für die Verwaltungsaufgaben der Flüchtlingsunterbringung zur Verfügung gestellt werden. Dies ist im entsprechenden Gesetzentwurf zur Novellierung des Kommunalen Finanzausgleichs über den Mehrbelastungsausgleich des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes vorgesehen. Zudem erhalten die Kommunen im Übrigen weit mehr als die vom Bund zur Verfügung gestellten finanziellen Flüchtlingshilfen in Höhe von 26 Millionen Euro für die Jahre 2015 und 2016. Den Kommunen werden die mit der Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen verbundenen notwendigen Kosten pro Flüchtling und Monat entsprechend dem in Thüringen geltenden Kostenerstattungssystem erstattet. Die ansteigenden Flüchtlingszahlen werden mithin bei der Erstattung an die Kommunen eins zu eins entsprechend nachgezeichnet. Im Jahr 2014 wurden circa 47 Millionen Euro für Flüchtlinge ausgegeben. Für das Jahr 2015 wurden nach den Zahlen des Bundesamts von uns rund 79 Millionen Euro veranschlagt. Aktuell liegen wir bei den bereits getätigten Ausgaben in der Größenordnung von 66 Millionen und werden bis zum Jahresende angesichts der aktuellen Prognose deutlich im dreistelligen Bereich landen. Ich weise an dieser Stelle nochmals darauf hin: Das Land und nicht nur das Land Thüringen, sondern sämtliche Bundesländer agieren damit am

Rande der finanziellen Belastungsgrenze. Wenn es mit der Weitergabe der 26 Millionen Euro des Bundes an die Kommunen getan wäre, dann hätte die Finanzministerin, Frau Taubert, eine Sorge weniger. Wir werden den Thüringer Kommunen am Jahresende 2015 im Verhältnis zu 2014 deutlich mehr als diese 26 Millionen zur Verfügung gestellt haben. Allein die Ausreichung der Investitionspauschale für Gemeinschaftsunterkünfte für das Jahr 2015 wird aufgrund der stark gestiegenen Inanspruchnahme durch die Kommunen die vonseiten des Bundes für dieses Jahr in Aussicht gestellten finanziellen Hilfen bei Weitem übersteigen. Daher wird sich diese Landesregierung weiterhin vehement zusammen mit den anderen Ländern für eine weitergehende strukturelle und dauerhafte finanzielle Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterbringung, Betreuung und Versorgung von Flüchtlingen einsetzen. Dies werden wir als Gemeinschaft der Länder gegenüber dem Bund deutlich machen. Wenn die Zahl der Flüchtlinge rapide steigt, ist eins sicher: Umso mehr müssen wir uns für eine echte Integration der Menschen in Thüringen einsetzen. Sprachkurse, Kita-Plätze, soziale Betreuung – an allen Stellen sind Landesregierung und Kommunen hier gefragt. Das Land fördert zurzeit jährlich etwa 30 Integrationsprojekte. Unterstützt werden hierdurch insbesondere Projekte, die von Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und gemeinnützigen Vereinen durchgeführt werden und vor allem auf eine sprachliche Förderung der Zuwanderer sowie eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt ausgerichtet sind.

Denn Sprache ist der Schlüssel zur Welt, wie schon vor langer Zeit Wilhelm von Humboldt feststellte, und damit der Schlüssel für eine erfolgreiche und selbstbestimmte Integration in unsere Gesellschaft und nicht zuletzt in unseren Arbeitsmarkt. Hierfür wurden bislang jährlich 500.000 Euro aufgewandt. Die Landesregierung hat diesen Ansatz für 2015 bereits auf 732.000 Euro erhöht und beabsichtigt, ihn für den folgenden Doppelhaushalt weiter zu erhöhen. Gerade weil Sprache eine so große Bedeutung insbesondere auch für Kinder und Jugendliche im Hinblick auf ihre Bildungschancen hat, werden in Thüringen seit dem laufenden Schuljahr sogenannte Sprachklassen etabliert. Hier werden die drei Monate nach ihrer Ankunft in Deutschland schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen intensiv sprachlich gefördert, um ihnen die Teilnahme am Regelunterricht zu erleichtern. Im berufsbildenden Bereich werden ab dem Schuljahr 2015/2016 spezifische Berufsvorbereitungsangebote mit erhöhtem Deutschanteil angeboten. Darüber hinaus werden die vom Institut für Interkulturelle Kommunikation aus Erfurt durchgeführten Erstorientierungskurse in den Landesaufnahmeeinrichtungen in Eisenberg und Suhl weiterhin angeboten und aus Landesmitteln finanziert. Diese Erstorientierungskurse werden täglich in Eisenberg und Suhl sowie in den künfti-

(Minister Lauinger)

gen weiteren Aufnahmeeinrichtungen sowohl Kindern als auch Erwachsenen angeboten. Die Kurse bieten eine rasche Erstorientierung und vermitteln Basissprachkenntnisse und gesellschaftliches und kulturelles Basiswissen. Sie werden von den Flüchtlingen aller Altersklassen mit großem Engagement und Wissensdurst angenommen.

Schließlich begrüßt die Landesregierung die nunmehr in Planung befindliche und seit Langem geforderte Öffnung der Integrationskurse des Bundes auch für die Gruppe der nach den Gesetzen nicht teilnahmeberechtigten Asylbewerber und Geduldeten.

Integration kann nicht gelingen ohne Integration in den Arbeitsmarkt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hierfür ist das bei der Thüringer Agentur für Fachkräftegewinnung eingerichtete „Welcome Center Thuringia“ ein wichtiges Bindeglied zwischen Land und Wirtschaft. Ebenso ist die Gemeinsame Erklärung zur Festlegung von Qualitätsstandards bei der Anwerbung ausländischer Fachkräfte, die von Politik, Wirtschaft, Verbänden und der Arbeitsverwaltung in Thüringen unterzeichnet wurde, eine wichtige Arbeitsgrundlage. Zur Beschleunigung und Verbesserung der Integration von Flüchtlingen in Ausbildung und Arbeit hat das Migrationsministerium bereits im Frühjahr 2015 eine entsprechende Arbeitsgruppe unter Beteiligung von Vertretern der betroffenen Fachminister, der Wirtschaft, der Verbände und der Arbeitsverwaltung in Thüringen eingerichtet. Kurzfristige Ziele sind die Stärkung von Netzwerkstrukturen, das Angebot fester Beratungstage in den Landesaufnahmestellen durch die zuständigen Arbeitsagenturen und die Erfassung der Qualifikation und Sprachkenntnisse der Asylbewerber bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen. Darüber hinaus wurde bereits ein Willkommenspaket entwickelt, das Informationen zu Ausbildung und arbeitsmarktrelevanten Themen anbietet, welches ab Herbst dieses Jahres in den Landesaufnahmeeinrichtungen verteilt wird. Zudem tritt ebenfalls im Herbst 2015 die Richtlinie für das „Landesarbeitsprogramm Arbeit in Thüringen“ in Kraft, wodurch auch Projekte zur Unterstützung der Integration von Flüchtlingen in Ausbildung und Arbeit gefördert werden.

Ganz besonders begrüßt die Landesregierung die Initiativen der Wirtschaft, die darauf abzielen, geeigneten und interessierten Asylbewerbern möglichst frühzeitig eine Perspektive für den Einstieg in den Thüringer Arbeitsmarkt zu eröffnen. Ich habe es selbst festgestellt, als ich in Apolda die dortige Volkshochschule besucht habe, die Sprachkurse für Asylbewerber anbietet, dass es inzwischen in Thüringen so weit ist, dass verschiedene Arbeitgeber dort angerufen und gesagt haben, dass sie den

Kurs für bestimmte Flüchtlinge bezahlen wollen, weil sie schlicht und ergreifend nicht warten können, bis nach einem Anerkennungsverfahren, das teilweise ein Jahr oder noch länger dauert, diese Menschen das Recht auf einen Sprachkurs haben.

Derzeit prüft mein Haus zusammen mit verschiedenen weiteren beteiligten Ministerien im Rahmen einer Machbarkeitsstudie eine vom Ministerpräsidenten und der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen, ausdrücklich befürwortete Initiative der Thüringer Bauwirtschaft. Das integrierte Konzept „Berufliche Beratungs- und Entwicklungsagentur für Migranten, Asylbewerber und Flüchtlinge in die Thüringer Bauwirtschaft“ zielt auf eine Ausbildung von Asylbewerbern für eine Tätigkeit in der Thüringer Bauwirtschaft ab. Die eigentliche Herausforderung neben der Prüfung der asylrechtlichen Fragen wird die Koordinierung einer Vielzahl unterschiedlicher Fördertöpfe zur Realisierung dieses Projekts sein. Die Bundesagentur für Arbeit hat in Aussicht gestellt, im Rahmen des Möglichen ihren Beitrag dazu zu leisten, dies insbesondere mit Blick auf die Sprachförderung, die Qualifizierung und die Förderung am Arbeitsplatz, und steht uns als Ansprechpartnerin zur Verfügung. Auch Ideen und Initiativen aus dem Bereich Gesundheitswesen und Pflege werden wir entsprechend aufnehmen und prüfen. Zudem startet das Landesverwaltungsamt die Initiative zu einem beschleunigten Anerkennungsverfahren, auch mit dem Ziel der Einbeziehung von Flüchtlingen mit medizinischen und sozialpädagogischen Berufen in die Flüchtlingsbetreuung.

In diesem Zusammenhang sei an die Adresse derjenigen, die versuchen, hier Ängste zu schüren, klar gesagt: Durch die berufliche Integration von Asylberechtigten und Flüchtlingen verschlechtern sich die Ausbildungschancen für die Jugendlichen in Thüringen nicht. Auch in diesem Jahr ist die hohe Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze erschreckend. Die Thüringer Wirtschaft ist händeringend auf der Suche nach Arbeitskräften. Zur Einordnung des Arbeitskräftebedarfs gestatten Sie mir, auf die Fachkräftestudie „Fachkräfteperspektive Thüringen 2025“ Bezug zu nehmen. Es wird darin eingeschätzt, dass insbesondere durch altersbedingte Renteneintritte von Beschäftigten in Thüringen bis zum Jahr 2025, also in den nächsten zehn Jahren, ein Arbeitskräftebedarf von insgesamt 280.000 Personen besteht. Auch der Zuzug ausländischer Arbeitskräfte in Thüringen seit 2010 auf der Grundlage des Gesetzes über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet ist dabei lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein. Danach wurden EU-Arbeitsgenehmigungen in 2011 in 252, 2012 in 319, 2013 in 502 und 2014 lediglich in 15 Fällen erteilt. Für Drittstaatsangehörige wurde eine Zulassung zum Thüringer Arbeitsmarkt in 2010 für 659 Personen und

(Minister Lauinger)

von da an absteigend bis 2014 mit 448 Zulassungen erteilt. Das alles macht deutlich: Wir brauchen die Flüchtlinge, die heute herkommen, dringend als Arbeitskräfte und Nachbarn von morgen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Asylbewerber müssen deutlich schneller als bisher Rechtssicherheit über ihren Aufenthaltsstatus erlangen. Denn Flüchtlinge mit sicherem Aufenthaltsstatus können dann schneller in die Kommunen verteilt und schneller in den Arbeitsmarkt integriert werden. An dieser Stelle ist allein der Bund in der Pflicht.

(Unruhe CDU, AfD)

Dieses Land kann an keiner einzigen Stelle das Verfahren für Asylbewerber beschleunigen. Die Landesregierung unterstützt selbstverständlich die längst überfälligen Bemühungen des Bundes, die Bearbeitung von Asylanträgen zu beschleunigen.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Abschiebungsdefizit des Landes! Abschiebung ist Sache des Landes!)

Die Thüringer Landesregierung hat hierzu dem Bundeskanzleramt den Vorschlag übermittelt,

(Unruhe AfD)

zur schnelleren Bearbeitung von Asylanträgen das schriftliche Verfahren auszuweiten. Dies sollte insbesondere für Personen aus Herkunftsländern gelten, deren Asylanträge zu fast 100 Prozent positiv beschieden werden, wie etwa bei Flüchtlingen aus Syrien. Im Übrigen ist es Aufgabe des Bundes, für beschleunigte Asylverfahren zu sorgen.

(Unruhe CDU)

Wenn Sie jetzt ganz konkret nach Thüringen schauen, wurde bereits im Frühjahr dieses Jahres in der Landeserstaufnahmestelle die Voraussetzung dafür geschaffen, dass das Bundesamt dort einziehen kann. Ich persönlich habe mit dem Bundesamt gesprochen und es hieß, es wird noch im Laufe des Frühjahrs passieren. Inzwischen haben wir August und das Bundesamt ist immer noch nicht eingezogen. Nach neuesten Zahlen und Angaben soll es im Oktober einziehen. Wissen Sie, was das für Thüringen bedeutet? Dass wir im Moment jeden Flüchtling, der in der Erstaufnahme untergebracht ist, ganz egal, wo die im Land ist, nach Hermsdorf fahren müssen,

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

um ihm dort seine gesetzlich vorgesehene Anhörungsmöglichkeit zu verschaffen. Wie viel einfacher wäre es für uns, wenn diese Menschen, die in Suhl wohnen, über den Hof gehen, in das Küchengebäude, und dort beim Bundesamt ihre Anhörung machen könnten! Alle Versuche, beim zuständigen

Bundesinnenminister dafür einzutreten, dass dieses Bundesamt und diese Mitarbeiter endlich hierherkommen, waren bisher erfolglos. Ich hätte mir gewünscht, dass sie erfolgreich wären. Von daher bin ich auch immer wieder entsetzt, wenn sich ein Bundesinnenminister hinstellt und sagt: Wir müssen das Asylverfahren beschleunigen. Es ist allein seine Kompetenz, dies zu tun.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Sie haben aber auch gar nichts verstanden!)

(Unruhe CDU)

Klar ist, dass in diesem Zusammenhang auch bestandskräftig und rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber, die vollziehbar ausreisepflichtig sind, grundsätzlich Deutschland auch verlassen müssen. So sieht es das Aufenthaltsgesetz des Bundes vor.

(Unruhe AfD)

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Lächerlich!)

Gesetzlich geregelt ist aber, und das wird Ihnen schon wieder nicht mehr gefallen, der Vorrang ...

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Er macht doch etwas ganz anderes!)

Präsident Carius:

Herr Minister Lauinger, ich darf die Kollegen im Saal mal bitten, dem Herrn Minister bei seiner Regierungserklärung zuzuhören. Sie können sich dann alle an der Debatte beteiligen. Aber nach und nach. Danke. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Lauinger, Minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz:

Gesetzlich geregelt ist in diesem Gesetz aber auch, und das wird Ihnen schon wieder nicht mehr so gut gefallen, der Vorrang der freiwilligen Ausreise vor der Abschiebung. Wenn wir das tun, entsprechen wir ausschließlich und allein der gesetzlichen Grundlage. Schon vor diesem rechtsstaatlichen Hintergrund, aber auch aufgrund der unterschiedlichen Erfolgsquote ist es natürlich richtig, auf das Prinzip der freiwilligen Ausreise zu setzen. Allein die Zahlen belegen dies immer und immer wieder. Im Jahr 2014 wurden insgesamt 299 Personen abgeschoben, dagegen sind 896 Personen freiwillig ausgereist. Von diesen 896 Personen sind 583 Personen mit Fördermitteln des Bundes und des Landes, das heißt der Übernahme von Beförderungskosten und der Gewährung einer kleinen Starthilfe im Heimatland, freiwillig ausgereist. Auch für das Jahr 2015 liegen bisher 398 Anträge auf Förderung zur freiwilligen Ausreise vor. Dem stehen in 2015 bei 393 versuchten Abschiebungen lediglich 79 Fäl-

(Minister Lauinger)

le gegenüber, in denen die Abschiebung auch erfolgreich war.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Peinlich!)

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: ... Das ist die Wahrheit!)

Das heißt, Sie haben im Moment in Thüringen die Situation, dass Sie 600 Menschen haben – ganz aktuell Stand 31.07. –, die vollziehbar ausreisepflichtig sind, also deren Asylantrag abgelehnt wurde und die wiederum keine Duldung haben. Das ist die gesetzliche Lage – 600 Menschen. Dann haben Sie eine Situation, dass wir von 20.000 Flüchtlingen reden, die in diesem Land ankommen, und die Frage, selbst eine Landesregierung, die nicht einen Tag warten würde, die, nachdem feststeht, dass jemand ausreisepflichtig ist, keine Duldung hat und im Asylverfahren abgelehnt wurde, dies am nächsten Tag umsetzen würde, hätte vielleicht 600 Menschen mehr in ihre Heimatländer zurückgebracht. Sie merken selbst, wie das angesichts der Gesamtzahl nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein ist.

(Unruhe CDU, AfD)

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Es wäre schon eine Entlastung!)

Wir haben, um auch der Zahl der ausreisepflichtigen Personen gerecht zu werden, im Landesverwaltungsamt die Zahl der Mitarbeiter erhöht und die personellen Ressourcen dafür geschaffen, um – das sage ich an dieser Stelle auch deutlich, habe ich im Übrigen nie anders gesagt – dem Umstand Rechnung zu tragen, wenn ein Asylverfahren abgeschlossen ist, keine Duldungs- oder Bleiberechtsregelungen greifen, also die Ausländerbehörden keine entsprechenden Duldungs- oder Bleiberechtsgenehmigungen erteilen, eine unmittelbare Ausreisepflicht gegeben ist und das Prinzip der freiwilligen Ausreise nicht greift, dass dann natürlich auch abgeschoben werden muss. Thüringen hat sich die ganzen Wochen über nie anders verhalten, als diese gesetzlichen Grundlagen auch anzuwenden.

(Unruhe CDU)

An dieser Sachlage änderte auch das am 1. August 2015 in Kraft getretene Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung nichts – im Übrigen ein Bundesgesetz –, ein Gesetz, das selbstverständlich beim Vollzug durch die Ausländerbehörden umfassend beachtet werden muss. Nach wie vor und aus guten Gründen sieht das Aufenthaltsgesetz Fälle vor, in denen eine Abschiebung auszusetzen ist, etwa wenn Passdokumente nicht vorliegen oder gesundheitliche Gründe einer Abschiebung entgegenstehen. Auch ist es das gute Recht von abgelehnten Asylbewerbern, Anträge nach dem Aufenthaltsgesetz auf Erteilung eines Aufenthaltstitels aus humanitären Gründen zu

stellen und prüfen zu lassen. Auch sogenannte geduldete Flüchtlinge haben einen Anspruch auf eine menschenwürdige Aufnahme in unserem Land und müssen die Möglichkeit haben, sich hier zu integrieren.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch das wird durch dieses zum 1. August in Kraft getretene Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung geregelt, welches unter anderem darauf abzielt, die Rechtsstellung derjenigen zu stärken, die auch ohne einen rechtmäßigen Aufenthalt anerkanntswerte Integrationsleistungen erbracht haben. Aufgrund der stark gestiegenen Flüchtlingszahlen entbrennt in Deutschland und offensichtlich auch in Thüringen derzeit eine politische Diskussion, die teilweise von Populismus geprägt ist und mangelnder Sachlichkeit sowie Inhumanität.

(Zwischenruf Abg. Brandner, AfD: Und Unvermögen!)

Sie zielt in Teilen auf rechtlich schlicht und ergreifend nicht zulässige Maßnahmen.

Ich möchte dies an zwei Beispielen deutlich machen. Da ist zum einen die Forderung zur Rückkehr der Ausgabe von Sachleistungen statt Geldleistungen, unabhängig davon, ob ab dem Zeitpunkt der Ablehnung des Asylantrags gefordert oder bereits vorher. Das Asylbewerberleistungsgesetz ist ein Bundesgesetz. Machen Sie sich das einfach an verschiedener Stelle immer mal wieder klar! Ein Bundesgesetz, das eine schwarz-rote Bundesregierung in Kraft gesetzt hat.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Mit Zustimmung der Länder!)

Dieses Asylbewerberleistungsgesetz bestimmt unter anderem, dass am Sachleistungsprinzip in der bisherigen Form nicht mehr festgehalten wird.

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE: Zu Recht!)

(Beifall DIE LINKE)

Dies soll die Selbstbestimmungsmöglichkeiten der Flüchtlinge stärken. Eine Sachleistungs- und eine Gutscheinersorgung aus migrationspolitischen Gründen der Abschreckung ist rechtlich – verstehen Sie das? – nicht mehr möglich und wird daher natürlich auch von der Thüringer Landesregierung nicht angewandt. Denn wir können uns schlicht und ergreifend nicht über das Asylbewerberleistungsgesetz, ein Bundesgesetz, hinwegsetzen.

(Beifall DIE LINKE)

Die weitere Forderung, weitere Balkanstaaten wie den Kosovo, Albanien und Montenegro zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären, wird derzeit ebenfalls

(Minister Lauinger)

intensiv auf Bundes- und Landesebene diskutiert. Wichtig bei dieser Diskussion ist allerdings, dass klar bleiben muss, dass das grundgesetzlich geschützte Recht auf Asyl nicht angetastet wird. Es ist das Grundrecht eines jeden Asylbewerbers, dass sein Fall individuell und sorgfältig im Asylverfahren geprüft wird.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und wenn Sie sich dann mal die Mühe machen, mit den Mitarbeitern des Bundesamts zu reden und diese Menschen fragen, ist es eine Arbeitserleichterung für euch, wenn vor euch ein Flüchtling sitzt, der aus einem sicheren Herkunftsland kommt, nehmen wir jetzt mal den Kosovo, ob dieses Land als sicheres Herkunftsland schon festgestellt ist oder nicht, dann sagt Ihnen dieser Sachbearbeiter, das ändert für mich faktisch nichts.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Aber auf der Vollzugsebene!)

Ich bin vielleicht in der Bearbeitung des Antrags 10 Minuten schneller, ansonsten muss ich den genauso anhören, wie ich ihn anhören würde, ob das ein sicheres Herkunftsland ist oder nicht.

(Unruhe AfD)

Ich sage an dieser Stelle noch mal: Wenn der Bund eine Evaluierung vorlegt, dass diese drei sicheren Herkunftsländer, die man tatsächlich mal bestimmt hat, dazu geführt haben, dass aus diesen Ländern weniger Menschen gekommen sind, dass diese Maßnahme erfolgreich ist, dann ist es unredlich zu sagen, man diskutiert überhaupt nicht über diese Maßnahme. Aber solange die Bundesregierung nicht an einer Stelle nachweist, dass diese Maßnahmen greifen, erfolgreich sind, werde ich mich nicht aus rein populistischen Gründen einer Maßnahme anschließen, von der alle sagen, unterm Strich bringt sie nichts.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Unruhe AfD)

Notwendig ist an dieser Stelle eine langfristige Verbesserung der Lage in den Staaten Bosnien-Herzegowina, Serbien, Montenegro, Mazedonien, dem Kosovo und Albanien. Wir alle wissen, die Menschen werden sich nicht deshalb nicht auf den Weg machen, weil wir eine Verwaltungsvorschrift erlassen, sondern sie werden sich möglicherweise dann nicht mehr auf den Weg machen, wenn sie in ihrem Heimatland eine Perspektive haben, wenn dort Stabilität und Wirtschaftswachstum herrschen und wenn diese Menschen das Gefühl haben, in ihren Heimatländern nicht diskriminiert zu werden.

(Zwischenruf Abg. Brandner, AfD: Deshalb schieben Sie nicht ab?)

Diese Zuständigkeit, diese Maßnahmen zu ergreifen, liegt bei der Bundesregierung und der Europäischen Union. Das Land Thüringen unterstützt alle Maßnahmen, die in diese Richtung gehen. Nicht Zäune oder Abschottungen werden das Problem lösen, sondern nur Aufklärung und Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Menschen in diesen Ländern.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine weitere dringende Aufgabe der europäischen Staatengemeinschaft ist, sich auf eine tragfähige und menschenwürdige Flüchtlingspolitik zu einigen. Als ein erster kleiner Schritt in diese Richtung darf sicherlich die Europäische Migrationsagenda, die die Europäische Kommission im Mai 2015 vorgelegt hat, betrachtet werden. Zu begrüßen ist in diesem Zusammenhang, dass die Europäische Kommission eine Quote für die Übernahme von Flüchtlingen aus besonders stark belasteten Mitgliedstaaten vorschlägt, denn insbesondere Staaten wie Italien, Malta und Griechenland brauchen angesichts der gleichbleibend hohen Zahl ankommender Flüchtlinge bei der Erstaufnahme und Versorgung von Flüchtlingen europäische Solidarität. Allerdings konzentriert sich die Europäische Kommission abermals primär nur auf Abwehrmaßnahmen. Um aber dem Sterben auf dem Mittelmeer zu begegnen, muss die Europäische Kommission sich dafür einsetzen, dass die legalen Wege in die Europäische Union gestärkt und ausgebaut werden. Zudem muss die Europäische Union endlich gezielter gegen die zahlreichen systematischen Mängel im Asylbereich vorgehen, die den Zugang zu einem fairen Asylverfahren in vielen Mitgliedstaaten unmöglich machen. Es ist die Aufgabe der Bundesregierung, der Europäischen Kommission in diesem Sinne den Rücken zu stärken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss meiner Ausführungen noch etwas zu den Geschehnissen in der Erstaufnahmeeinrichtung in Suhl am vergangenen Mittwochabend sagen. Ich war am Donnerstagmorgen sofort dort und nach den Erkenntnissen der Polizei handelt es sich bei dem Vorfall um einen religiös motivierten Konflikt. Konflikte werden sich niemals gänzlich vermeiden lassen, besonders dann, wenn in Erstaufnahmeeinrichtungen eine Vielzahl von Menschen unterschiedlicher Nationalität, unterschiedlicher Religion, unterschiedlicher Herkunft auf teilweise engem Raum zusammenlebt. Eines muss aber klar und unmissverständlich sein: Konflikte, auch religiös motivierte Konflikte, auch Menschen, die sich in ihren religiösen Gefühlen verletzt sehen, können diese Konflikte nicht mit Gewalt lösen. Diese Konflikte müssen gewaltfrei gelöst werden!

(Minister Lauinger)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Selbstjustiz und Vorfälle wie diejenigen in Suhl sind in jeder Hinsicht inakzeptabel. Damit und vor allem auch mit den Angriffen auf Polizei, Sicherheitspersonal, Feuerwehr oder Rettungsdienste wurde eine rote Linie maximal überschritten. Das habe ich an jeder Stelle und an jedem Punkt in Suhl immer wieder betont. Es ist jetzt Aufgabe von Polizei und Strafverfolgungsbehörden, Täter zu ermitteln und zur Verantwortung zu ziehen. Wer in unserem Land Schutz vor Krieg, Verfolgung, Diskriminierung sucht, muss sich selbstverständlich auch an die elementaren Regeln des Zusammenlebens in diesem Land halten. Dies gilt ohne Wenn und Aber und ohne jede Einschränkung.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin der festen Überzeugung, dass auch in Zeiten wie diesen eine humane Migrations- und Flüchtlingspolitik gestaltet werden kann. Menschen in Not zu helfen, ist nicht nur eine rechtliche Verpflichtung, sondern ein Gebot des menschlichen Anstands. Ohne Solidarität mit den Schwachen und Hilfsbedürftigen kann keine Gesellschaft funktionieren.

Ich fordere daher an dieser Stelle noch mal ausdrücklich alle demokratischen Parteien in diesem Haus auf, diesen Grundgedanken unseres Gemeinwesens zu achten und zu einer sachlichen Debatte ohne populistische Parolen zurückzukehren. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Vielen Dank, Herr Minister Lauinger. Ich eröffne die Beratung zur Regierungserklärung und die Aussprache zum Antrag der Fraktion der CDU sowie den Alternativanträgen. Das Wort hat Abgeordneter Mohring für die CDU-Fraktion.

Abgeordneter Mohring, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! 60 Millionen Menschen sind auf dieser Welt auf der Flucht. In Syrien sind von 21 Millionen Einwohnern 15 Millionen auf der Flucht. Aus dem Libanon fliehen von circa 4 Millionen Einwohnern 1,5 Millionen Menschen. Das ist eine humanitäre Katastrophe größten Ausmaßes. Wir sind starken Bildern ausgesetzt, die uns zu starken emotionalen Empfindungen führen: Ertrinkende im Mittelmeer, Not leidende Kinder, Gewaltexzesse, wie wir sie in der Nacht der vergangenen Woche von Mittwoch auf Donnerstag in Suhl gesehen haben. Wir sind erhitzten Debatten ausgesetzt, die unter den

schrecklichen Vereinfachern und Ideologen leiden. Den schrecklichen Vereinfachern, die ihre Fremdenfeindlichkeit und ihren Rassismus vor Asylunterkünften austoben und brüllen „Alle raus!“. Das ist falsch und es ist unzulässig und es gehört sich dagegen aufgestanden.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber die Debatten leiden auch unter den schrecklichen Vereinfachern, die bei jeder Problemanzeige – etwa wenn Thüringer Landräte sagen, dass sie mit dem Problem der Asyl- und Flüchtlingsströme allein gelassen werden – wie auf Knopfdruck die Rassismuskeule schwingen und ebenso falsch rufen: „Alle rein!“. Gefragt ist Differenzierung. Es gibt kein Schwarz oder Weiß. Die Welt ist vielfältiger und die Welt ist bunter.

(Beifall CDU)

Wie sieht die Lage aus? Bundeskanzlerin Angela Merkel sagt zu Recht: Die Flüchtlinge werden uns mehr beschäftigen als Griechenland. Die Thüringer Menschen wollen den Menschen helfen, die in existenzieller Not sind. Sie wollen Schutz für die Schutzbedürftigen. Das ist unsere humanitäre Verpflichtung. Die Menschen wissen auch, dass Deutschland Fachkräfte braucht. Sie wissen aber auch, die Bitte um Asyl und die Suche nach Arbeit sind zweierlei Paar Schuhe. Und sie wissen und sagen es laut und zu Recht: Behaltet die Integrationsfähigkeit dieses Landes, unseres Landes im Blick. Das gilt finanziell, sozial und kulturell.

Schon wird gefragt in diesen Tagen: Was ist das eigentlich, was wir gerade in Deutschland und in Europa erleben? Ist es eine Episode wie zu Anfang der 90er-Jahre oder ist es gar eine neue Epoche? Wenn das so wäre, was heißt das dann eigentlich für uns? Ist es dann wirklich die zentrale Debatte, so wie wir sie eben aus der Regierungserklärung gehört haben, dass es allein um Kosten geht? Wenn sogar manche von Völkerwanderung sprechen, reicht es dann aus, in seiner Erklärung zur Regierung ausdrücklich nur von Kosten zu sprechen oder geht es nicht vielmehr um die Zukunft unseres Landes? Ich will sagen, lieber Herr Justizminister, Ihre Regierungserklärung hat darauf keine Antworten gegeben.

(Beifall CDU)

Die Landesregierung ist, und der Ministerpräsident hat das bestätigt, mit der Aufgabe der Bewältigung der Asyl- und Flüchtlingsproblematik überfordert. Sie ist unprofessionell, sie ist hilflos, sie ist uneinig, sie ist ideologisch und ohne Programm, die Probleme dieses Landes zu lösen.

(Beifall CDU)

Diese Regierung kann diese Aufgabe nicht.

(Abg. Mohring)

Wir haben diese Sondersitzung beantragt, weil dieses Problem der Asyl- und Flüchtlingsproblematik die Menschen in diesem Land bewegt – landauf, landab. Wer in diesem Sommer in Thüringen unterwegs war, der weiß, es gab kein anderes Thema und es gibt kein anderes Thema, was die Menschen in Thüringen mehr bewegt, als die Frage: Wie gehen wir humanitär und wie gehen wir aber auch so damit um, dass Recht und Gesetz bei uns in Thüringen weiter Anwendung finden? Die Landesregierung hat keine klare Linie. Seit Dezember liefert sie ein dissonantes Konzert ideologischer Bekenntnisse, wohlfeiler Empörung über kritische Anfragen, Kampf-gegen-Rechts-Rhetorik, zurückgenommener Versprechungen, arroganten Gehabes gegenüber den kommunalen Spitzenverbänden und – und das ist das Positive – vor allem eine SPD mit einer spürbaren Annäherung an die Wirklichkeit statt ein differenziertes Bild. Rot-Rot-Grün ist sich nicht einig, aber wir sind froh, dass es einen Partner gibt, der die Realität dieses Landes mehr zur Kenntnis nimmt, als die anderen beiden Partner.

(Beifall CDU)

Ich will Ihnen ein paar Beispiele nennen. Monatelang hat die Landesregierung nach ihrem Amtsantritt den Eindruck erweckt, als sei jeder Asylantragsteller ein Integrationsfall. Der Innenminister lässt sich damit vernehmen, dass das Instrument der Abschiebung konsequenter genutzt werden soll. Und auch der Landrat von Schmalkalden-Meinungen, ebenfalls der SPD angehörig, fordert konsequente Abschiebung, derweil der Integrationsminister dieses Instrument für untauglich hält und grüne Landtagsabgeordnete auf Twitter gar nicht heftig genug dagegen hacken können. So unterschiedlich ist die Wahrnehmung bei Rot-Rot-Grün. Während der Staatskanzleiminister bei Twitter einen neuen, bis vor wenigen Tagen angekündigten Winterabschiebestopp bei Schleswig-Holstein bejubelt, sagt der SPD-Landesvorsitzende, einen weiteren Winterabschiebestopp kann man nicht noch einmal vornehmen und daraufhin verkündet eine SPD-Landtagsabgeordnete Tweets mit dem Hashtag „Bausewein stoppen“. Unterschiedlicher können die Positionen in dieser Landesregierung nicht sein.

(Beifall CDU)

Im Bundesrat argumentiert Thüringen zuletzt gegen die Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltbeendigung, was von der Großen Koalition mit Hilfe, also auch Partner, die hier in Thüringen Verantwortung tragen, auf dem Weg und für dringend notwendig erachtet wird. Der Ministerpräsident spricht sich für eine ethnisch-religiöse Trennung von Asylbewerbern aus, während grüne Landtagsabgeordnete dagegenhalten. Der gleiche Ministerpräsident, der sich für diese ethnisch-religiöse Trennung von Asylbewerbern ausspricht, ist aber dagegen, wenn es Vorschläge gibt, Menschen vom

Westbalkan mit schlechter Bleibeperspektive in einer Einrichtung zu versammeln und dort die Asylentscheidung herbeizuführen. Sie müssen sich einigen, was Sie sagen! Sie können nicht einen Tag dies fordern und den anderen Tag im Regierungshandeln das Gegenteil machen. Verlässliche Regierungspolitik sieht wahrlich anders aus.

(Beifall CDU)

Sie ziehen seit Wochen gegen die Bundesregierung zu Felde, weil Sie sagen, dass das Kompromiss zwischen Bund und Ländern ist, dass das Bundesamt für Flüchtlinge und Migration mit mehr Personal ausgestattet werden muss. Das ist auch richtig – das ist auch Aufgabe des Bundes –, aber gleichzeitig sind Sie nicht in der Lage, in Ihrer eigenen Zentralen Abschiebestelle im Landesverwaltungsamt so viel Personal zur Verfügung zu stellen, dass die dort vorliegenden Abschiebefälle tatsächlich bearbeitet werden können. Bis zu unserem Antrag auf Sondersitzung des Landtags haben wahrlich vier Mitarbeiter in der Zentralen Abschiebestelle gearbeitet, davon zwei dauerkrank. Nach unserem Antrag auf Sondersitzung haben Sie weitere vier Mitarbeiter – Sie haben es eben angekündigt – in diese Zentrale Abschiebestelle abgeordnet. Jetzt muss man es der interessierten Öffentlichkeit dazu sagen: sage und schreibe für ganze zwei Wochen. Glückwunsch! Sie sind unprofessionell, Sie können das nicht und Sie wollen es auch gar nicht können.

(Beifall CDU, AfD)

Da fordern der Ministerpräsident und eben auch der Justizminister in seiner Regierungserklärung mehr Geld vom Bund und nicht einmal das Geld, was es vom Bund mehr gibt – sage und schreibe 26 Millionen Euro in diesem Jahr und 26 Millionen Euro im nächsten Jahr –, stellen Sie den Kommunen zur Verfügung.

(Zwischenruf Ramelow, Ministerpräsident:
Das ist falsch!)

Sie haben alles versucht hier vorzurechnen, aber eines haben Sie nicht verstanden: Wenn mehr Flüchtlinge und mehr Asylbewerber in diesem Land Thüringen da sind, dann steigen die Kosten des Landes von allein an und da kann man nicht die Zahlen von 2014 mit 2015 vergleichen. Wir haben ein Vielfaches von Flüchtlingen und Asylbewerbern zu bewältigen und nach unserer Flüchtlingskostenerstattungsverordnung sind dann höhere Aufwendungen notwendig. Was wir aber vermissen und was die Thüringer Landräte, die ich heute auch begrüße, weil sie oben auch auf der Tribüne sitzen, von Ihnen wollen, ist, das Geld vom Bund eins zu eins on top auf die Landesleistung zu geben und nicht mit Landesleistungen zu verrechnen. Das tun Sie nicht!

(Beifall CDU)

(Abg. Mohring)

(Zwischenruf Ramelow, Ministerpräsident:
Das ist falsch!)

Und ich will weitere Beispiele nennen, bei denen Rot-Rot-Grün sich nicht einig ist. Zu Recht sagt der Wirtschaftsminister Tiefensee: Man muss die Staaten im Westbalkan zu sicheren Herkunftsstaaten erklären. Bei anderen in der Koalition, mindestens bei seinem Nachbarn aus dem Justizministerium, trifft er dabei – eben gehört – auf erbitterten Widerstand. Es soll ja Grünen-Politiker geben, die schon viel weiter sind als der hiesige. Ich kann nur noch sagen: Reden Sie mit Ihren grünen Freunden aus Baden-Württemberg, reden Sie mit Ihren grünen Freunden aus Hamburg, reden Sie mit Ihren grünen Freunden aus Bremen – die sind offensichtlich klüger. Sie stammen ja aus Baden-Württemberg: Ab und zu beim Nachbarn nachfragen, wie es richtig geht, hilft auch Ihnen bei Ihrer Amtsausführung.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, auf der praktischen Ebene herrschte über Monate Funkstille. Erst seit unserem Antrag auf diese Sondersitzung überstürzten sich die Ereignisse. Und ich will Ihnen sagen: Wenn das kein politisches Chaos ist, was ist dann politisches Chaos? Diese Sondersitzung soll dazu dienen, dass Sie sich gegenüber dem Landtag erklären, dass Sie die Öffentlichkeit über Ihr Programm informieren, aber ausdrücklich – das will ich namens unserer CDU-Fraktion sagen – bieten wir Ihnen auch die Hilfe an, vor dem nächsten Flüchtlingsgipfel mit der Bundeskanzlerin Ordnung in Ihre Politik zu bringen. Wir helfen Ihnen, wenn Sie bei der Frage allein überfordert sind.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, Heidenau und Suhl verlangen klare Worte. Der Flüchtlingsstrom spaltet die Gesellschaft. Wir erleben Gefühle von Angst, wir sehen Überforderung und es gibt beeindruckende Gesten des Mitgefühls. Dies alles ist zulässig. Was nicht zulässig ist, ist Gewalt. Die Ausschreitungen gegen Asylbewerber im sächsischen Heidenau und gegen Polizisten sind inakzeptabel, sie sind beschämend und erfordern null Toleranz gegenüber Rechtsextremisten. „Gewalt ist das Analphabetentum der Seele“, sagte Rita Süßmuth zu Recht und sie hat auch heute noch recht. Null Toleranz gegenüber Gewalt gegen Asylbewerber und Polizisten in diesem Staat!

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, inakzeptabel sind auch gewalttätige Auseinandersetzungen und Ausschreitungen von Asylbewerbern. Wer hier Asyl sucht, sollte eines wissen: Mit Eisenstangen schlägt hier niemand auf seinen Nachbarn

ein. Das Gewaltmonopol hat der Staat. Bei uns gilt unsere deutsche Rechtsordnung und nicht die Scharia. Das muss jeder wissen, der bei uns Asyl sucht.

(Beifall CDU)

Unsere Rechtsordnung ist das A und O und die muss anerkannt werden!

Ich will gern an dieser Stelle – weil das unmittelbar in den Zusammenhang gehört und der Landtagspräsident hat es zu Beginn der Sitzung gesagt – noch mal ausdrücklichen Dank sagen den Helfern, Dank den Polizisten, Dank den Bürgermeistern, Dank den Landräten, Dank den Mitarbeitern in den öffentlichen Verwaltungen, in den Kommunalbehörden, in den Landesbehörden, aber auch in den Bundesbehörden und Dank den unzähligen freiwilligen Helfern. Diese besondere Herausforderung für diesen Staat in besonderem Maße würde nicht gelingen, wenn wir nicht diese Kräfte hätten, die Tag um Tag diese Problematik vor Ort bewältigen. Dank an alle Helfer in diesem Land!

(Beifall CDU, SPD)

Meine Damen und Herren, wir fordern mit dieser Sondersitzung des Thüringer Landtags ein Sofortprogramm unter dem Eindruck der Ereignisse in Suhl. Ich will vorwegschicken, bevor ich zum Sonderprogramm zu sprechen komme, was ich selbst erlebt habe, bei meinem Besuch einen Tag vor den gewalttätigen Eskalationen in der Sühler Nacht. Die Situation in der Erstaufnahmeeinrichtung am Beispiel Suhl ist unerträglich. Sie ist unerträglich im hygienischen Zustand, sie ist unerträglich, weil es keine Privatsphäre gibt, sie ist unerträglich, weil der schwarze Schimmel an den Wänden bis zur Decke wächst, sie ist unerträglich, weil zentimeterhoch das Wasser in den Gängen ist, sie ist unerträglich, weil quasi jede Tür dort eingeschlagen ist, sie ist unerträglich, weil im vierten Geschoss Fenster eingeschlagen und nicht erneuert sind und dort Kinder spielen, sie ist unerträglich, weil die Einrichtung überfüllt ist. Und dann muss man sagen, und das gilt wirklich ausdrücklich: Ich will mich nur eine Minute da reinversetzen und überlegen, was wäre, wenn dieser Zustand in Suhl, so wie ich ihn vorgefunden habe, und so, wie ihn die Asylbewerber jeden Tag vorfinden, unter einem Innenminister dieses Landes von der CDU wäre, dann würden Sie nicht aufhören können zu demonstrieren und Sondersitzungen zu beantragen. Werden Sie Ihrer Verantwortung gerecht!

(Beifall CDU)

Nicht nur in der Opposition laut brüllen, sondern auch in der Regierungsverantwortung zur eigenen Verantwortung stehen! Sie lassen das eindeutig vermissen. Christian Herrgott hat das zu Recht gesagt, jeden Tag würden die Königs und die Dittes und die Rothe-Beinlichs dieser Welt demonstrieren

(Abg. Mohring)

vor diesem Heim, wenn ein Innenminister unserer Partei oder ein anderer verantwortlicher Minister unserer Partei so ein Flüchtlingsheim zu verantworten hätte. Ich bin froh, dass in einer großen Tageszeitung heute auch aufgegriffen wird, was grüne Abgeordnete noch vor zwei Jahren hier in Thüringen zur damaligen Situation in den Flüchtlingsheimen gesagt haben.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Manchmal reicht es aus, einfach seine eigenen Wortmeldungen von vor zwei Jahren noch mal vorzunehmen, ganz tief in sich zu gehen und zu überlegen, klug nachzudenken, bevor man jedes Mal sofort laut herausbrüllt. Manchmal holt es einen auch alles wieder ein.

(Beifall CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landesregierung ist überfordert und sie ist zerstritten. Ich habe es an den Beispielen gesagt, aber es lohnt sich auch, das anhand der Landesregierungserklärung beispielhaft noch mal herauszusuchen. Meine Kollegin Annette Lehmann hat am 09.07. eine Antwort bekommen auf ihre Kleine Anfrage zum Thema „Verbindliche Standards für Erstaufnahmeeinrichtungen in Thüringen“. Dort antwortet die Landesregierung: Es gibt keine verbindlichen Standards für Erstaufnahmeeinrichtungen in Thüringen. Uns will der zuständige Minister in der Regierungserklärung verkünden, es hätte eine Änderung bei den Standards bei der Erhöhung der Quadratmeterzahlen für die Erstaufnahmeeinrichtung in Suhl gegeben. Alle wissen, dass bei dem Belegungszustand in Suhl selbst die Zahl vom Minister hier in der Regierungserklärung nicht eine Sekunde haltbar ist. 3,5 Quadratmeter finden die Asylbewerber in Suhl an Aufenthaltsfläche vor, das ist weniger als vor der behaupteten Änderung. Sie kommen Ihrer Aufgabe nicht nach! Vielleicht wissen Sie auch gar nicht, was Sie selbst manchmal antworten, wenn die Kollegen nachfragen.

(Beifall CDU)

Sie sagen in Ihrer Regierungserklärung, Sie hätten sich auf die steigenden Flüchtlingszahlen eingestellt. Dem widerspreche ich. Mit Ihrem zu spät vorgelegten Landeshaushalt für 2015 haben Sie nur die Prognose von 8.500 Flüchtlingen und Asylbewerbern in diesem Land haushaltstechnisch berücksichtigt. Wir haben beantragt, auf die aktuelle Situation Bezug zu nehmen. Diesen Antrag haben Sie abgelehnt. Als wir beim Finanzausgleich gefordert haben – Sie haben dafür ein Übergangsgesetz vorgelegt –, nicht außer Acht zu lassen, dass auch der Mehrbelastungsausgleich im Jahr 2015 angeglichen gehört, haben Sie diesen Antrag abgelehnt. Jetzt kündigen Sie das zwar für 2016 an, aber es bleibt dabei, die Landräte dieses Landes haben recht: Sie haben weder beim Mehrbelastungsaus-

gleich noch bei den Bundeshilfen noch bei Ihren eigenen Haushaltszahlen auf die steigenden Flüchtlingsströme in diesem Land reagiert. Sie haben an dieser Stelle schlicht und einfach versagt.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, Sie wollten auch nicht reagieren. Ich will noch mal das Beispiel der Containeranlage bringen. Am 09.03. hat das Ingenieurbüro Sie angeschrieben und Ihnen die Containeranlage exklusiv angeboten. Sie haben durch Ihr Haus, Herr Justizminister, dem Anschreiber am 24.03. in einem kurzen Brief geantwortet und ihm mitgeteilt, als schon klar war, wohin die Reise geht und wie der Flüchtlingsstrom ansteigen wird, derzeit besteht kein Interesse an der Einrichtung einer Containeranlage zur Unterbringung von Asylbewerbern. Es passt in Ihre Lesart rein, jeder Asylbewerber ist ein Flüchtling, ein Integrationsfall, jeder hat eine dauerhafte Bleibeperspektive. Ihr Antwortschreiben entlarvt Sie.

(Zwischenruf Lauinger, Minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz: Lesen Sie den zweiten Satz!)

Sie waren nicht auf die Situation vorbereitet. Sie wollten nicht auf die Situation vorbereitet sein. Sie müssen sich mindestens konkludent manche Eskalation in den Einrichtungen anrechnen lassen. Sie haben die Probleme verschärft und nicht entschärft.

(Beifall CDU)

Ich will Ihnen das weiter sagen. Die letzte Landesregierung von Christine Lieberknecht mit Innenminister Jörg Geibert hat Vorsorge getroffen bei einer weiteren Einrichtung in Rudolstadt.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben diese Anlage vorbereitet, wir haben Kommunikation vor Ort gemacht. Der damalige zuständige Landrat war dafür, dass in Rudolstadt eine weitere Aufnahmeeinrichtung installiert wird. Es war Ihre erste Amtshandlung in Ihrem Ministerium, auf Rudolstadt zu verzichten. Rudolstadt hätte vor dem Sommer freigezogen und genutzt werden können.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist nicht wahr, Herr Mohring!)

Sie haben durch Ihr Aussetzen bei Rudolstadt auch zur Eskalation in Suhl beigetragen, weil dort die Einrichtung überfüllt und Rudolstadt erst jetzt Ende August bezogen werden konnte.

(Zwischenruf Ramelow, Ministerpräsident: Falsch!)

Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen. Ihre Politik des Nichtstuns der ersten Monate, jeder ist willkommen, alle dürfen hierbleiben, hat zur Verschärfung der Situation beigetragen. Am Beispiel der Contai-

(Abg. Mohring)

ner und am Beispiel Rudolstadt lasse ich das hier verdeutlichen.

(Beifall CDU)

Mit Verlaub, sehr geehrter Herr Minister, Sie können alles machen auf dieser Welt, aber Sie müssen ehrlich sein.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: So wie Sie!)

Ihre Taskforce haben Sie am 11.08. eingerichtet, einen Tag, nachdem die Drucksache zum Antrag auf die Sondersitzung in diesem Landtag gestellt wurde. Sie fangen erst an zu arbeiten, Sie fangen erst an nachzudenken und Sie merken erst, dass die Probleme dieses Landes größer sind als in Ihrer schönen rot-rot-grün-bunten Welt, nachdem die Opposition Ihnen gesagt hat, werden Sie endlich tätig für dieses Land. Die Menschen erwarten zu Recht eine Landesregierung, die eine Idee hat von diesem Land und die mit den größten Regierungsproblemen dieses Landes umgeht und eine Lösung hat, und die nicht tatenlos zuschaut und den schönen Sommer genießt. Da haben Sie eindeutig versagt.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, weil nicht nur die Kritik auf einer Stelle ausreicht, weil wir auch zeigen wollen, wie wir es besser machen würden, wenn wir in Verantwortung wären, schlagen wir ein Sofortprogramm vor, wovon wir sagen, damit kann man die ersten Maßnahmen umsetzen und kann der schwierigen Situation auch Abhilfe schaffen. Dazu gehört als Allererstes die Anerkennung der Erstaufnahmeeinrichtung in Suhl als eigenständige Aufnahmestelle.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das haben Sie bisher nicht gemacht. Das müssen Sie sich zurechnen. Falls Sie es noch nicht wissen, Sie regieren seit acht Monaten. Es wäre schön, Sie würden an der Stelle endlich schneller handeln.

(Unruhe DIE LINKE)

(Beifall CDU)

Die Anerkennung bringt natürlich eines mit sich, nämlich mehr Verwaltungspersonal. In der Einrichtung in Suhl mit dreimal so vielen Asylbewerbern ist nur gleich viel Verwaltungspersonal wie in der unterbesetzten Einrichtung in Eisenberg vorgesehen. Sieben von 21 Stellen sind derzeit nur besetzt und in dieser Größenordnung ist auch nur Verwaltungspersonal in Suhl vorhanden. Die Probleme der Überforderung der Mitarbeiter vor Ort hängen auch damit zusammen, dass Sie nicht in der Lage sind, Ihren Beitrag zu leisten – ich weiß, dass sie gleich wieder nach dem Bund rufen wollen –, damit dort ausreichend Verwaltungspersonal vorhanden ist.

(Beifall CDU)

Ich will Ihnen vorhalten: Den geringen Wachschutzanteil in Suhl müssen Sie sich zurechnen lassen. Derzeit sind pro Schicht zwei Mitarbeiter des Wachschutzes in jedem Block engagiert, zwei pro Zwölf-Stunden-Schicht. Beantragt waren von den Zuständigen vor Ort fünf pro Schicht. Sie haben diesen Antrag auf erhöhtes Wachschutzpersonal in Ihrer Landesregierungsverantwortung abgelehnt, deswegen sind nur zwei Mann in der Einrichtung und deshalb kam es auch zur besonderen Eskalation in der Suhler Nacht letzte Woche. Sie haben die Anträge auf mehr Sicherheitspersonal abgelehnt und dann mussten zwei Mann in der Schicht mit der Bewältigung der Krise zurechtkommen. Das müssen Sie sich zuschreiben lassen. Mehr Wachschutz ist in diesen Einrichtungen unbedingt notwendig.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, wir erwarten mehr Mitarbeiter in den Sozialdiensten. Ich kann nur jedem empfehlen, mal nach Suhl zu fahren, wenn da 1.650 Flüchtlinge aller Religionen, aus vielen Staaten nach einer langen Flucht in dieser Einrichtung sind, den ganzen Tag, weil die Betreuung nicht ausreicht, weil zu wenig Sozialarbeiter vor Ort sind, dann erwarten wir erst recht von einer rot-rot-grünen Landesregierung, dass sie so viele Sozialarbeiter zur Verfügung stellt, dass auch Betreuung stattfinden kann. Ich will Ihnen mal zwei Zahlen nennen. Nach unserer Berechnung ist die Quote von Sozialarbeitern für Flüchtlinge in Thüringen 1 : 100; in Nordrhein-Westfalen, wo Grün und Rot regieren, ist sie 1 : 10. Nehmen Sie sich doch mal ein Beispiel bei denen, die schon länger regieren! Machen Sie es doch wenigstens noch ein bisschen besser in diesem Land in den drei Jahren und elf Monaten, in denen Sie noch Verantwortung tragen! Das kann doch nicht so viel verlangt sein.

(Beifall CDU)

Ich will Ihnen ausdrücklich sagen, der Dank an die ehrenamtlichen Helfer aus den Wohlfahrtsverbänden, der ist auch mit einer Hoffnung dieser Menschen verbunden, und zwar brauchen die feste vertragliche Zusagen. Deswegen brauchen sie länger als ein halbes Jahr Befristung von finanziellen Zusagen. Fragen Sie doch mal die Wohlfahrtsvertreter, es gibt ja auch welche hier in diesem Parlament. Die gehen derzeit alle bei den Sozialarbeitern in finanzielle Vorleistung und haben nur mündliche Zusagen seitens der Landesregierung. Wenn Sie so schön problemhaft beschreiben, welche Aufgaben Sie zu schultern haben, wie wäre es einfach mal mit dauerhaften Finanzierungszusagen, die länger als ein halbes Jahr gehen? Sie glauben doch nicht ernsthaft, bei dem Fachkräftegebot, was Sie gleichzeitig vereinbaren, dass irgendjemand in diesem Land ausreichend qualifizierte Sozialarbeiter findet, die eine Finanzierungszusage, eine

(Abg. Mohring)

mündliche zudem, von einem halben Jahr bekommen. Dann werden Sie des Problems nicht Herr, dann haben Sie neue Eskalationsstufen vor sich. Mehr Sozialarbeiter, dauerhafte Finanzierungszusagen – das muss jetzt endlich geschehen.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD: Ihr fordert doch auch nur mehr Sozialarbeiter! Ich kann es schon nicht mehr hören!)

Es braucht mehr Personal in der zentralen Landesabschiebestelle, das habe ich gesagt, und es braucht auch mehr Verwaltungsrichter an der Thüringer Verwaltungsgerichtsbarkeit. Wenn nämlich die Entscheidung zur Abschiebung gekommen ist und die Hälfte derer dann anschließend in Widerspruchsverfahren geht, dann muss die Thüringer Verwaltungsgerichtsbarkeit besser als jetzt ausgestattet sein, damit es auch zur schnellen Entscheidung kommt. Ich muss einfach vermuten, wenn zu wenig Mitarbeiter in der Landesabschiebestelle eingestellt sind, wenn zu wenig Verwaltungsrichter zur Verfügung gestellt werden, dann will man auch gar nicht, dass es zu zügigen Entscheidungen kommt, die den Bleiberechtsstatus abschließend definieren, damit dann die Abschiebung auch ansteht bei denen, wo kein Asylgrund vorliegt. Ihr Handeln in der Folge, das kann man kausal feststellen, führt auch zur Überforderung der Einrichtungen im Lande bei den Kommunen. Daran sind Sie schuld und Sie müssen sich dafür verantworten.

(Beifall CDU)

Wir teilen die Auffassung, das sagen wir ganz klar, dass natürlich auch für den Kostenträger Land freiwillig Ausreisende günstiger sind, aber wenn es nicht zur freiwilligen Ausreise kommt, dann muss dahinter zwingend ein Instrumentarium entwickelt sein, was zwingend auch die Abschiebung zur Folge hat. Es gibt keinen Staat dieser Welt, der diejenigen, die in das Land kommen, überlässt, ob sie freiwillig bleiben wollen oder nicht. Jedes Land dieser Welt hat dafür klare Regeln für die, die bleiben und klare Regeln für die, die nicht bleiben dürfen. Sie können sich aus diesem Weltkonsens nicht ausschließen. Schutz für die Schutzbedürftigen – ja, die auch vor Krieg und Tod flüchten müssen, die Angst um ihr Leib und Leben haben. Das gilt immer wieder vorweg geschoben. Aber wer keinen Asylgrund hat, der hat natürlich Anrecht auf ein Asylverfahren, das entwickelt sich aus unserem Grundgesetz, aber danach folgt die Entscheidung und nach der Entscheidung folgt die Abschiebung und beides gehört zusammen. Schutz den Schutzbedürftigen und Abschiebung, wo kein Asylgrund vorliegt. Das müssen Sie auch an der zweiten Stelle gewährleisten.

(Beifall CDU)

Deswegen ist Ihre Position, dass Migranten ohne Bleiberecht selbst entscheiden können, ob sie gehen oder bleiben, grundfalsch und sie ist ideologisch. Mit Blick auf die Notwendigkeit des Konzepts der sicheren Herkunftsstaaten sagen Hamburg und Bremen und auch Baden-Württemberg neben den unionsregierten Ländern von CDU und SPD zu Recht ausdrücklich: Wir müssen über diese Frage reden. Man muss sich das auch einen Moment vergegenwärtigen: Wie passt das denn zusammen, dass Albanien und andere, die seit 2014 im Aufnahmeverfahren für die Europäische Union sind, gleichzeitig als Verfolgerstaaten anerkannt werden? Wer in der Europäischen Union irgendwann nach einem längeren Verfahren Mitglied ist, bei dem schließt sich aus, dass das kein sicherer Herkunftsstaat ist. Entweder Beitritt zur Union, auch mit allen langen Prozessen, mit aller Rechtsstaatlichkeit, die dort notwendig ist vor Ort, aber beides sein, gleichzeitig Verfolgerstaat und Beitrittskandidat, schließt sich aus. Deshalb ist die Erweiterung der sicheren Drittstaaten auch auf den Westbalkan – unbedingt notwendig. Sie dürfen es im Bundesrat nicht blockieren, Sie müssen es umsetzen!

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, das muss man ganz klar sagen: Das Asylrecht – Christian Herrgott hat es in der Einbringungsrede gesagt – ist unverrückbar. Unser Grundgesetz ist an diesem Punkt bestandsicher und von niemandem infrage zu stellen. Deswegen hat jeder – ob Asylgrund ja oder nein – einen Anspruch auf Asylverfahren. Aber es gibt eben keinen Asylgrund für die, die ihre wirtschaftliche Lage verbessern wollen. Natürlich ist es schwierig, in so einem Land zu leben, natürlich. Und natürlich ist es schwer, aus menschlichem Herzen heraus zu verstehen, wenn diese Menschen in diese schwierige wirtschaftliche Situation nach einem abgelehnten Asylantrag zurückgeschickt werden müssen. Aber noch unmenschlicher ist Ihre Politik, den Menschen zunächst durch ein verzögertes Asylverfahren die Hoffnung zu geben, sie hätten eine dauerhafte Bleibeperspektive, und dann werden sie trotzdem abgeschoben, nachdem nach drei Monaten die Kinder in den Kindergarten oder in die Schule gekommen sind und am Deutschkurs teilnehmen. Das ist unmenschlich – erst Hoffnung machen und dann abschieben. Schnelle Entscheidung tut auch weh, aber schafft klare Perspektive und Klarheit, wo unsere Grenzen des Gesetzes sind.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, einen Satz muss ich an dieser Stelle mal sagen, weil es in der bundesdeutschen Debatte von links immer wieder hervorgezogen wird: Da meinen manche, sie können die Flüchtlingssituation mit 1989 vergleichen. Da will ich mal was ganz Klares sagen,

(Abg. Mohring)

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Jetzt kommt die Volksgemeinschaft!)

und das passt natürlich wunderbar in Ihr Verständnis, auch in Ihr geschichtsverklittertes Bild:

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Der Spiegel ist links?)

Die Menschen im Sommer '89 sind geflohen aus dem SED-Diktaturstaat, weil sie wussten, dass sie auf Dauer eingesperrt sind und weil sie wussten, wenn sie zurückkehren in das Land, dann werden sie politisch verfolgt und dann kommen sie ins Gefängnis.

(Unruhe DIE LINKE)

Deswegen sind die Menschen über die Botschaften geflohen, weil sie raus wollten aus der Diktatur der Unfreiheit.

(Beifall CDU)

Sie wollen uns heute einreden, die Menschen seien nur wegen wirtschaftlichen Gesichtspunkten geflohen. Sie sind geflohen vor Ihrer Diktatur. Es ist unmöglich, das zu vergleichen mit der heutigen schwierigen Situation mancher Kriegsflüchtlinge.

(Beifall Abg. Gentele, fraktionslos)

Meine Damen und Herren, natürlich gehört zu der Frage, was muss man regeln und was erwarten wir vom Flüchtlingsgipfel mit der Kanzlerin, auch die Frage, dass man bundesrechtlich die Unzulässigkeit von Folgeanträgen regeln muss. Bei wem der Asylantrag entschieden wurde, bei dem muss klar sein, egal, wo er in Europa entschieden wurde, es darf kein neuer Folgeantrag gestellt werden, dass das Verfahren von vorne losgeht. Es gab schon mal die Regelung.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen angesichts der schwierigen Situation zurück zu dem Rechtsstatus, den wir schon vorgefunden haben. Nur dann werden wir Stück für Stück der Probleme Herr – auch das gehört zur Wahrheit und zur Ehrlichkeit dazu.

(Beifall CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Grundmelodie von Rot-Rot-Grün heißt: „Alle Flüchtlinge sind Neubürger“. So hat es der Regierungssprecher in einem Blogbeitrag letzte Woche geschrieben, und zwar in der Nacht vor dem letzten Mittwoch auf Donnerstag. Wir sagen ganz ausdrücklich: Nein, nicht alle Menschen, die nach Deutschland kommen, sind Neubürger. Der Gewaltausbruch in Suhl hat auch auf dieses Thema ein grelles und auch neues Licht geworfen.

Meine Damen und Herren, wenn der Ministerpräsident zu Recht sagt, einen Koran schänden geht gar nicht, und das Taktgefühl verbietet es, Menschen in

ihren religiösen Gefühlen zu verletzen, dann teilen wir das ausdrücklich. Aber ich sage eben auch: Das Taktgefühl gilt auch gegenüber dem Christentum und seiner Symbole. Beides gehört zusammen.

(Zwischenruf Ramelow, Ministerpräsident: Ja! Ja!)

(Beifall CDU)

Sie haben das auch gesagt. Aber ich sage das ausdrücklich auch mit Blick auf die Eskalation in Suhl. Der afghanische Asylbewerber, der mittlerweile in einer anderen Einrichtung untergebracht ist, war ein Christ. Und die Eskalation, die in der Suhler Nacht gewesen ist, hat eine Vorgeschichte. Es lohnt sich im zuständigen Migrationsausschuss und es lohnt sich auch im Innenausschuss, sich noch einmal die Vorgänge aus den Vernehmungen der Polizei anzuschauen. Auch das gehört dazu. Wer hier Schutz in Deutschland sucht, der muss auch wissen: Bei uns gilt Religionsfreiheit in der Ausübung wie auch im Leben des Glaubens. Wer gerade in einem Land mit christlich-jüdischer-abendländischer Tradition Schutz sucht, der muss wissen, er ist dann auch dauerhaft mit Christen gemeinsam in diesem Land verortet. Integration gelingt nur, wenn sie von beiden Seiten gewollt ist. Willkommen auf der einen Seite, aber auch der Wille zur Integration, der Wille des Zusammenlebens von verschiedenen Religionen gehören zu den ursächlichen Grundbedingungen, wenn man hier Asyl beantragt. Die Folge über den Antrag folgt danach, aber das Verständnis vorher erwarten wir von jedem, der Integration in diesem Land sucht.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, Bodo Ramelow hat am Wochenende nachgetragen – er hatte es ursprünglich in der ersten Wortmeldung nach Suhl vergessen: Lynchjustiz verbietet unsere Rechtsordnung.

(Zwischenruf Ramelow, Ministerpräsident: Habe ich nicht vergessen!)

Der Justizminister hat ausdrücklich auch darauf hingewiesen. Ich will das ausdrücklich loben. Ich will an dieser Stelle auch sagen, ich glaube, dass aus der politischen Debatte heraus Rücktrittsforderungen zu weit gehen. Aber ich will Ihnen auch sagen, sehr geehrter Herr Justiz- und Migrationsminister, Sie haben Schwierigkeiten mit der Amtsausfüllung im Justiz- und Migrationsbereich. Aus gutem Grund ist in keinem anderen deutschen Bundesland der Migrationsbereich bei dem Justizministerium verankert. Es passt nicht zusammen, es zerschneidet die behördlichen Stränge im Innenbereich, die Wege vom Innenministerium über das Landesverwaltungsamt zu den kommunalen Behörden. Dass wir mehr Bürokratie haben, dass viele Landräte beklagen, es funktioniert nicht mehr, dass die Ankunft der Asylbewerberbusse manchmal zwei Stunden vorher erst bei den Landräten mitgeteilt wird, liegt

(Abg. Mohring)

auch daran, dass Sie nicht in der Lage sind, die Aufgabe in Ihrem Haus zu beherrschen. Es wäre besser, der Migrationsbereich wäre im Innenressort verankert, wo er jahrelang gut etabliert war.

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE:
Ganz toll, Herr Mohring!)

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, ich will an der Stelle abschließend anmerken, es ist richtig, es ist eine Aufgabe der Europäischen Union. Es kann nicht richtig sein, dass fünf Mitgliedsländer der Europäischen Union 75 Prozent der Asylbewerberanträge bewerkstelligen müssen. Solidarität in der Europäischen Gemeinschaft heißt, es muss gemeinsame Verteilquoten geben, Sie müssen verbindlich gelten. Die Solidarität weniger auszunutzen, damit andere sich abdücken können, das kann keine richtige europäische Aufgabe sein. Die Gemeinschaft ist in der Lage, diese Herausforderung zu schultern. Aber Sie kann diese Herausforderung nur schultern, wenn jeder seinen Beitrag leistet und nicht die einen die Flüchtlinge durchwinken ohne Registrierung, gegen Dublin-III- und Schengen-Abkommen verstoßen. Die Rechtsordnung einzuhalten gilt es auch für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Darauf drängen wir. Da haben Sie eine große Aufgabe, auch im Bund dafür mit Beitrag zu leisten.

(Beifall CDU, SPD)

Wir brauchen vergleichbare Standards, wir brauchen abgestimmte Integrationsangebote, wir brauchen einheitliche Abschieberegeln, wir brauchen faire Verteilungsquoten. Ich will ausdrücklich sagen, der Zehn-Punkte-Plan des Außenministers des Bundes und des SPD-Vorsitzenden ist ein richtiger Schritt. Wir begrüßen ihn ausdrücklich. Er trägt zur sachlichen Debatte bei. Aber er zeigt eben auch, die SPD ist in der Realitätserinnerung näher als die roten und grünen Koalitionspartner.

Liebe Sozialdemokraten in diesem Land, ihr seid unser Hoffnungsschimmer, dass diese Regierung nicht völlig versagt, dass sie nicht völlig überfordert wird, aber ihr müsst auch das, was im Bund gemacht wird, wo ihr als Sozialdemokraten jeden Tag die Hand hebt, wo ihr Programme vorlegt, wo ihr für sichere Drittstaaten seid, wo ihr für klare Abschieberegeln seid – all das sagen Sozialdemokraten in Deutschland –, ihr müsst es auch dort umsetzen, wo ihr Verantwortung tragt. Hier in Thüringen könnt ihr es beweisen, endlich einmal aus dem Schatten der Linkspartei heraustreten. Viel Kraft und viel Mut dabei!

(Beifall CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Deutschland und Thüringen stehen vor großen Herausforderungen. Wir sind in der Lage, den Flüchtlingsstrom zu meistern, und wir brauchen – jeder auf

seiner verantwortlichen Position – Menschen, die um diese Verantwortung wissen, die unser Recht klar anwenden, die eine Idee haben von der Bewältigung dieser Problematik und die den Menschen erklären, warum wir angesichts der starken Flüchtlingsströme aus den Kriegsgebieten Hilfe und Solidarität noch mehr brauchen, als wir uns jemals vorstellen konnten. Wer aber über die Köpfe der Menschen hinweg entscheidet, wer Polizeistationen räumt, ohne dass es die Zuständigen vor Ort wissen, wer mit den Bürgern nicht redet und auf Demonstrationen sagt, dass man schon alles entschieden hat und das jetzt so gemacht wird, wer infrage stellt, dass die Menschen vielleicht auch in Sorge sind angesichts der besonderen Herausforderungen, und jeden gleich in die rechte Ecke stellt und immer sofort sagt, Rassismuskeule raus, Nazi-keule raus, bei jedem, der sich empört, der versteht diese Welt nicht. Nein, es braucht Verantwortung und es braucht Gespräche. Ich will namens unserer CDU-Fraktion deutlich einfordern: Wir erwarten gerade von denen, die in der Opposition nicht laut genug rufen konnten, was man alles in Flüchtlingsfragen tun muss, nur einen Bruchteil dessen jetzt zu realisieren, wo Sie in Verantwortung sind. Es ist nicht zu viel verlangt! Und wenn Sie überfordert sind, dann müssen Sie die Aufgabe anderen übertragen. Aber wenn Sie im Amt sind, dann erwarten wir jeden Tag von Ihnen aufs Neue Verantwortung für die Zukunft dieses Landes. Vielen Dank, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Präsident Carius:

Vielen Dank, Herr Mohring. Als Nächster erteile ich das Wort Frau Abgeordneter Hennig-Wellsow für die Fraktion Die Linke.

Abgeordnete Hennig-Wellsow, DIE LINKE:

(Zwischenruf Abg. Brandner, AfD: Jetzt beginnt die Märchenstunde!)

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Vertreterinnen und Vertreter des Flüchtlingsrats, der Kirchen, des Landkreistags, des Gemeinde- und Städtebunds, herzlich willkommen zu dieser Debatte!

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Thüringer CDU hat sich entschieden, aus der Flüchtlings- und Asylpolitik ein parteipolitisches Kampffeld zu machen.

(Heiterkeit CDU)

Die Thüringer CDU will auf dem Rücken von Menschen, die vor Krieg und Verfolgung geflohen sind, die ihr nacktes Leben gerettet und im Mittelmeer in

(Abg. Hennig-Wellso)

viel zu kleinen Booten überlebt haben, offenbar politisches Kapital schlagen.

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Dann haben Sie den Ernst der Lage immer noch nicht verstanden! Nehmen Sie den Schleier runter!)

Da hilft auch eine Rede des Wolfs Mohring im Schafspelz nicht. Für ihn ist Freiheit seine eigene, aber nicht die aller Menschen nach ihrer Fassung.

(Beifall DIE LINKE)

Die Thüringer CDU instrumentalisiert das Leid von Menschen, um mit Populismus gegen die Thüringer Landesregierung und die rot-rot-grüne Koalition ins Feld zu ziehen. Das ist eklatantes Versagen des CDU-Vorsitzenden. Jetzt ist gemeinsames Handeln gefragt und nichts anderes.

(Heiterkeit CDU)

Und wer nicht erkennt, welche Verantwortung diese Landesregierung übernimmt und welche Antworten sie für die Zukunft anbietet,

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Wo lebt ihr denn eigentlich?)

dem will ich sie auch noch einmal sagen – es war deutlich zu hören in der Regierungserklärung: Diese Landesregierung und die sie tragenden Parteien stehen für humane Flüchtlingspolitik.

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Das sieht man ja!)

(Heiterkeit CDU)

Sie steht dafür, aus Flüchtlingen Neubürger zu werben, und sie steht dafür, mit einer klaren Haltung gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus allen Ressentiments den Boden zu entziehen. Eines muss vorweg klar und deutlich gesagt werden: Die gestiegene Zahl von Menschen, die in den letzten Monaten und Wochen in Deutschland Schutz und Hilfe gesucht haben, die wären auch dann nach Deutschland gekommen, würde in Thüringen noch die CDU regieren. Mit dieser Situation, wie wir sie heute erleben, wären auch Sie konfrontiert gewesen. Aus der Opposition heraus ist es immer einfach, wohlfeile Reden zu halten.

(Zwischenruf Abg. Dr. Voigt, CDU: Wir hätten es besser gemacht!)

Aber Verantwortung zu tragen, das ist etwas anderes.

(Heiterkeit CDU)

Und Verantwortung tragen, das tut diese Landesregierung. Diese Landesregierung handelt und ich bin wirklich froh, dass wir es sind. Die Verantwortung, hätten Sie sie getragen, dann würden wir wahrscheinlich jetzt Sachleistung statt Taschengeld erleben, Zeltstädte unter freiem Himmel und vermutlich

keine humanen Instrumente der Flüchtlingspolitik wie einen Winterabschiebestopp. Die Landesregierung und Rot-Rot-Grün nehmen ihre Verantwortung wahr und haben sich gemeinsam auf den Weg gemacht, in ihrem Zuständigkeitsbereich die völlig überholte Flüchtlingspolitik zu reformieren.

Präsident Carius:

Meine Damen und Herren, ich darf um etwas mehr Aufmerksamkeit für die Rednerin bitten. Die ständigen Zwischenrufe machen es nicht leicht, der Debatte zu folgen.

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Das ist aber auch schwer zu ertragen!)

Frau Hennig-Wellso, fahren Sie bitte fort.

Abgeordnete Hennig-Wellso, DIE LINKE:

Wir haben uns auf den Weg gemacht zu einer verantwortungsvollen und humanitären Politik in diesem Bereich, einer Politik, die auch die Beteiligten mitnimmt, die Kommunen bis hin zum Flüchtlingsrat. Der erste Flüchtlingsgipfel der Regierung war ein Anfang; das kommende Treffen mit den kommunalen Spitzenverbänden ist ein weiterer Schritt. Wie es dagegen nicht geht, wie man staatlicher und humanitärer Verantwortung nicht nachkommt und wie man wirklich chaotische Zustände provoziert, das können wir derzeit vor allem in Sachsen beobachten.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Unruhe CDU)

Flüchtlinge werden dort unter Verantwortung der CDU-geführten Landesregierung in Zeltstädten untergebracht, die im Schlamm versinken und in denen desaströse medizinische Bedingungen herrschen.

(Unruhe CDU, AfD)

Anderorts müssen in unserem benachbarten Bundesland Ehrenamtliche die Menschen betreuen, weil die Regierung unfähig ist, die Betreuung zu organisieren.

(Beifall DIE LINKE)

Oder die Menschen werden in Sachsen in einem leeren Baumarkt untergebracht, wo Konflikte nicht erkannt werden und nicht adäquat reagiert wird. Die Zustände im sächsischen Heidenau an diesem Wochenende waren eine Katastrophe mit Ansage. Das war ein Versagen der Landesregierung mit Ansage im dortigen Sachsen. Was passiert, wenn sprachliche Brandstifter haltlos eskalieren, zeigen ihre Ausfühler in Heidenau. Über Stunden randalierten dort ungehindert Nazis, warfen Steine, Flaschen und Feuerwerk auf Polizisten, auf Journalisten und Na-

(Abg. Hennig-Wellsov)

zigeuner. Die sächsische Polizei teilte mit, die Einsatzkräfte wurden anhaltend massiv mit Steinen, Flaschen, Feuerwerkskörpern sowie Baustellenmaterial beworfen – schwere Straftaten also. Wir müssen darüber reden, warum die sächsische Regierung immer wieder auf dem rechten Auge völlig blind ist und weder Rassismus noch die Bedrohung von rechts erkennen will.

(Unruhe CDU)

(Zwischenruf Abg. Leukefeld, DIE LINKE:
Gott sei Dank war es in Suhl nicht so!)

In Thüringen dagegen schauen wir nicht weg. Gerade hier in Thüringen sollten wir gelernt haben, wohin es führt, wenn Flüchtlings- und Asylpolitik von der Politik mit Ressentiments gemacht wird. In der Debatte darum, warum in den 90er-Jahren auch hier in Thüringen eine militante Neonaziszene entstehen konnte, die am Ende eine Serie rassistischer Morde beging, wurde eines immer wieder überdeutlich: Die Debatte um die faktische Abschaffung des Asylrechts Anfang der 90er-Jahre und das politische Einknicken vor dem rassistischen Mob und den Brandanschlägen in Rostock, Mölln, Hoyerswerda oder Solingen führten zu einer Radikalisierung der Szene.

(Beifall DIE LINKE)

Das Einknicken vor den Anschlägen führte mit dazu, dass sich die Täter bestätigt fühlten. Sie gingen davon aus, nur das umzusetzen, was gesellschaftlich geteilt wurde. Ich denke, die sächsischen Behörden könnten heute bei der Thüringer Polizei lernen. Das seit viel zu langer Zeit von der CDU regierte Sachsen, so viel steht fest, kann derzeit nicht als sicheres Ankunftsland bezeichnet werden.

(Heiterkeit CDU)

Auch in anderen Ländern, in denen die CDU noch regiert, sieht es nicht viel anders aus.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Auweia, das arme Land!)

Zeltstädte und unzureichende medizinische Versorgung in Hessen oder völlig überlastete Behörden in Bayern. Und der Bund? Zuerst einmal lieferte das zuständige Bundesamt – dem Bundesinnenminister unterstellt – Kalkulationen, die nach kürzester Zeit unhaltbar waren. Anfang des Jahres wurden 200.000 Menschen angekündigt, im Juli wurde noch mit 450.000 gerechnet, die nach Deutschland kommen würden. Wenige Wochen später musste das Amt die Zahlen fast verdoppeln. Es ist nicht so, wie Mike Mohring behauptet, dass schon im März die Lage für das Land Thüringen klar war oder klar war, dass wir fast 1 Million Menschen als Flüchtlinge in Deutschland erwarten.

Noch an einem zweiten Punkt hat Schummelei manchmal die langen Beine von Herrn Mohring,

nämlich wenn er davon spricht, wie viele Wachleute es in Suhl gibt – es sind nämlich 24 und nicht zwei, wie er suggerieren möchte. Viele, viel zu viele der derzeit ungelösten Probleme liegen im Bund und in den Verantwortungsbereichen der CDU und CSU, vor allem im Innenministerium, im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, im Finanzministerium und letztlich natürlich bei der Kanzlerin, die zum Thema vielsagend schweigt.

Es ist schon ein wenig skurril, dass Sie, die Thüringer CDU, uns nun in Ihrem Antrag auffordern, Ihre Bundesregierung mit Maßnahmen zu unterstützen bzw. Maßnahmen gegenüber Ihrer von Ihnen geführten Bundesregierung durchzusetzen.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Es gibt doch einen Bundesrat!)

Es sind Maßnahmen, deren politischen Gehalt ich ablehne. Ihr Antrag ist insgesamt sowieso ein Rollback in der asylpolitischen Eiszeit.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass Herr Mohring Einfluss in der Bundes-CDU verloren hat, das weiß ich. Aber dass es jetzt schon so weit ist, dass er auf uns angewiesen ist, um Bundespolitik zu machen, ist fast mitleiderregend.

(Unruhe CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, sorgen Sie dafür, dass Ihre Partei im Bund endlich Verantwortung übernimmt, handelt und die Länder und Kommunen nicht alleine lässt! Sorgen Sie dafür, dass das Thema auch im Bund Chefsache wird – so wie hier in Thüringen!

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da die CDU in ihrem Antrag zentral auf Menschen vom Westbalkan abhebt, die angeblich aus sicheren Ländern stammen und die dringlich abgeschoben werden sollen, noch ein paar Worte zu diesem Thema. Ihr einziges Argument ist doch in dieser Frage die derzeit in Deutschland niedrige Höhe der Anerkennungsquote. Wir reden, ich denke, in Thüringen von 0,2 Prozent/0,6 Prozent. Schauen Sie sich doch mal europaweit um. Wir haben in der Schweiz und in Finnland Anerkennungsquoten von Kosovaren bei 40 Prozent. Wir haben die Anerkennung in Finnland von über 40 Prozent. Das heißt, eines wird sehr deutlich, es ist – und dabei bleibt es – immer eine politische Entscheidung, wenn ein Land Asyl bekommt und wenn nicht. Und dass es suggeriert, wenn wir mit Albanien und anderen Staaten europäische Beitrittskandidaten haben, was suggeriert, dass wir eine ähnliche Lebensqualität haben, wie wir sie erleben, das verschleiert den Blick dafür, dass es eben genau so nicht ist. Das

(Abg. Hennig-Wellsov)

System ist doch durchschaubar. Mitgliedstaaten brauchen nicht mehr als sichere Herkunftsländer anerkannt zu werden. Wenn das dahinter steht, dann sollten Sie aber auch wissen, dass dann, wenn diese Staaten Mitgliedsländer sein sollten, auch Freizügigkeit herrscht.

Ich begrüße ausdrücklich, dass die Thüringer Landesregierung die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände und Vertreter der Parteien, die in Bund und Land derzeit Verantwortung tragen, zum kommunalen Flüchtlingsgipfel eingeladen hat. Das ist der richtige Weg: Arbeit an praktischen Fragen, die gemeinsame Suche nach Lösungen und miteinander reden, statt Politik auf dem Rücken von Menschen zu machen.

Ich möchte an den erfolgreichen Thüringer Flüchtlingsgipfel erinnern. Ich möchte daran erinnern, dass mit den Unterkünften in Mühlhausen und Ohrdruf schnell weitere Unterkünfte geschaffen wurden.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte daran erinnern, dass die Landesregierung immer erreichbar und vor Ort war, wenn es Probleme gab, und sich nie versteckt hat. Ihre Behauptung, dass von der Landesregierung nichts zu hören oder zu sehen gewesen sei oder gar von den zuständigen Sprecherinnen der Koalitionsfraktionen, das ist entweder Unkenntnis der Lage oder eine politisch motivierte Unwahrheit.

Ich begrüße ausdrücklich, dass die Thüringer Landesregierung und dass Rot-Rot-Grün den Kampf gegen rassistische Ressentiments, gegen rechte Gewalt und für die Integration von Flüchtlingen und für eine lebendige Willkommenskultur großschreibt.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wurde wirklich Zeit dafür.

Als Koalitionsfraktionen haben wir heute einen Antrag vorgelegt, der zur konstruktiven und verantwortungsvollen Lösung der Probleme beitragen kann. Wir setzen uns für eine menschenrechtsorientierte und humane Flüchtlingspolitik ein.

(Zwischenruf Abg. Muhsal, AfD: Das wurde auch Zeit!)

Menschenwürdige Unterbringung, Versorgung und Betreuung und eine individuelle Einzelfallprüfung

(Zwischenruf Abg. Muhsal, AfD: Aber nicht hier in Thüringen!)

– das sollte in einem demokratischen Rechtsstaat selbstverständlich sein – stehen für uns im Mittelpunkt und nicht das populistische Geschrei nach Maßnahmen. Wir setzen uns für eine Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungspolitik ein, die auch der

wirtschaftlichen Leistungskraft der Bundesrepublik angemessen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Thüringer CDU, ich fordere Sie auf, beteiligen Sie sich verantwortlich und konstruktiv an der Lösung der aktuellen Probleme! Nutzen Sie Ihren Einfluss auf Merkel und den Innenminister de Maizière, dass die Hausaufgaben der Bundesregierung in dieser Frage gemacht werden – das können Sie ja gleich heute Abend erledigen –, und gestehen Sie sich doch ein, dass die heutige Situation im Freistaat auch ein Erbe vergangener Tage ist, auf gut Deutsch, ein Erbe Ihrer früheren Regierungszeit!

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Heiterkeit CDU)

Belastbare Strukturen, flexible und schnelle Maßnahmen zur Integration und eine reale Willkommenskultur wurden unter der CDU in Thüringen niemals entwickelt.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und dafür haben bei Ihnen auch keine 25 Jahre gereicht. Beteiligen Sie sich doch bitte nicht am populistischen Wettlauf mit der AfD darum, wer mehr auf die Law-and-Order-Pauke hauen kann! Drehen Sie bitte nicht mit an der Eskalationsschraube! Ich sagte das am Anfang: Gemeinsames Handeln ist gefragt und nicht Populismus.

(Unruhe AfD)

Führen Sie Ihren Kleinkrieg gegen Rot-Rot-Grün nicht auf dem Rücken von Menschen, die vor Kriegen, vor religiöser und politischer Verfolgung oder auch vor erdrückender Armut geflohen sind. An einem Punkt teile ich die verquere Logik der Nichtvergleichbarkeit des Herrn Mohring nicht. Seien wir mal ehrlich, es geht am Ende um 22.000 Menschen, die nach Thüringen kommen. Unser Freistaat hat seit 1990 etwa eine halbe Million Menschen verloren. Ganz ernsthaft, Sie wollen doch nicht irgendjemandem erzählen, dass 22.000 Menschen in Thüringen nicht unterzubringen oder zu versorgen wären.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch die CDU hat in den Debatten um den demografischen Wandel immer wieder betont, dass wir Menschen bräuchten. Gerade erst im Dezember 2014 hat der Kollege Voigt bei einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Rheinland-Pfalz zu dem Thema gesprochen und sich im Bericht der Stiftung für Wachstum ausgesprochen. Und Ihre ehemalige Staatssekretärin Inge Kwaan forderte im Oktober 2012 im Namen des Freistaats noch: Thüringen braucht Zuzug.

(Abg. Hennig-Wellsov)

(Zwischenruf Abg. Herrgott, CDU : Ja, qualifizierten!)

Also liebe Kolleginnen und Kollegen, der Zuzug ist da. Nutzen wir die Chance, dass Menschen nach Thüringen kommen und hier vor allen Dingen leben wollen! Bieten wir ihnen Chancen zur Integration, bieten wir ihnen Chancen auf ein gutes Leben hier in Thüringen und führen keine populistischen Debatten!

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bemühen Sie sich gemeinsam mit uns, gemeinsam mit den zahlreichen Flüchtlingshelfern und -helferinnen, mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, mit Verantwortungsträgern vor Ort, mit Kirchen und Sozialverbänden und mit engagierten Bürgern darum, sie hier in Thüringen tatsächlich willkommen zu heißen und ihnen vor allen Dingen Beteiligung am Leben hier zu ermöglichen! Das aktuelle Politikbarometer des ZDF liefert uns eine interessante Zahl. Zunehmend sind die Menschen in unserem Land davon überzeugt, dass wir die gewachsene Zahl an Flüchtlingen verkraften werden.

(Zwischenruf Abg. Brandner, AfD: Und das glauben Sie auch noch, oder?)

60 Prozent sagen das, vor einem Monat waren es noch 54 Prozent. Also mein herzlicher Appell an diesen Landtag: Fallen Sie nicht hinter die Mehrheit der Menschen im Land zurück!

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das, was ein mittlerweile zu medialer Berühmtheit gelangter Busfahrer in Erlangen geschafft hat, das sollte auch die Thüringer CDU schaffen:

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Das war ein AfD-Fan!)

I want to say welcome, welcome to Germany – ich will willkommen sagen, willkommen in Deutschland. Stimmen Sie unserem Alternativantrag zu, der auf konstruktive Lösungen von Problemen orientiert!

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Höhn:

Als nächster Redner hat das Wort Herr Abgeordneter Matthias Hey, SPD-Fraktion.

Abgeordneter Hey, SPD:

Herr Präsident, vielen Dank. Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch die Gäste auf der Besuchertribüne, wir erleben heute hier nicht nur eine engagierte Debatte, das ist seit Wochen draußen im Land so, die Zeitungen sind täglich voll davon, wir hören Nachrichten, Sie sehen Fernsehen. Mit

unter sind die Diskussionen sachlich, manchmal nicht ganz so sachlich. Heute wurde unter anderem den vielen engagierten Leuten gedankt, die vor Ort in Vereinen, Verbänden und Initiativen für die vielen, vielen Menschen sorgen, die im Moment nach Thüringen kommen. Ich will das ausdrücklich auch im Namen meiner Fraktion tun, aber ich will, wie einer meiner Vorredner, in diesen Dank jetzt auch noch einmal andere Leute mit einbeziehen und das sind alle Bediensteten in den angeschlossenen Ministerien, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort in den Verwaltungen der Landkreise, in den Landratsämtern, in den Rathäusern, in den Gemeindeverwaltungen, die derzeit mit den täglich neu eintreffenden Menschen arbeiten. Und ich danke denen, die in Suhl, in Eisenberg und auch in Mühlhausen in den Aufnahmeeinrichtungen und überall sonst ihren Job machen, insbesondere auch aufgrund der Vorfälle in der letzten Woche in Suhl. Da sitzen Tag und Nacht Männer und Frauen und sorgen für Ordnung und Sicherheit in Objekten, die teilweise überbelegt sind. Ich danke auch den Polizistinnen und Polizisten, die jederzeit einsatzbereit sind.

Und weil wir beim Thema sind: Danke, Herr Minister, für die klaren Worte am Ende Ihrer Regierungserklärung und ausdrücklich auch für die von Bodo Ramelow vom Wochenende. Ich will das noch einmal bekräftigen: Wenn jemand – aus welchen Gründen auch immer – mit Eisenstangen auf Polizisten losgeht, dann ist es egal, ob er aus dem Kosovo, aus dem Irak oder aus Tambach-Dietharz kommt. Der muss zu spüren bekommen, dass dieser Rechtsstaat in der Lage ist, sich zu wehren. Wer auch zeigt, dass er die Regeln in dieser Gesellschaft nicht toleriert, der kann dann auch nicht erwarten, dass ihn diese Gesellschaft toleriert.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei dieser Debatte stellen wir aber schon im Vorfeld – wenn ich heute Zeitung lese oder auch in Diskussionen verwickelt bin – fest: Wir können gern probieren, alles aus Thüringer Sicht, aus dem Thüringer Blickwinkel zu betrachten. Aber es gibt derzeit nun mal kein anderes Politikfeld, wo Ursache und Wirkung so eng zusammenhängen, und zwar und eben auch mit der Bundespolitik, die direkte Auswirkungen auf uns Länder und nachfolgend natürlich auch auf die Kommunen, auf die Gemeinden und Städte hat. Ja, Angela Merkel hat recht, de Maizière hat es gesagt, Sigmar Gabriel hat es jetzt auch wieder gesagt, Herr Mohring hat es eben auch geäußert: Diese Wechselwirkung fängt schon viel eher und politisch eben auch weiter oben an, auch bei der Europäischen Union. Deswegen plädiere ich auch dafür: Wir brauchen eine faire Verteilung von Flüchtlingen in der EU. Ich habe das als Abgeordneter normalerweise nicht so gern, wenn man über Europa oder bundespolitische Themen

(Abg. Hey)

lang und breit redet, weil wir ja eher dem Land verpflichtet sind, aber hier geht es gar nicht anders.

Wir haben es vorhin von mehreren Seiten gehört, wir haben es gelesen, wir haben diese Zahl, 60 Millionen Menschen seien auf der Flucht. Es gibt Experten, die sagen, diese Zahl sei sogar noch zu niedrig gegriffen. Und das ist – auch das ist festzustellen – die größte Wanderungsbewegung seit 1945. Ich will jetzt gern mal auf die beiden großen Gruppen dieser Millionen von Menschen eingehen. Das sind zum einen die, deren Häuser brennen, die von Extremisten verfolgt werden, die vor Mord und Brandschatzung fliehen, die bombardiert werden, die flüchten vor Terror und Gewalt. Bereits hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, müssen wir auch als Politiker endlich so ehrlich sein, uns einzugestehen, dass viele Menschen draußen im Land schlichtweg mit der Nachrichtenlage und der Situation überfordert sind. Denn wenn sie Nachrichten schauen – heute Abend, gestern, morgen auch wieder in der Tagesschau –, dann werden sie Bilder vom Krieg sehen, und nicht nur von einem, von vielen Kriegen. Es scheint derzeit irgendwie überall Krieg zu sein, in der Ukraine, in Syrien, in Afghanistan, im Sudan, Libyen, Somalia, Eritrea. Man verliert langsam den Überblick. Ich habe neulich gehört, dass saudi-arabische Luftwaffenverbände Stellungen der Huthi-Milizen im Jemen bombardiert haben. Jetzt frage ich Sie ganz ehrlich: Verstehen Sie noch, wer da gegen wen kämpft und warum und wofür? Können Politiker, egal ob sie in der Europäischen Union tätig sind oder im Bund oder im Land, derzeit annähernd exakt erklären, wie die Frontverläufe in Syrien sind, was in Eritrea vor sich geht, wie die Entwicklung in Somalia zu bewerten ist?

Es gibt eine sehr interessante Zahl vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik in Hamburg, auf die ich nur ganz kurz mal eingehen will: 2014 – also im vergangenen Jahr – wurden weltweit geschätzte 1,8 Milliarden Dollar für die Rüstung ausgegeben. Das sind 1.800 Billionen Dollar. Also, eine Million hat sechs Nullen, eine Milliarde hat schon neun, diese Zahl hat 15 Nullen. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, ich kann mir das nicht mehr vorstellen, das ist astronomisch. Aber eins ist klar: Wenn so viel Geld ausgegeben wird, dann muss es auch welche geben, die dieses Geld einnehmen. Einer muss das ja alles herstellen, die Flugzeuge der Luftwaffe und die Raketen und die Bomben und die Minen und die Panzer. Das muss, wenn man diese Zahlen hört, ein verdammt gutes Geschäft sein. Ich könnte Ihnen hier auch ein paar Firmen aufzählen. Ja, es sind auch etliche deutsche darunter.

Wenn dann so ein Krieg vorbei ist in einem dieser Länder überall auf der Welt, wenn es dann an das Wiederaufbauen von Brücken und Krankenhäusern und Straßen und Schulen geht, raten Sie mal, wer

dann dafür bezahlt? Von diesen Firmen jedenfalls keine einzige.

Das alles sehen und hören unsere Bürgerinnen und Bürger draußen täglich, aber so richtig verstehen kann man das eigentlich nicht. Das wäre ja mal eine Idee, dass die Rüstungsfirmen zumindest mit die Hälfte der Kosten für die Unterbringung der Leute aufbringen, die ihretwegen auf der Flucht sind. Aber so weit geht die Diskussion eben meistens nicht.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Nächste, was die Leute nicht mehr verstehen, kommt mir fast in jedem Gespräch in die Quere, wenn es auf dieses Thema kommt. Die Leute sagen: Aber viele Leute, Herr Hey, kommen derzeit zu uns aus Ländern, in denen es gar keinen Krieg gibt. Experten sagen, das seien 40 Prozent. Ich habe bei manchen gehört, es seien 60. Es geht um Länder wie eben auch Albanien, es geht um Montenegro, es geht um das Kosovo. Dann fragen die Leute: Ja, wieso bekommen die hier eigentlich Asyl? Dann sagt man immer: Nein, die bekommen hier keins, die werden meist auch wieder abgelehnt. Das verstehen die Leute dann aber noch weniger. Ich sage dann immer, dass es in Deutschland zumindest die Möglichkeit gibt, Asyl zu beantragen, egal, wo man herkommt, egal, welcher Hautfarbe und welcher Religion man ist, egal, woher man stammt. Das kann zum Beispiel auch Kanada sein. Das ist ein verdammt hohes Gut in diesem Land.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann wird geprüft. Aus den Ländern, wie oben eben auch schon genannt, haben wir derzeit Ablehnungsquoten weit über 90 Prozent, weit über 95 sogar, glaube ich. Nun war ich vor drei Jahren selbst im Kosovo mit einer Delegation des Innenausschusses des Landtags. Wolfgang Fiedler weiß es, er hat mich begleitet. Sabine Berninger war mit dabei, Frau Holbe und noch ein paar andere. Die Zustände, die wir dort damals gesehen haben, sollen sich, wenn man Expertenberichte glauben darf, seither sogar noch einmal verschlimmert haben.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das war damals schon schlimm genug!)

Das nur zur Klarstellung: Das Kosovo, wenn wir schon über solche Staaten reden, wird international noch nicht einmal von allen Ländern anerkannt, nicht einmal in Europa. Serbien betrachtet im Übrigen das Kosovo immer noch als eigene Region. Und, Entschuldigung, wenn wir über Verfehlungen, über teilweise Irrtümer, über Versäumnisse der europäischen Politik sprechen, dann müssen wir auch dazu sehr ehrlich sein. Wie eigenartig – ich will es vornehm ausdrücken – europäische Politik

(Abg. Hey)

mitunter manchmal sein kann, habe ich gelernt bei einem Besuch eines Offiziers der deutschen KFOR-Truppen damals in der Nähe von Pristina, der einfach mal geschildert hat, wozu europäische Politik auch führen kann. Man erkennt nämlich – das ist sehr interessant – das Kosovo in seinen Grenzen an, weil das so in der Verfassung des Landes steht. Gleichzeitig erkennt man in der EU auch Serbien in seinen Grenzen an. Und bei denen steht in der Verfassung, dass das Kosovo kein eigenständiger Staat ist. Um diesen Wahnsinn zu begreifen, müssen Sie einmal in Ihrem Leben – wir haben das damals gemacht – nach Mitrovica fahren. Das ist eine Stadt, die hat eine riesige Brücke. Es gab da Pogrome, also ganz furchtbare Szenen. Über diese Brücke – unten fließt der Ibar, das ist der Fluss – können Sie nicht gehen, weil auf der einen Seite der kosovarische Teil ist. Dann stehen Sie vor bewaffneten, schwer bewaffneten gepanzerten Fahrzeugen und patrouillierenden Soldaten und drüben, auf der anderen Seite, ist der serbische Teil. Diese Stadt ist quasi noch geteilt. So etwas gibt es immer noch in Europa.

(Zwischenruf Abg. Brandner, AfD: Fragen Sie Ihre SED-Genossen. Die kennen sich damit aus, wie so etwas funktioniert!)

Das gesamte Nordkosovo, oberhalb von Mitrovica, oberhalb dieser geteilten Stadt – das ist etwa ein Viertel des Territoriums dieses Landes, das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen – entzieht sich der vollständigen Kontrolle der Behörden in Pristina. Es entzieht sich allerdings auch der Kontrolle der Behörden in Serbien. Das ist so ein eigenständiger Bereich, ein rechtsfreier Raum – im Übrigen momentan der größte Umschlagplatz von Waffen und Drogen hier in Europa.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Wer hat denn diesen failed state gegründet?)

Wir reden von einem zerrissenen Land, in dem es oft nur acht Stunden Strom am Tag gibt, 70 Prozent Jugendarbeitslosigkeit. Fast ein Drittel der Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze; das heißt, die haben täglich weniger als umgerechnet 1,37 Euro zur Verfügung. Auch das muss man sich mal vorstellen. In den Schulen wird in zwei bis drei, teilweise vier Schichten unterrichtet. Wenn ich, als ich das damals gesehen habe – und heute soll es ja nun nicht besser sein –, ein junger Mensch wäre, dann hätte ich wahrscheinlich auch nur noch ein Ziel: die Sachen zu packen. Wir waren in Pristina unterwegs und wurden – Wolfgang Fiedler kann es bestätigen – zum Teil plötzlich von vielen jungen Leuten angesprochen, wenn denen gewahr wurde, dass wir aus Deutschland kamen. Wir hatten ja beispielsweise auch Dolmetscher dabei. Da war klar, wenn wir im öffentlichen Raum unterwegs waren, wenn uns Dinge gezeigt wurden, dann standen plötzlich auch junge Männer vor uns, die uns teil-

weise in perfektem Deutsch angesprochen haben, die gefragt haben, wo kommen Sie her, wenn Sie aus Deutschland kommen, ich möchte gern arbeiten, ich studiere, ich bin angehender Ingenieur, die uns teilweise auf Zeitungspapierabschnitten, weil sie keine Visitenkarten hatten, ihre Handnummern aufgeschrieben haben. Ich habe dann beim Dritten oder Vierten gesagt: Woher sprechen Sie eigentlich so gut Deutsch? Dann sagte er, wir versuchen das in jedweder Form, über das Internet, an Volkshochschulen, wie auch immer, wir wollen Deutsch lernen, weil wir nach Deutschland kommen wollen. Diese Leute, die wir damals getroffen haben, wie viele, viele andere auch im Kosovo, glauben Sie mir, völlig egal, ob man die als Drittstaaten sicher oder unsicher erklärt, diese Leute werden immer einen Weg finden, hier herzukommen, ganz egal wie.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Reise, die wir damals gemacht haben, hat uns dazu bewogen, darüber zu reden, wie wir es mit einem Winterabschiebestopp halten. Das hat uns ein wenig entzweit in der damaligen schwarz-roten Koalition, weil wir darüber gestritten haben, ob man in ein Land, wo es nur teilweise acht Stunden Strom am Tag gibt, bei über 25 Grad Kälte mit dreieinhalb Metern Schnee – wir waren damals im April dort, auf dem Balkan ist Winter so ein bisschen was anderes als bei uns, da lagen teilweise noch ein, eineinhalb Meter Schnee –, mit einer schlechten Infrastruktur, ob man da im Winter Leute zurückschieben kann. Weil wir da nicht zu einer einheitlichen Meinung kamen, haben wir gesagt, das schauen wir uns vor Ort an, um in irgendeiner Form auch in der Folgezeit darüber entscheiden zu können. Das war der Grund. Und ja, in der Landespartei – Sie haben es mitbekommen –, auch innerhalb der SPD läuft derzeit die Debatte über einen Winterabschiebestopp, der auch in diesem Jahr eine Neuaufgabe finden könnte. Wir sagen ganz deutlich: Es kann keinen pauschalen Abschiebestopp geben, weil wir die Situation vor Ort zunächst einmal bewerten müssen. Ich kann Ihnen nicht sagen, wie im Dezember, im Januar oder im Februar diese Situation beispielsweise im Kosovo – über dieses Land kann ich reden, weil ich ja selbst, wie gesagt, vor Ort war und durch Inaugenscheinnahme gesehen habe, was die Leute dort zu erdulden haben – ist. Ich kann eine derartige Entscheidung jetzt im Moment noch gar nicht treffen. Ich weiß nicht, wie diese Situation dort ist. Ich kann aber auch nicht schon – das sage ich ganz deutlich im Namen meiner Fraktion, die vorhin eine sehr, sehr engagierte Debatte in einer Sondersitzung geführt hat – bereits jetzt einen pauschalen Abschiebestopp verkünden, der meinetwegen von Oktober bis März geht. Auch das wird nicht möglich sein.

Jetzt einmal zurück nach Thüringen, weil immer gesagt wird, die Debatte wäre ja sehr verkopft und die

(Abg. Hey)

würde immer in den Bund zeigen – mache ich gern, ich habe zweieinhalb, fast drei Wochen eine sogenannte Sommertour hinter mir. Viele meiner Kolleginnen und Kollegen hier im Landtag, auch Fraktionsvorsitzende haben das getan. Da kommt man rum, das ist gar nicht schlecht, hört sich mal die Probleme vor Ort an. Da war ich auch in einem Seniorenheim zu Besuch und habe dort mit dem Betreiber dieses Seniorenheims gesprochen und der hat mir mal die Lage beim Pflegedienst geschildert. Das ist nun ein Job, der von vielen jungen Leuten nicht allzu gern angenommen wird. Es gibt dort beispielsweise Schichtarbeit, sie müssen am Wochenende Gewehr bei Fuß stehen. Das ist also etwas, was nicht so – sagen wir mal – ganz oben auf der Wunschliste steht. Dann sagten die zu mir, es ist tatsächlich so, dass unsere Pflegekräfte mittlerweile von anderen Dienstleistern abgeworben werden, die auch Pflegeheime betreiben, und da sind im Moment vierstellige Kopfprämien in Rede. Also es wird den Leuten geboten, wenn die zu denen wechseln. Das sind Zustände wie in der Bundesliga. In den nächsten zehn Jahren – auch das wissen wir – werden uns rund 8.000 Pflegestellen allein in Thüringen fehlen. In den nächsten zehn Jahren darüber hinaus – reden wir mal nicht nur über die Pflege –, sagen mehr als 200 Experten, sogar 240.000 Fachkräfte hier in diesem Land. Wir müssen als Politiker endlich so ehrlich sein und müssen auch den Leuten draußen im Lande sagen, wir werden das aus eigener Kraft nie schaffen, diese Lücke zu schließen. Jetzt gibt es Leute, es gibt Menschen, die wollen sich gern integrieren, die wollen gern mithelfen. Jetzt kommen wir mal zum Nächsten, was schwer verständlich ist auch für die Leute draußen im Land, obwohl das so klar auf der Hand liegt: Auf der einen Seite haben wir junge Menschen, zum Teil gut ausgebildete Menschen, integrationswillig, die zu uns wollen, auf der anderen Seite fehlt es uns an Menschen. Trotzdem klappt das alles nicht und geht nicht zusammenzuführen. Das müssen Sie den Menschen draußen auf der Straße versuchen irgendwie mal klarzumachen. Ich kann Ihnen auch sagen warum: Weil diese Menschen unter völlig falschen Voraussetzungen hierherkommen. Es gibt serbische Schlepperbanden, die im Kosovo derzeit immer noch unterwegs sind. Da gibt es verlässliche Expertenberichte darüber, Sie brauchen das nur im Internet nachzuzugeln. Die erklären denen, wenn du hier in Deutschland einen Asylantrag gestellt hast, dann ist alles okay, dann wird alles gerichtet, du kriegst hier sogar noch Begrüßungsgeld. Aber sobald diese Leute ankommen, unter welchen Voraussetzungen auch immer, sitzen sie – ich sage das –, egal, ob in Eisenberg, in Suhl oder in anderen Erstaufnahmeeinrichtungen, in so etwas, was ich gern die Asylfalle nenne, denn sie können ja gar nicht arbeiten, auch wenn sie das wollen. Sie warten dort auf ihre Ablehnung teilweise drei Monate, der Bund hat ja immer versprochen,

es geht jetzt ein bisschen schneller. Es sind aber manchmal in Thüringen acht, es sind zehn, ich habe von Fällen gehört, da sind es elf Monate und noch länger. Das verstehen die Leute draußen auch wieder nicht. Es gibt also Menschen, sagen die zu mir, die bekommen in diesem Land Asyl und dürfen bleiben, und dann gibt es welche, die haben keine Aussicht auf Asyl – ich habe eben schon erwähnt warum – und die bleiben auch, zumindest wesentlich länger als geplant. Das führt nicht nur dazu, dass unsere Erstaufnahmestellen überfüllt sind – das sind sie im Übrigen nicht nur in Thüringen, auch diese Debatte müssen wir fair führen, das betrifft im Moment sämtliche Bundesländer. Wenn ich andere Länder sehe mit Blick auf die Zeltstädte und was da alles los ist, in Berlin, Sachsen usw., dann müssen wir auch diese Debatte ein wenig mehr nicht nur im Blickwinkel Thüringens führen. Dann fängt die Politik aber plötzlich an und rudert wie wild herum und das tut sie leider auch wieder bundesweit. Eine schnellere Rückführung wird gesagt, also nach Abschiebung wird gerufen. Aber dazu, und das ist doch vollkommen klar, muss das Verfahren in diesem Asylbewerberverfahren in irgendeiner Form auch reformiert werden. Davon ist im Moment nichts zu sehen. Kürzt ihnen, sagen die anderen, die Leistung oder gebt ihnen Gutscheine aus. Da ist tatsächlich – das muss man sich mal vorstellen –, der Glaube Vater der Idee oder auch Vater der Hoffnung, dass es dadurch weniger Flüchtlinge gibt. Wenn Sie Leute haben, die mit weniger als 1,37 Euro pro Tag in Ländern auskommen müssen, von denen sie nicht wissen, ob sie morgen die tägliche Handvoll Reis haben, um zu überleben, und dann noch zu denen sagen, oder vielleicht annehmen, die würden nicht kommen, weil es hier nur Gutscheine gibt, da wünsche ich denen, die das propagieren, schon mal eine gute Reise mit Halt auf allen Unterwegsbahnhöfen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Das glaubt doch hier auch keiner!)

Dann wird darüber gesprochen, wir sollten Extrasammelstellen machen nur für jene, die aus diesen Ländern kommen, die eben in Rede stehen, beispielsweise von den Ländern des Westbalkans. Aber auch da glaube ich, das wird die Situation nicht ad hoc und sofort entspannen, denn im Moment, heute, morgen kommen in Thüringen 100, 110, 120 – ich weiß es nicht, wie viel bis Ende der Woche – wieder an und dann sind diese Stellen noch nicht geschaffen. Wenn die da drin sitzen, warten die immer noch nicht drei Monate, die warten immer noch nicht vier oder fünf Monate, teilweise acht bis zehn Monate, bis sie wissen, wie es mit ihnen weitergeht. Und in der Regel geht es mit ihnen nicht weiter. Das Ganze ist ein einziges Trauerspiel. Es ändert auch nichts an den Kriegen drau-

(Abg. Hey)

ßen, an der Armut im Balkan. Nur eines ist klar: Die Menschen, die zu uns kommen wollen und über die wir uns Gedanken machen sollten, diese Menschen wollen in irgendeiner Form auch eine Aussicht. Die wollen auch von der Politik im Lande, nicht nur von uns, auch im Bund, auch von der Europäischen Union die Frage beantwortet haben, wie man das Ganze kanalisieren kann, wie das sinnvoll gesteuert werden kann. Wenn wir es denn wollen, eine Bereicherung dieser Gesellschaft, wenn wir denn beispielsweise Fachkräftemangel in sehr wichtigen Bereichen unserer Gesellschaft abstellen wollen, da gibt es seit Jahren eine engagierte Debatte – ja, auch geführt durch die SPD im Bund – um gesteuerte Zuwanderung durch ein entsprechendes Gesetz, weil diese Menschen, die zu uns kommen, in einen produktiven Prozess gebracht werden müssen. In den USA müssen sie, wenn sie dort aufgenommen werden wollen, innerhalb von sechs Monaten einen Job nachweisen. Und das ist doch auch logisch! Menschen leben davon, dass sie arbeiten, dass sie für sich und ihre Familien sorgen können, dass sie sich selbst versorgen können. Unser Asylrecht in Deutschland – momentan – kennt das überhaupt nicht. Das ist ein vollkommener Paradigmenwechsel. Hier sitzen die Leute in der Asylfalle, sie dürfen nicht arbeiten. Die Leute in Suhl oder in Eisenberg warten sechs bis acht Monate, bis ein Amt in Berlin gnädig entschieden hat, und bei denen aus dem Kosovo beispielsweise, wenn wir bei dem Beispiel bleiben wollen, kommt ja meist ohnehin eine Ablehnung. Wenn es dann eine Ablehnung gibt – und das ist das Nächste, was die Leute draußen nicht verstehen –, dann haben wir ein normales rechtsstaatliches Verfahren, dann gibt es nämlich die Möglichkeit, einen Folgeantrag zu stellen. Weil das ein Verwaltungsakt ist, kann man einen Widerspruch einlegen. So lange sind diese Leute in den Asylheimen regelrecht stillgelegt. Ich sage Ihnen, diese Art des Asylrechts, das wir momentan in Deutschland noch haben, das können Sie keinem mehr verkaufen. Dieses Asylrecht, das von den Leuten draußen nicht mehr verstanden wird, dieses Asylrecht in der jetzigen Form überfordert uns auch auf Dauer in unserer Gesellschaft.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn unser Wirtschaftsminister gefordert hat, auch das ist vorhin angeklungen durch Herrn Mohring, wenn er gesagt hat, dann denkt darüber nach, diese Länder, also Montenegro, Albanien, das Kosovo zu sicheren Herkunftsstaaten zu machen, zu sicheren Drittländern zu erklären, dann hat er das nicht getan, weil er meint, die sollen morgen schon in Busse steigen und wieder zurückkommen. Nein, da hat er ein Stück weiter gedacht, berechtigterweise, weil es dann nämlich wenigstens die Möglichkeit eines regulierbaren Zugriffs auf den Arbeitsmarkt gibt für diese Leute, die durchaus bereit sind, sich hier

zu integrieren. Denn eines muss auch Fakt sein: Nicht alle, die vom Westbalkan kommen, kommen hierher nach Deutschland, um sich durchzunassauern oder Handys zu verticken. Auch das muss vollkommen klar sein.

(Beifall DIE LINKE, SPD; Abg. Gentele, fraktionslos)

Es gibt aber Hoffnung. Es ist nicht so, dass es keine Hoffnung gibt. Die Kanzlerin hat vor drei oder vier Wochen – ich weiß es nicht mehr ganz genau – gesagt: So ein Zuwanderungsgesetz, das wäre eigentlich gar keine so schlechte Sache. Ja, Donnerlittchen, potz Blitz! Da sage ich: Willkommen im Klub! Selbstverständlich, darüber reden wir seit Jahren!

(Beifall SPD)

Aber jetzt dauert das in Berlin. Das geht nicht so ohne Weiteres. Da dreht sich die Debatte im Kreis. Man glaubt in der Hauptstadt und auch im Bundeskanzleramt – so habe ich zumindest den Eindruck – ja immer, das wird schon irgendwie alles heile, wenn man beispielsweise die Summen, die man in Aussicht stellt für diese Flüchtlingsunterbringung, für die Länder und die Kommunen, wenn man monatlich neue Prognosen macht, und die immer wieder erhöht. Auch hier im Landtag, Herr Mohring, gibt es die aktuelle Debatte, dass es ja nur gut ist, wenn wir auch mal über das Geld reden sollen, was ja angeblich von der Landesregierung nicht durchgeleitet wird. Ich sage Ihnen eines, und Sie haben es in Ihrer Rede auch dankenswerterweise erwähnt: Es geht in erster Linie gar nicht mehr nur allein um das Geld, es geht um die Frage, wie wir mit diesen Leuten zukünftig umgehen. Das kriegen Sie nicht hin ohne ein gutes und gesteuertes Reglementierungssystem eines Zuwanderungsgesetzes.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich würde mir wünschen, dass in Berlin diese Frage relativ schnell geklärt wird. Das haben wir unserem Bundestagsabgeordneten, der an unserer Fraktionssitzung teilgenommen hat, auch mit auf den Weg gegeben. Das geht in Berlin. Ich nenne hier mal ein Beispiel. In Rekordzeit hat der Bundestag im Oktober 2008 ein Gesetz erlassen, vielleicht erinnern Sie sich, es war das Finanzmarktstabilisierungsgesetz. Innerhalb einer Woche wurden 500 Milliarden Euro bereitgestellt, um Banken zu retten. Ich wünschte mir namens meiner Fraktion, es geht auch hier ein wenig fixer, damit wir in dieser Frage auch mal vorankommen, in der Asyl- und Flüchtlingspolitik in diesem Land.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb, Herr Mohring, ich habe das ja vorhin gehört, Sie haben nicht nur heute, Sie haben auch

(Abg. Hey)

schon damals – ich erinnere mich an eine sehr engagierte Landtagsdebatte, als wir über den Haushalt 2015 gesprochen haben – genauso wie heute gesagt, Sie bieten Ihre Mithilfe an, weil Sie wissen, beide Parteien, Ihre genauso wie meine, also die CDU und die SPD regieren den Bund, und es wäre durchaus möglich, dass Sie da Ihren Einfluss geltend machen. Deswegen sage ich hier an dieser Stelle auch noch mal ganz deutlich, Herr Mohring, danke für dieses Angebot. Helfen Sie auch meiner Partei und überzeugen Sie Ihre Partei im Bund, dass wir diese Kuh schnell vom Eis kriegen, dass wir ein gutes Zuwanderungsgesetz bekommen, dass die zehn Punkte, die Sigmar Gabriel heute vorgestellt hat, auch bei der Kanzlerin Gehör finden!

Noch eines, Herr Mohring, ich würde mich sehr freuen, wenn Sie der Kanzlerin eine Grußbotschaft der SPD-Landtagsfraktion überbringen, dass es vielleicht auch mal angezeigt wäre, selbst einfach mal als Zeichen, als Signal – Sie haben von Bildern gesprochen, die sehr wichtig sind – ein Asylbewerberheim in Deutschland zu besuchen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Abg. Gentele, fraktionslos)

Ich will, Herr Mohring und liebe Kolleginnen und Kollegen aller anderen Parteien, hier auch noch mal deutlich sagen, was in dieser Debatte bislang zumindest – es kommen ja noch einige Redebeiträge, auf die ich mich auch schon innerlich sehr freue –, ich will Ihnen gleich sagen, es geht natürlich – und das hat Bodo Ramelow auch schon versucht, in vielen, vielen anderen Gesprächen, in Sommerinterviews, auch in Gesprächen mit Rundfunk und Fernsehen klarzumachen – nicht mehr um Parteipolitik. Es geht um die größte Herausforderung dieser Republik und dieses Landes, die es seit vielen Jahren gab. Es geht darum, dass die Menschen draußen, also unsere Bürgerinnen und Bürger, aber auch die in den Zeltstädten, die in den Erstaufnahmelagern, die, die jetzt verteilt werden sollen auf die Kommunen, auf die Gemeinden, dass die Bürgermeister und auch die Landräte merken, dass die Politik begriffen hat, dass sich etwas tun muss. Und weil ich diesen Punkt anspreche, ich habe eben gesagt, dass viele Menschen draußen im Land bestimmte Vorgänge, sei es von den abendlichen Nachrichten über die vielen Kriegsherde, wie die entstanden sind, wie man international damit umgeht, sei es über EU-Politik, über Bundes- und Landespolitik, einfach gar nicht mehr richtig nachvollziehen können. Ich kann das verstehen. Ich sage Ihnen aber auch, dieses Unverständnis, diese Skepsis sind geradezu der Nährboden für bestimmte Kreise, die versuchen, das in politisches Kapital umzumünzen, die versuchen, die Oberhand wieder über die Straße zu bekommen. Deshalb auch ein Wort zu den Kolleginnen und Kollegen der AfD-Fraktion.

(Zwischenruf Abg. Brandner, AfD: Ach so, ich dachte, das geht an die da!)

Ja, genau Sie.

Achten Sie bitte – ich verfolge viel, ich gehe öfter mal auf Ihre Webseiten, ich weiß auch, was Teile Ihrer Abgeordneten bei Facebook so zum Besten geben, wie getwittert wird –

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Das machen wir bei Ihnen auch!)

auf die Art und Weise, wie Sie etwas sagen. Ich habe den Eindruck, wenn ich jetzt zum Beispiel in Ihrem Antrag wieder lese, man sollte doch darüber nachdenken – ich sage mal sehr salopp –, wieder Mauern um Deutschland oder um Europa zu bauen, wo Sie genau wissen, dass das gar nicht geht.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Lesen Sie doch mal, Herr Hey!)

Sie sind auf der Jagd nach dem schnellen Applaus. Sie sind auf der Jagd nach der Hoheit am Stammtisch. Ich sage Ihnen, gucken Sie sich bitte den Rest Ihrer Fraktion an, es sind nicht mehr allzu viel übrig von Ihrer Politgruppe, der Rest sitzt schon auf der Seite.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen, Sie treten da etwas los, das Sie vielleicht irgendwann nicht wieder einfangen können, denn Sie bereiten damit Leuten den Weg, von denen ich hoffe, dass auch Sie sie nicht wollen. Sie können auch so weitermachen. Natürlich. Sie können auch so weitermachen, aber dann sitzen Sie nach der nächsten Landtagswahl vielleicht nicht mehr persönlich hier im Plenum und im Parlament, dann sind hier ganz andere Kräfte. Das können auch Sie nicht wollen. Sie können durchaus einen Beitrag leisten, auch diese Debatte zu versachlichen.

(Unruhe AfD)

Ich freue mich weiter auf eine engagierte Debatte.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke, wir sollten jetzt in die Pötte kommen. Eine Sondersitzung ist sicherlich immer über Themen, die draußen die Leute bewegen, die uns bewegen, erforderlich, wenn es um nächste und nachfolgende Schritte geht. Ich bin ein großer Freund davon, nachdem wir diese Debatte engagiert geführt haben, dann aber auch wieder in unsere Abgeordnetenbüros, in unsere Ministerien und ans Regieren zu gehen und eben auch diese Probleme, die aufgeworfen wurden, so schnell wie möglich zu lösen. Das geht, allerdings nicht immer nur ganz allein. Dazu brauchen wir, wie gesagt, auch die Hilfe

(Abg. Hey)

im Bund. Ihr Angebot, Herr Mohring, habe ich ja gehört. Deswegen ran an die Arbeit! Ich danke Ihnen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Höhn:

Als nächster Redner spricht von der Fraktion der AfD Herr Abgeordneter Höcke.

(Zwischenruf Abg. Brandner, AfD: Herr Hey, wollen Sie wieder ein bisschen arabische Musik abspielen?)

Abgeordneter Höcke, AfD:

Sehr verehrter Herr Präsident, sehr verehrte Kollegen Abgeordnete, sehr verehrte Besucher auf der Tribüne, ich möchte zunächst die Gelegenheit nutzen, um im Namen meiner Fraktion, der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag, den Polizisten und Sicherheitskräften zu danken, die in Thüringen, in Sachsen und überall in unserem Land unsere Sicherheit garantieren.

(Beifall AfD)

Und sie garantieren unsere Sicherheit dadurch, dass sie in ihrem Dienst ihre Gesundheit und manchmal ihr Leben in die Waagschale werfen. Dafür unseren herzlichen Dank.

(Beifall AfD)

Ich hoffe, dass die Polizisten und auch die privaten Wachdienste wissen, wer ihnen diese angespannte, aus dem Ruder laufende Sicherheitslage eingebracht hat. Ich hoffe, dass sie die Ursachen dieser angespannten Sicherheitslage erkennen. Und wenn ich die Debattenbeiträge jetzt noch einmal Revue passieren lasse, dann wird mir ganz deutlich und ganz bewusst, dass Sie alle, egal ob Sie hier auf der Linken sitzen oder im Bereich der sozialdemokratisierten Union, über ein Kurieren an Symptomen leider nicht hinauskommen.

(Beifall AfD)

Herr Winterabschiebestopp-Minister Lauinger und besonders Frau Hennig-Wellsov, die absurden Vorstellungswelten, die Sie hier in Ihren Redebeiträgen dargestellt haben, lassen in mir die Vermutung aufkommen, dass es mit Ihrem gesunden Menschenverstand nicht zum Besten bestellt ist, aber ich kann Ihnen garantieren, dass Sie hier aus Ihrem ideologischen Wolkenkuckucksheim durch die Realität noch herausgeholt werden.

(Beifall AfD)

Natürlich ist das Thema „Asyl und Einwanderung“ komplex und natürlich haben wir hier eine Interdependenz verschiedener Ebenen, der Kommunal-ebene, der Landesebene, der Bundesebene und der Europaebene. Das ist das, was unser Asyl- und

Zuwanderungspapier eben auch vollständig aufgreift, erklärt und entsprechend zu guten Lösungsansätzen bringt. Natürlich wissen wir das. Aber es kann doch nicht sein, sehr verehrte Landesregierung, sehr verehrter Herr Ministerpräsident Ramelow, dass Sie nur immer die Verantwortung auf den Bund abwälzen wollen. Und ich kann es auch nicht mehr hören, dass ständig nach dem Geld des Bundes geschrien wird. Wollen Sie das nicht erkennen oder fehlt Ihnen einfach der staatsmännische Weitblick dazu, zu wissen, dass das genauso Steuergelder des Thüringer Steuerzahlers sind wie die Gelder, die aus dem Bund kommen, Herr Ramelow?

(Beifall AfD)

Oder auch dieses Schreien nach dem Geld des Bundes. Aber diese Mutlosigkeit, mal im Bundesrat, was ja durchaus im Rahmen Ihrer Möglichkeiten wäre, entsprechend an die Ursachen dieser aus dem Ruder laufenden Asylproblematik heranzugehen und dort eventuell auf eine Reform des Asylbewerberleistungsgesetzes hinzuwirken, dieser Wille fehlt bei Ihnen – leider!

Aber ich möchte eine andere Fraktion in diesem Landtag zunächst einmal ganz direkt ansprechen, und zwar ist das die CDU-Fraktion. Sehr verehrte CDU-Fraktion, das, was Sie hier getan haben, nämlich ein Sonderplenum des Thüringer Landtags einzuberufen, ist nichts anderes als ein populistischer Akt.

(Beifall AfD)

Er ist deswegen populistisch, weil Sie sich hier als Kümmerer für thüringische und deutsche Interessen aufspielen, obwohl Sie als längste Regierungspartei sowohl in Thüringen als auch im Bund hauptverantwortlich sind für ein Totalversagen in diesem zentralen Politikfeld, sehr verehrte Damen und Herren.

(Beifall AfD)

Dass Sie hier so einen Wirbel veranstalten mit diesem Sonderplenum, dass das reine Schaumschlägerei ist und eine Schauveranstaltung, die Sie, wie gesagt, aus populistischen Gründen hier anbieten, das erkennt man auch daran, dass Ihre Bundesvorsitzende Frau Merkel den Krisengipfel zum Thema Asyl am 24. September, also in einem Monat, stattfinden lässt. So dringend kann der Handlungsbedarf nach Ansicht der Union wohl doch nicht sein.

(Beifall AfD)

Ich sage ganz deutlich: Die Union ist nicht Teil der Lösung des Problems in diesem Politikfeld, die Union ist Teil des Problems, sehr verehrte Damen und Herren.

(Beifall AfD)

Ich finde es aber trotzdem gut, liebe Abgeordnete der ehemals konservativen Volkspartei CDU und

(Abg. Höcke)

deren Fraktion, dass Sie sich mit unserem Antrag „Asylbewerber vom Westbalkan: Asylverfahren beschleunigen – Abschiebung erleichtern“ auseinandergesetzt haben. Und ich finde es auch gut, dass Sie unser Positionspapier zum Thema „Asyl und Zuwanderung“ rezipiert haben.

In Punkt 7, Kapitel 2 Ihres Antrags setzen Sie sich für eine Informationskampagne in den Herkunftstaaten ein, um über die von Schlepperbanden verbreiteten Falschinformationen über das Schlaraffenland Deutschland, das ja angeblich immer noch so reich ist – anscheinend wissen die meisten von ihnen nicht, dass wir 2 Billionen Euro explizite Staatsverschuldung haben und 6 Billionen Euro implizite Staatsverschuldung –, um entsprechend dort darüber aufzuklären. Vergleichen Sie bitte dazu Punkt 1 unseres Antrags im letzten Plenum.

Und in Punkt 6, wiederum im 2. Kapitel, setzen Sie sich dafür ein, auch Montenegro als sicheren Herkunftstaat anzuerkennen. Das war Punkt 2 unseres Antrags, den Sie in der letzten Debatte und im letzten Plenum abgelehnt haben. Danke schön, sagt der Thüringer Bürger dafür.

(Beifall AfD)

Ihre Ideen sind ja gut, stellenweise zumindest, die Sie in Ihrem Antrag formulieren. Das verwundert uns gar nicht, denn diese Ideen stammen nämlich von uns.

(Beifall AfD)

Wenn ich sehe, wie Herr Gabriel als Populist de luxe mittlerweile in den Positionen der AfD räubert, dann wundert mich gar nichts mehr in diesem Land. Uns Populismus vorzuwerfen, das ist reine Augenschere. Ich kann Ihnen nur sagen, liebe Union: Ihre Glaubwürdigkeit ist dahin. Wenn Sie unterwegs sind auf den Straßen und Plätzen dieses Landes, unseres Landes Thüringen, dann können Sie sich darüber Gewissheit verschaffen. Immer mehr Menschen in diesem Land erkennen, dass Sie für die Missstände in der Asylpolitik hauptverantwortlich sind.

(Beifall AfD)

Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, wie unsere merkelnde Bundeskanzlerin 2010 das Ende von „Multikulti“ erklärt hat. Was ist seit 2010 passiert? Nichts. Mit dem Asylkompromiss von 2014 hat die CDU-Vorsitzende die Türen noch weiter aufgestoßen. Die Union ist dafür verantwortlich, dass noch mehr Fehlanreize gesetzt wurden, indem der Vorrang der Geld- vor den Sachleistungen außerhalb der Erstaufnahmeeinrichtungen kassiert worden ist.

(Beifall AfD)

Sie haben Geduldete, also Menschen ohne legalen Aufenthaltstitel, die nach wie vor ausreisepflichtig

sind, massenhaft legalisiert und damit das Vertrauen in den Rechtsstaat ausgehöhlt.

(Beifall AfD)

Sie sprechen immer wieder – genauso wie die lebensfremden Linken – davon, dass eine Integration von Flüchtlingen gelingen müsse, obwohl das Asylrecht und das Zuwanderungsrecht doch zwei verschiedene Paar Schuhe sind. Wollen oder können Sie das nicht verstehen?

(Beifall AfD)

Ihre Bürgermeister und Landräte führen vor Ort eine bürgerfeindliche Politik durch, indem sie Schulen für Lernbehinderte schließen, um dort Asylbewerber unterzubringen, wie der Landrat Dr. Henning in Heiligenstadt. Sie wollen mit Zwangsenteignungen in Grundrechte eingreifen, wie das der Oberbürgermeister von Salzgitter vorgeschlagen hat, um Asylbewerber in Privatwohnungen unterbringen zu können.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: CDU-Leute!)

Jetzt ist leider der Kollege Mohring schon wieder geflohen, das kennen wir ja von ihm, aber ich denke, er wird meine Worte wohl doch irgendwo in einem Nebenraum vernehmen. Erklären Sie mir doch mal, Herr Kollege Mohring, was soll denn der Bürger, Ihr potenzieller Wähler, um den Sie jetzt gerade hier wehen, auch gerade mit diesem Sonderplenum, dass Sie hier beantragt haben, davon halten, wenn Sie sich nun als Law-and-Order-Partei aufspielen und dem Missbrauch des Asylrechts begegnen wollen und gleichzeitig mit den Grünen flirten! Wie soll das zusammengehen?

(Beifall AfD)

Schade, dass Herr Mohring nicht da ist, aber ich könnte es ihm jetzt auf den Kopf sagen, jetzt sitzt er nicht dort, aber ich tue es mal in meinen Gedanken: Herr Mohring, dort, wo es um das Durchsetzen Ihrer persönlichen Machtoption geht, dort sind Sie wahrlich ein Willensriese. Aber dort, wo es um die Durchsetzung von politischen Inhalten auch gegen den Zeitgeist geht, sind Sie ein Willenszwerg.

(Beifall AfD)

Und jetzt zu Rot-Rot-Grün. 800.000 Asylbewerber soll es im Jahr 2015 in Deutschland geben. Ich gehe von über einer Million aus. Das sind wahrscheinlich die realistischen Zahlen. Das ist die Hälfte der Einwohnerschaft Thüringens. Neuer Rekord aller Länder aller Zeiten. Wir müssen davon in Thüringen gemäß dem Königsteiner Schlüssel 21.760 aufnehmen. Zum Vergleich: Kanada, ein Land mit einer großen Einwanderungstradition, das sich zudem auch humanitär sehr engagiert, nahm im Jahr 2014 13.500 Asylbewerber auf. Bei geschätzten Ausgaben von mindestens 12.500 Euro pro Asylbewerber – die unbegleiteten minderjährigen Flücht-

(Abg. Höcke)

linge kosten ein Vielfaches davon – wird der deutsche Steuerzahler für diesen Wahnsinn – anders kann man das nicht nennen – mit 10 Milliarden Euro dieses Jahr zur Kasse gebeten. Die fast 22.000 Asylbewerber in Thüringen kosten uns, unseren kleinen, armen, hochverschuldeten Freistaat Thüringen, 272 Millionen Euro. 95 Prozent – Herr Winterabschiebestopp-Minister Lauinger hat das in seiner Stellungnahme in seiner Regierungserklärung schon dargestellt – davon trägt das Land und tragen die Kommunen. Das sind 258 Millionen Euro, das ist fast doppelt so viel wie die lächerlichen 132,4 Millionen, die Rot-Rot-Grün den notleidenden Thüringer Kommunen gnädig gewährt hat. Herr Ministerpräsident Ramelow, schade, dass Sie die Flucht vor der Verantwortung angetreten haben. Herr Winterabschiebestopp-Minister Lauinger, sagen Sie den Bürgern doch klipp und klar, dass sie die Kosten Ihres Projekts „Buntes Thüringen“ übernehmen sollen. Sagen Sie ihnen, dass der Personalabbau bei der Polizei fortschreitet, Sie weniger Lehrer einstellen, als von Ihnen angekündigt, und dass die innere Sicherheit im Freistaat gefährdet ist. Sagen Sie doch den Kommunen, dass sie ihre Grund- und Gewerbesteuer erhöhen müssen. Sagen Sie den Kindern, sagen Sie unseren Kindern, deren Eltern und sagen Sie unseren Senioren, dass sich Tuberkulose, dass sich Masern, dass sich Windpocken, dass sich Krätze wieder in Thüringen ausbreiten!

(Beifall AfD)

Und sagen Sie allen, dass Sie für die Lüge von der Bereicherung durch eine multikulturelle Gesellschaft auch noch bezahlen müssen! Über dieses absurde Theaterstück lacht sich die Welt kaputt, sehr verehrte Damen und Herren.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Wir ertragen Ihre Bosheit, aber folgen Ihnen nicht!)

Schauen wir uns doch mal an, wer zu uns kommt.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Wie kann so ein Mensch nur Lehrer werden?)

Fast jeder zweite Asylantrag wurde im ersten Halbjahr 2015 deutschlandweit von Menschen aus den Ländern des Westbalkans gestellt. Das sind Wirtschaftsmigranten. Das kleine Kosovo und Albanien haben zusammen weit mehr Antragsteller als Syrien, Afghanistan und Irak, aber wir können keine humane Unterbringung für wirklich Verfolgte garantieren, weil die rot-rot-grüne Landesregierung die Wirtschaftsmigranten nicht abschiebt. Unser Winterabschiebestopp-Minister, der auch die Flucht – nein, dort ist er noch, entschuldigen Sie bitte, Herr Lauinger –, der sich leider nur in einer Sache auskennt, das ist der Bereich Arbeitsverweigerung, das muss man mal deutlich sagen. Er verweigert die Arbeit,

denn wir hatten in diesem Jahr 3.361 vollziehbar Ausreisepflichtige, bislang sind davon nur 479 in ihre Herkunftsländer zurückgekehrt. Abgeschoben wurden im Jahr 2014 etwa 10 Prozent davon. In der ersten Jahreshälfte 2015 ist dieser Wert noch mal gesunken auf 2,35 Prozent. Man muss es ganz deutlich sagen, Herr Lauinger und sehr verehrter Herr Ministerpräsident Ramelow in Abwesenheit: Weil Sie Recht und Gesetz nicht durchsetzen, weil Sie nicht abschieben lassen, zerstören Sie das Asylrecht.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Gentile, fraktionslos: Wir reden hier über Menschen!)

Treten Sie – Herr Lauinger, ich habe Ihnen das schon anheimgelegt, vielleicht haben Sie Qualitäten auf anderen Gebieten, aber als Migrationsminister sind Sie vollständig gescheitert –, am besten zurück. Ich kann Ihnen das nur ans Herz legen. Aber räumen Sie bitte vorher noch das Chaos auf, das Sie angerichtet haben.

(Beifall AfD)

Sie zerstören nicht nur das Asylrecht, zu dem wir stehen und das wir verteidigen wollen für die wirklich Schutzbedürftigen, selbstverständlich, Sie importieren auch sozialen Sprengstoff. Kommen zu uns denn die hilfsbedürftigen Familien mit Kindern oder kommen zu uns in der Mehrzahl Christen, die weltweit die Verfolgtengruppe Nummer eins sind? Die Wirklichkeit spricht eine ganz andere Sprache. Man muss nur die Daten des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge lesen und man weiß, wie der durchschnittliche Asylbewerber 2014 ausgesehen hat. Ich gehe davon aus, dass er genau so im Jahr 2015 aussehen wird: Er ist jung, er ist männlich und er ist muslimisch. Man braucht gar nicht Geschichte oder Soziologie studiert zu haben, um zu wissen, wie sich Gesellschaften verhalten, in denen es einen Jungmännerüberschuss gibt; sie sind aggressiv nach innen und aggressiv nach außen.

(Zwischenruf Prof. Dr. Hoff, Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei: Das ist wie die AfD-Fraktion!)

Und wenn es multikulturalisierte Jungmännergesellschaften sind, dann sind es potenzielle Bürgerkriegsgesellschaften. Das ist ein Faktum, sehr verehrte Damen und Herren.

(Unruhe im Hause)

(Beifall AfD)

Einen Vorgesmack haben uns die Ereignisse in Suhl schon gegeben.

Ich will auf eine weitere Lebenslüge der derzeitigen Asylpolitik hinweisen: Herr Minister Ramelow erklärt ja jeden Menschen, der deutschen oder thüringi-

(Abg. Höcke)

schen Boden betritt und das Wort „Asyl“ über die Lippen bringt, zum potenziellen Neubürger, den man integrieren muss. Und Rot-Rot-Grün fordert, dass man aus den Asylbewerbern die entsprechenden Fachkräfte rekrutieren sollte. Ich sage, diese Forderung ist auf doppelte Art und Weise falsch. Sie ist erstens ethisch normativ abzulehnen, da sie im Grunde genommen nichts anderes – und denken Sie bitte vom Ende her und denken Sie an die Ursachen – als Nützlichkeitsrassismus ist.

(Beifall AfD)

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, Nützlichkeitsrassismus, selbstverständlich. Das Asylrecht nach Artikel 16 Grundgesetz und die Gewährung von Flüchtlingschutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention dienen einzig und allein humanitären Zwecken und nicht der Stillung eines etwaigen Fachkräftebedarfs, sehr verehrte Damen und Herren. Und nach Entfallen der Fluchtgründe ist auch etwas selbstverständlich: Wenn die Fluchtgründe weggefallen sind, kehrt der Flüchtling, der hier ein Gastrecht genossen hat, in seine Heimat zurück.

(Beifall AfD)

Der zweite Grund ist empirischer Natur. Es gibt unter den Asylbewerbern in Thüringen weniger als 10 Prozent Fachkräfte und Hochqualifizierte. Das ergab zumindest die Kleine Anfrage der Kollegin Berninger. Noch kommen die Asylbewerber nicht gerade aus Staaten, die für die Qualität ihres Bildungssystems bekannt sind. Albanien etwa lag bei den Leistungen in Mathematik, Lesekompetenz und Naturwissenschaften im Rahmen von PISA 2012 mit sage und schreibe – und jeder Lehrer weiß diese Zahlen zu interpretieren – 394 Punkten auf einem der letzten Ränge weltweit. Sind das die Fachkräfte der Zukunft, um die uns die USA, Neuseeland, Kanada und Australien beneiden? Wohl eher nicht.

(Beifall AfD)

Man darf feststellen, wenn die Apologeten des Humanitarismus an der Macht und in Regierungsverantwortung sind, dann hat eine vernunftgeleitete Politik des gesunden Menschenverstands Pause. Das ist schade, aber die rot-rot-grüne Landesregierung in Thüringen ist der Beleg dafür.

Die jetzige Asylkrise ist fahrlässig und sie ist teilweise vorsätzlich herbeigeführt. Die Ursachen auf Bundesebene sind der mangelnde Gesetzesvollzug und die bestehenden Fehlanreize. Eine Analyse des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge kommt zu dem Ergebnis, dass die sozialen Leistungen eine zentrale Rolle spielen. Bei einem alleinstehenden jungen Mann kommen 359 Euro an geldwerten Leistungen zusammen. 359 Euro – das ist

Hartz-IV-Niveau. Und das ist mehr, als der Durchschnittsverdienst beispielsweise im Kosovo oder in Albanien, der bei maximal 300 Euro im Monat liegt. Das ist ein klassischer Fehlanreiz. Deswegen müssen wir zurückkehren zur Ausgabe von Sachleistungen und müssen die Ausgabe von Geldleistungen unbedingt einstellen.

(Beifall AfD)

Wirtschaftliche Gründe spielen auch bei den meisten afrikanischen Asylbewerbern eine große Rolle. Hier wirken nicht nur die Fehlanreize des deutschen Sozialstaats, hier trägt die EU mit ihrer jahrzehntelangen Subventionspolitik ein gerütteltes Maß an Schuld an dieser Fehlentwicklung. Der europäische Agrarexport zu Dumpingpreisen hat nämlich dazu geführt, dass reihenweise afrikanische Kleinbauern aufgeben mussten, und gleichzeitig fischen die europäischen Flotten afrikanische Küstengewässer leer. So konterkariert man Entwicklungshilfe. Wenn wir über die Lösung der Asylproblematik in diesen Tagen reden, dann müssen wir auch endlich an die Ursachen gehen und müssen den Mut haben, diese Ursachen zu benennen, sehr verehrte Damen und Herren.

(Beifall AfD)

Verschweigen möchte ich an dieser Stelle auch nicht – ich tue das mal ganz bewusst in diesem Landtag, weil wir eben eine Interdependenz zwischen der kommunalen, der Landes-, der Bundes-, der Europa- und sogar der Weltebene in diesem wichtigen Politikfeld haben – die weltfriedensstörende Rolle, die die USA spielen. Die Kriege in Libyen, Syrien und Afghanistan sind ohne unseren sendungsbewussten Weltpolizisten nicht denkbar. Und es sind die USA und manch ihrer willfährigen europäischen Vasallen, die maßgeblich zur Verschärfung der weltweiten Flüchtlingskrise beigetragen haben. Es war der schwedische Finanzminister Anders Borg, der den Mut hatte, diesen Sachverhalt 2012 in Washington anzusprechen, ein Mut, der leider Frau Merkel vollkommen fehlt.

(Beifall AfD)

Ich zitiere den schwedischen Finanzminister Anders Borg und seine Worte, die er 2012 in Washington aussprach: Grundsätzlich stellen die USA die Migrationsflüsse für uns her. Ihr macht Krieg und wir kriegen die Flüchtlinge. Damit sind die Iraker zur größten ethnischen Minderheit in Schweden geworden.

(Beifall AfD)

Ob es sich bei den enorm anschwellenden, ja über Nacht explodierenden Flüchtlingsströmen tatsächlich um ein gezieltes Komplott der USA handelt, um Europa zu schwächen, wie das in der „Thüringer Allgemeinen“ am 11. August 2015 kolportiert wurde, das muss sicherlich noch überprüft werden.

(Abg. Höcke)

Wenn es aber so wäre und wenn die USA wirklich Schlepper bezahlen würden, die die Menschen nach Europa führen und sie dazu ermutigen, den Weg nach Europa einzuschlagen,

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dann würde das den NSA-Skandal bei Weitem in den Schatten stellen. Das wäre ganz klar ein feindseliger Akt, sehr verehrte Damen und Herren.

(Beifall AfD)

Die derzeitige Lage ist dramatisch und spitzt sich weiter zu. Ich prognostiziere Ihnen, dass aus dem Kommunalnotstand ein Staatsnotstand wird. Die Verantwortung dafür tragen nicht nur die Ideologen von den Linken, sondern tragen alle Parteien bzw. Fraktionen in diesem Hohen Haus, in den Landtagen und dem Bundestag dieses Landes von ganz Rot bis Schwarz. Die einzige Ausnahme, die ihre Hände in Unschuld waschen kann, das ist die neue blaue Bewegung, das ist die neue blaue Fraktion. Gut, dass es die AfD gibt, sehr verehrte Damen und Herren.

(Beifall AfD)

Die Beachtung rechtsstaatlicher Prinzipien, die Gewährleistung der Sicherheit unserer Bürger und die Sicherstellung der humanitären Hilfe für wirklich Hilfsbedürftige, das sind die Prinzipien unseres Antrags. Ich weiß natürlich, dass die Altparteien diesen Antrag gemeinsam ablehnen werden, das ist nun mal so. Wenn ich sehe, wie Herr Mohring hier schon wieder seine Fühler Richtung Grüne-Fraktion ausstreckt, dann weiß ich, welche taktischen Zielsetzungen er mittlerweile schon wieder hier vertritt.

Ich will in diesem Zusammenhang noch mal darauf hinweisen, dass unser sehr stimmiger und von gesundem Menschenverstand gekennzeichneter Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes, das die Kommunen finanziell besser ausstatten wollte und das die Mitwirkungsmöglichkeiten des Landtags sicherstellen wollte, in einer konzertierten Aktion der Altfraktionen als Tagesordnungspunkt heute verhindert worden ist. Das ist schade und das ist traurig, und das ist allein dem politischen Taktieren geschuldet. Das muss deutlich gesagt werden.

Wir fordern in unserem Antrag, der Ihnen vorliegt, die sofortige Wiedereinführung von Grenzkontrollen. Wir fordern die Einführung einer Visumpflicht für die Westbalkanstaaten. Wir fordern ein europäisches Grenzregime nach australischem Vorbild. Wir fordern die Verschärfung der Tatbestände, die eine Ausweisung von gewaltbereiten Ausländern möglich macht. Wir fordern den effektiven Vollzug des geltenden Asylrechts durch gesonderte Unterbringung, schnelle Verfahrensbearbeitung und Abschiebung von Wirtschaftsmigranten aus den West-

balkanländern. Und wir fordern, dass der Vorrang der Geld- vor den Sachleistungen unverzüglich abgeschafft wird.

(Beifall AfD)

Die in unserem Antrag unterbreiteten Vorschläge reichen bis zur Beseitigung der Fluchtursachen und doktern eben nicht an Symptomen herum, wie das bei den Altparteien oder – sollte ich besser sagen – Symptomparteien normal ist. Wir machen Vorschläge zur zirkulären Arbeitsmigration, zum Ende der schädlichen EU-Subventionen und zur Einrichtung vom Asylverfahrenszentrum in Konflikttherdnähe. Gerade diese Konflikttherdnähe ist wichtig, wenn man Geld, das der deutsche Staat übrigens auch nicht mehr hat, effektiv und effizient einsetzen will, denn mit viel weniger Geld können wir entsprechend in Konflikttherdnähe viel mehr Menschen human versorgen, als das in Deutschland der Fall ist.

(Beifall AfD)

Sehr verehrte Damen und Herren, die Lage ist kritisch. Wenn wir auf dem Weg, den die Altfraktionen hier vorgeschlagen haben, voranschreiten und wenn wir das Kurieren an Symptomen nicht überwinden und eine Politik machen, die wirklich die Ursachen dieser unsäglichen Entwicklung beseitigt, dann gehen wir in eine sehr, sehr schwere Zukunft. Ich sage ganz deutlich, wenn wir unseren Sozialstaat, wenn wir unsere staatliche Integrität und wenn wir unsere Zukunft im Ganzen sichern wollen, dann brauchen wir eine grundsätzliche Wende in der Asyl- und Einwanderungspolitik in Thüringen, im Bund und in Europa und wir brauchen diese Wende jetzt. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Höhn:

Als Nächster hat das Wort Herr Abgeordneter Dirk Adams, Bündnis 90/Die Grünen.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste hier im Thüringer Landtag, im Namen von Bündnis 90/Die Grünen möchte ich an den Anfang einen Dank stellen, und zwar für alle Hauptamtlichen, für alle Ehrenamtlichen, für alle Mitarbeiter in den Ministerien, für alle Polizistinnen und Polizisten, für alle, die sich als Sanitäter oder in anderer Weise darum kümmern, dass die Menschen, die geflohen sind und in Thüringen ankommen, hier ein gutes Heim bekommen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verbunden damit drücken wir auch unsere große Anerkennung für die Kommunen aus, die diese Ar-

(Abg. Adams)

beit vor allen Dingen organisieren und sich darum kümmern, dass die Menschen ein Dach über dem Kopf bekommen, wenn die Flüchtlinge aus unseren Erstaufnahmeeinrichtungen zu ihnen kommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein dritter Dank ist mir sehr wichtig: Wir bedanken uns bei allen Menschen, die sich rechten und rechtspopulistischen Demonstrationen in den Weg stellen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Mohring, Sie haben der Landesregierung Hilflosigkeit vorgeworfen. Ich frage Sie und ich frage die CDU-Fraktion: Ist es Hilflosigkeit, wenn jemand – eine Landesregierung – am Anfang ihrer Legislatur sagt, sie sieht, dass wir in diesem Jahr mehr Flüchtlinge in diesem Land bekommen werden und sofort ihre Aufnahmekapazitäten erweitert? Ist das Hilflosigkeit? Nein, das ist keine Hilflosigkeit, das ist Weitsicht. Und das hat diese Landesregierung gemacht. Wenn man sich dann der Situation stellen muss, dass man in der Mitte des Jahres ungeahnt – und es war der Bundesinnenminister, der erst letzte Woche verkündet hat, dass er die Flüchtlingszahlen, so wie er sie bisher prognostiziert hat, nicht halten wird – von 450.000 auf 800.000 erweitern muss, wenn wir in Thüringen in einer solchen Situation eines der Länder sind, in denen die Flüchtlinge am wenigsten in Zelten untergebracht werden, dann hat diese Landesregierung kein Chaos verursacht, sondern gute Arbeit geleistet, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das politische Chaos, das Sie in Thüringen an die Wand malen wollen, beunruhigt mich nicht, gefährlicher finde ich das Schweigen auf der Bundesebene, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie kritisieren uns immer wieder und sagen, hier ruft immer einer nach der Bundesebene. Ihr ganzer Antrag ist damit gefüllt, im Wesentlichen Dinge, die auf der Bundesebene zu klären sind, hier im Thüringer Landtag einzubringen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das, was Thüringen klären muss, was der Freistaat klären muss, was diese Landesregierung klären muss und wozu wir, die koalitionstragenden Fraktionen, stehen müssen, das klären wir hier in Thüringen, aber es gibt auch eine Verantwortungsebene des Bundes und da kann man nicht schnell und schnöde darüber hinweggehen und sagen, rufen Sie nicht einfach nach dem Bund, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Mohring hat auch kritisiert, dass Minister Lauinger

nicht mit den Menschen vor Ort reden würde. Ich weiß, dass Herr Lauinger sehr viel mit den Menschen redet. In den ersten Wochen seiner Amtszeit – und das hat noch kein CDU-Innenminister bisher gemacht – ist Herr Lauinger auf ein Fußballfeld gegangen. Das war voll, es war voll mit Menschen, die Antworten wollten, und er hat sich dem gestellt. Ich weiß gar nicht, wie viele CDU-Mitglieder sich hinter den Minister gestellt und gesagt haben, das ist aber beachtlich – das ist aber beachtlich, dass das jemand macht.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Heute hier einzufordern, dass mehr mit den Bürgern gesprochen wird, finde ich, ehrlich gesagt, nicht ganz ehrlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, insbesondere wenn man beachtet, wie es zur Erstaufnahmeeinrichtung in Suhl gekommen ist. Ich glaube mich daran erinnern zu können, in einer Nacht- und Nebelaktion an einem Wochenende ist das eingeführt worden. Die Leute wussten nichts, die Stadtverwaltung war nur kurzfristig informiert worden, ganz kurzfristig. Und dann waren die Leute einfach da. Das heute Herrn Minister Lauinger – der überall rumläuft und überall dafür wirbt bei den Stadträten, in den Kreistagen, Leute, lasst uns hier ein Konzept machen, lasst uns hier eine Erstaufnahmeeinrichtung einrichten, immer in der Diskussion – vorzuwerfen, ist einfach nur scheinheilig, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man sich Ihren Antrag anschaut und dem Debattenbeitrag von Herrn Mohring gut folgt, dann fragt man sich: Was war eigentlich das Ziel? War das Ziel, im Thüringer Landtag mal in einer großen Breite bundespolitische Themen zu diskutieren oder war es einfach der Wunsch, „populär“ mit „Populismus“ zu verwechseln? Wer wie Herr Mohring das deutsche Rechtssystem versus die Scharia stellt und so argumentiert, dass das im Augenblick die Frage hier in Thüringen wäre, ist ein Populist, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer der rot-rot-grünen Landesregierung ein eigenes rot-rot-grünes Bleiberecht unterstellt, das es so nicht gibt, meine sehr verehrten Damen und Herren, der ist ein Populist, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Unruhe CDU)

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Das kann doch nicht sein, was Sie sich hier vorn erlauben!)

Diese Aufzählung, meine sehr verehrten Damen und Herren, könnte ich noch fortführen.

(Abg. Adams)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, worüber reden wir? Wir reden über eine ganz besondere Situation. Das hat auch Herr Mohring offensichtlich erkannt und eine Quelle zitiert: 60 Millionen Flüchtlinge außerhalb ihrer Länder. Meine sehr verehrten Damen und Herren, seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hat es nicht mehr so viele Vertriebene gegeben. Und Sie versuchen, den Menschen in Thüringen zu erklären, dass das eine Frage ist, wie die Landesregierung darauf reagiert. Es ist eine enorme Herausforderung für Europa, es ist eine enorme Herausforderung für die Bundesrepublik Deutschland und es ist eine enorme Herausforderung für Thüringen. Diese Landesregierung stellt sich dem. In Thüringen kann kein Mensch etwas dafür, dass es diese Flüchtlinge gibt. Wir können nur etwas dafür, wenn wir sie nicht aufnehmen und ihnen Obdach geben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist so, dass wir auch darüber reden müssen, wenn wir hier tatsächlich etwas ändern wollen, dann brauchen wir eine faire Weltwirtschaft und wir brauchen eine Entwicklungshilfe. Da ringen wir immer wieder darum, wenn wir eine Entwicklungshilfe einfordern, die der Kraft in der Bundesrepublik entspricht, eine Entwicklungshilfe einfordern, die den Menschen vor Ort hilft, die Hilfe zur Selbsthilfe ermöglicht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich hatte den Eindruck, als Herr Herrgott geredet hat, dass es hier in ganz besonderer Weise um eine Differenzierung gehen soll. Herr Mohring hat diese Differenzierung auch eingefordert, wenn ich ihn richtig verstanden habe. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir Grünen widersetzen uns der Differenzierung in echte, gute Flüchtlinge, die, wie Herr Herrgott formulierte, ein nachgewiesenes Bleiberecht hätten,

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und die Flüchtlinge, die dieses Recht nicht haben. Wer in dieses Land kommt, ist ein Flüchtling und hat ein Recht auf das Asyl.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wollen Sie angesichts der Situation in Albanien entscheiden, ob es ein nachgewiesener Fluchtgrund ist, wenn – so haben es das Auswärtige Amt und auch der Kommissar für Menschenrechte des Europarats festgestellt – es in Albanien ein hohes Maß an Korruption, organisiertes Verbrechen und eine Kultur der Straflosigkeit und fehlende Implementierung der vorhandenen Regelwerke gibt? Das Auswärtige Amt berichtet ferner über erhebliche gesellschaftliche Diskriminierung von Roma und Ägyptern. Diese würden nicht nur gesellschaftlich ausgegrenzt, sondern seien auch Opfer einer diskriminierenden Verwaltungspraxis. Wer vor so etwas flieht, vor einem nicht vorhandenen Rechtsstaat, meine sehr verehr-

ten Damen und Herren, der hat unseren Schutz nötig. Ich möchte nicht, dass das ausdifferenziert wird, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube auch, dass das Ziel des Antrags der CDU vielmehr, wie schon gesagt, eine bundespolitische Debatte war. Fünf ihrer neun Forderungen sind bundespolitische Forderungen, zweimal geht es um eine schnellere Abschiebung. Das war auch hier im Plenum schon Thema. Ich bin Herrn Minister Lauinger sehr dankbar, dass er das deutlich gesagt hat. Thüringen hält sich ganz klar an die Rechtsnormen zur Abschiebung. Wir setzen Bundesrecht um.

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE: Ja, leider!)

Nichts anderes. Und Sie wollen das kritisieren? Das wollen Sie anders haben? Da staune ich aber, meine sehr verehrten Damen und Herren. Da staune ich.

Dann haben Sie noch einen Vorschlag gemacht, der die Bürokratisierung erhöht, indem Sie nämlich nicht das Geld austeilen und den Leuten die Chance geben, sich zu integrieren, weil sie damit einkaufen gehen, weil sie sich erkundigen, wo ich was am besten kriege, und mit in die Gesellschaft kommen, weil Sie sie nämlich ausgrenzen und stigmatisieren wollen mit Gutscheinen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Als Quintessenz, als Einziges, worüber man reden kann, Sie aber keinen Vorschlag haben, ist Ihre Forderung, dass wir den Kommunen helfen müssen. Ja, das werden wir tun, meine sehr verehrten Damen und Herren, das werden wir tun nach Kraft und Möglichkeit dieser Landesregierung.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: ... Also nicht!)

(Unruhe CDU)

In Ihrem Antrag steht nichts über eine Verbesserung der Situation der Flüchtlinge, so, wie es Herr Herrgott in seiner Einbringungsrede versucht hat, uns darzustellen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Hilfreich wäre gewesen, wenn auch die Vertreterinnen der CDU im Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern einen Fakt sehr deutlich machen: Wir haben in der Zeit von 2009 bis 2015 – das ist also nicht irgendwann – in Thüringen 121.000 Menschen verloren. Wenn man das über den Daumen gepeilt durch sechs Jahre teilt, dann sind das 20.000 Menschen im Jahr. Meine sehr verehrten Damen und Herren, erstmals in diesem Jahr werden wir also in Thüringen offensichtlich ein Nullsaldo bei der Wanderung haben. Wir werden nicht mehr weniger.

(Unruhe CDU)

(Abg. Adams)

Es sollte ein Punkt und Anlass der Freude sein, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass wir nicht mehr schrumpfen.

(Unruhe AfD)

Es ist – da stehen wir Grüne ganz an der Seite des Ministerpräsidenten, Ihre Aufteilung in Flüchtlinge und diejenigen, die Sie gern haben wollen, machen wir nicht mit.

(Unruhe AfD)

Wir sind daran interessiert, dass jeder, der als Flüchtling hierherkommt, wenn wir es schaffen, denjenigen, der als Flüchtling nach Thüringen kommt, zu einem Thüringer zu machen, dann haben wir etwas für dieses Land gewonnen und die vielen Aspekte, warum das wichtig ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben wir hier in der Debatte schon gehabt.

(Unruhe AfD)

Vor einem Jahr haben wir der Ereignisse des Jahres '89, meine sehr verehrten Damen und Herren, gedacht. Und auch wenn Herr Mohring meint, das dürfe man nicht, doch, ich glaube, es ist vollkommen richtig, in dieser Situation, in der viele unserer Landsleute hier aus Thüringen, welcher Grund es auch immer war, in die Bundesrepublik geflohen sind, 26 Jahre später das bitte nicht zu vergessen, was wir da an Solidarität erfahren haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen Mut und Tatendrang und nicht Lager der Hoffnungslosigkeit, sehr geehrter Herr Mohring. Ich war entsetzt über diese Formulierung, die Sie da gefunden hatten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf lange Sicht brauchen wir eine faire Weltwirtschaft, eine gute Entwicklungszusammenarbeit, wir brauchen legale Möglichkeiten, nach Europa und nach Deutschland zu kommen. Wir brauchen derzeit einen Landtag, der eine Landesregierung unterstützt bei einer außerordentlichen und außerordentlich schwierigen Situation. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir brauchen die Kommunen an unserer Seite und deshalb eine gute Kommunikation und eine gute Ausstattung der Kommunen, damit sie auch ihre Aufgaben erfüllen können.

Ein Viertes ist mir sehr wichtig. Wir haben so viele Menschen in diesem Land, die gern helfen wollen. Wir brauchen eine Koordination – das steht ja auch in unserem Antrag – der Menschen, die gern helfen wollen. Sehr geehrter Herr Höcke, es sind viel mehr, als Ihnen lieb ist, die sagen: Herzlich willkommen hier in Thüringen! Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Höhn:

Bevor ich nun die Rednerliste aus den Reihen der Abgeordneten weiterhin abarbeite, habe ich zwei Wortmeldungen aus den Reihen der Landesregierung. Zunächst erteile ich Herrn Prof. Hoff, Chef der Staatskanzlei, das Wort.

Prof. Dr. Hoff, Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, der SPD-Fraktionsvorsitzende hat sich in einer sehr respektablen Rede an eine Fraktion rechts außen gewandt und davor gewarnt, wie eine bestimmte Kommunikation laufen kann. Seine Befürchtungen sind, glaube ich, übertroffen worden.

(Beifall DIE LINKE)

In der Rede des AfD-Fraktionsvorsitzenden ist kein einziges Wort über die Situation der Flüchtlinge und die Fluchtursachen geredet worden.

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD: Was?)

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Haben Sie nicht zugehört? So was!)

Hätten Sie nach dem Anfang, die Anerkennung für die Polizistinnen und Polizisten, die hier im Freistaat ihre Arbeit leisten,

(Zwischenruf Abg. Brandner, AfD: Das macht ja sonst keiner mehr!)

aufgehört, wäre die Rede passabel gewesen. Was Sie stattdessen taten, war parteipolitische Instrumentalisierung der Flüchtlinge. Ich zitiere: „Die merkelnde Kanzlerin“, „der Zwerg Mohring“ – das waren die Themen, über die Sie geredet haben. Sie haben behauptet, dass demokratische Fraktionen aus Ihren Anträgen abschreiben würden. Ich habe die Formulierung bewusst so gewählt. Was Sie dann gemacht haben, ist, antiamerikanische Verschwörungstheorien darzustellen

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und darüber hinaus, ich zitiere: Weil wir Flüchtlinge in Thüringen haben – ich zitiere fast im Original – würden sich Masern, Windpocken und Krätze ausbreiten. Sie behaupten, dass Kinder und alte Menschen von Tuberkulose bedroht wären, weil sich Flüchtlinge in Thüringen aufhalten. Und das fassten Sie in Ihrem Satz zusammen: Der deutsche Steuerzahler wird für diesen Wahnsinn belastet. Ich will es einmal kurz zusammenfassen: Selbst die NPD im Landtag Mecklenburg-Vorpommern differenziert zwischen Bürgerkriegsflüchtlingen und anderen.

(Minister Prof. Dr. Hoff)

Das mag man schon falsch finden, aber nicht einmal diese Differenzierung der NPD in Mecklenburg-Vorpommern nehmen Sie vor. Und die NPD in Mecklenburg-Vorpommern von rechts zu überholen, das muss man als AfD in Thüringen erst einmal schaffen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich meinen Kommentar zu Ihrem Beitrag vielleicht noch in einem Satz zusammenfassen: Sie sprachen davon, dass Truppen mit Männerüberhang aggressiv nach innen und außen seien. Ich denke, das beschreibt die AfD-Fraktion hier im Landtag Thüringen ziemlich gut.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will aber zum eigentlichen Gegenstand meiner Rede kommen. Es ist verschiedentlich darauf hingewiesen worden und der Kollege Lauinger hat das an den Anfang gestellt: Wir befinden uns in Thüringen als Teil eines föderalen Zusammenschlusses, der in verschiedene Gebietskörperschaften differenziert ist und auch Verantwortungen differenziert. Das Differenzierungsprinzip nicht nur des bundesdeutschen, sondern auch des europäischen Föderalismus, basiert auf der Grundidee der Subsidiarität. Das heißt, es hat jeweils die Ebene die Aufgaben zu tragen, soweit sie sie auch tatsächlich tragen kann. Wir reden an verschiedener Stelle hier im Landtag auch sehr übereinstimmend mit hoher Kompetenz – da schaue ich auch die CDU-Fraktion im Landtag an, die über lange Zeit hier im Land Verantwortung getragen hat – über die Frage der Subsidiaritätskontrolle. Aber wir haben hier in der Frage, wie wir Bund, Ländern und Gemeinden im gesamtstaatlichen Rahmen, ohne nach Parteipolitik zu differenzieren, Verantwortung zuweisen, ein Subsidiaritätsproblem, weil es eine Ebene gibt – und das ist an verschiedener Stelle zusammengefasst worden –: der Bund. Der Bund bewegt sich auf dem Sonnendeck, schaut in den Maschinenraum und sagt, ihr müsst die Arbeit machen. Länder und Kommunen sind quer durch die Bank – und das ist der Gegenstand aller Arbeitsgruppen, die auf Bund-Länder-Ebene derzeit stattfinden – in der Situation, dass sie eine gewisse Überforderung in der Leistungstragung kommunizieren. Das machen sie aber anders, als sich das hier eine Fraktion rechts außen, die die andere Rechts-außen-Fraktionen rechts überholt, anmaßt, sie sagen: Wir brauchen für die gemeinsame Aufgabe der bundesdeutschen Gesellschaft, eine der größten Zuwanderungswellen in der bundesdeutschen und europäischen Geschichte gemeinsam solidarisch zu bewältigen, die Unterstützung sowohl von der Europäischen Union als auch von der Bundesebene. Die Tatsache, dass derzeit – Kollege Lauinger hat in seiner Rede darauf hingewiesen – 5 Prozent der

Kosten durch den Bund getragen werden und von den 500 Millionen Euro, die in diesem Jahr zugesagt worden sind, die Hälfte durch die Länder refinanziert werden muss, zeigt, dass wir in einem tatsächlichen Problem der föderalen, fairen Zusammenarbeit sind.

(Beifall DIE LINKE)

Aus diesem Grunde ist spätestens am 24. September die absolute Pflicht der Bundesregierung, Farbe zu bekennen und deutlich zu machen, an welchen Stellen und für welche Aufgaben der Bund die Länder und Kommunen dauerhaft entlastet. Ich werde Ihnen gleich zwei oder drei Punkte nennen, die dazu im Rahmen diskutiert werden.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seitens der Länder ist die Übernahme der Gesundheitskosten im Zusammenhang mit der Gesundheitskarte als ein Feld benannt worden, an dem die finanzielle Unterstützung des Bundes gebraucht wird. Es sind die Kosten für die Unterbringung und Versorgung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen genannt worden. Es ist die Frage gestellt worden, ob der Bund die Kosten der Erstaufnahme selbst tragen kann. Ich will Ihnen nur diese drei Beispiele nennen. Der entscheidende Punkt ist: Vorschläge der Länder, wo der Bund konkret entlasten kann und wo die Kosten für den Bund sofort planbar sind, liegen vor. Es ist nur so, dass wir als Länder seit dem sogenannten Kretschmann-Deal im Bundesrat über die Veränderung des Asylrechts darauf warten, dass der Bund die dort vorgelegten Zusagen auch tatsächlich einlöst. Aber der Gesetzentwurf für die Einführung der Gesundheitskarte liegt immer noch nicht vor.

(Beifall DIE LINKE)

Es ist immer noch nicht geklärt seitens des Bundes, ob es einen Kontrahierungszwang der Krankenkassen gibt. Die Tatsache, dass der Bund die Länder hier so hängen lässt,

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE:
Und die Kommunen!)

zeigt, dass das föderale Ausgleichssystem bezogen auf diese Gemeinschaftsaufgabe der Unterbringung und Versorgung und Integration der Flüchtlinge in Deutschland derzeit nicht funktioniert. Diese Verantwortung ist ganz klar seitens der Kommunen und Länder an den Bund adressiert.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin insofern sehr froh, dass sich ein Teil dieser Bundesregierung dieser Verantwortung stellt und konkrete Vorschläge unterbreitet hat, wie dies gemacht wird, und ich hoffe, dass die Große Koalition die Kraft hat, auf Bundesebene hier auch mit den

(Minister Prof. Dr. Hoff)

Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der beiden Parteien plus dem bayerischen Sonderfall zu einer Verständigung zu kommen, von der alle Länder profitieren.

Lassen Sie mich aber noch auf einen Punkt eingehen, weil hier an verschiedener Stelle deutlich gemacht worden ist, das Land hätte seine Verantwortung nicht wahrgenommen. Im März 2015 wurde nach Prognose von 300.000 Flüchtlingen ausgegangen, die nach Deutschland kommen. Im Jahr 2014 waren es 200.000, im Mai waren es bereits 450.000 und nun sind wir bei einer Prognose von 800.000. Dem Bund liegen diese Prognosen deutlich eher vor, als er sie dann in Bund-Länder-Gemeinschaftsrunden kommuniziert, wie letztes in Berlin durch den Bundesinnenminister präsentiert. Bei der Tatsache, dass der Bund die Zahlen eher hat als die Länder, stellt sich doch die Frage, warum der Bund mit diesen Zahlen nicht die Schlussfolgerungen dort zieht, wo er allein und unmittelbar zuständig ist. Das ist beispielsweise das BAMF und die personelle Ausstattung des BAMF.

(Beifall DIE LINKE)

Seit Monaten fordern die Länder, fordert der Ministerpräsident in verschiedenen Runden gemeinsam mit anderen Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten beim Bund auch tatsächlich ein: drei Monate für die Bearbeitungszeit beim BAMF, personelle Stärkung des BAMF. Aber auch hier lässt der Bund in seiner Verantwortung nach. Vor diesem Hintergrund sind die Orte, in denen wir als Länder arbeiten, die Bund-Länder-Arbeitsgruppen und der Bundesrat. Wir werden morgen im Kabinett über eine Bundesratsinitiative entscheiden, über den Beitritt zu einer Bundesratsinitiative des Landes Niedersachsen.

Ich will aber – und damit zum Ende kommen – deutlich machen, dass mit dieser Initiative die Aufgaben noch lange nicht gelöst sind.

(Zwischenruf Abg. Brandner, AfD: Herr Hoff, Sie erzählen da vorn nur Müll! Sie Salon-Bolschewist!)

Vizepräsident Höhn:

Herr Prof. Hoff hat immer noch das Wort, Herr Kollege Brandner. Ich habe den Begriff nicht richtig verstanden.

Prof. Dr. Hoff, Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Der Begriff war „Salon-Bolschewist“. Aber ehrlich gesagt, das nehme ich immer noch als Kompliment, wenn es von denen da kommt.

Vizepräsident Höhn:

Für diese Ausdrucksweise erteile ich Ihnen eine Rüge.

Prof. Dr. Hoff, Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Wenn wir uns am Beispiel dieser Bundesratsinitiative des Landes Niedersachsen über die Aufgaben, die wir im Bundesrat zu leisten haben, verständigen, dann werden wir den Blick vor allem auf ein Themenfeld richten müssen, das ist die Möglichkeit von Flüchtlingen, durch Integration in den Arbeitsmarkt auf eigenen Beinen zu stehen. Ich nenne das Stichwort „Blue Card“, das Stichwort „Ermöglichung von Arbeitsbedingungen“, „Bleiberecht für diejenigen, die in der Ausbildung sind“. Ich will, dass wir vom Grundgedanken ausgehen, dass hier Menschen beispielsweise aus Syrien kommen, die aus anderen Ländern kommen, die hoch qualifiziert sind, die hoch qualifiziert in Mangelberufen sind. Das Gesundheitsministerium hat 171 Personen in der vergangenen Woche identifiziert, die nur im Bereich von Gesundheitsberufen über entsprechende Qualifikationen und Abschlüsse verfügen. Wenn man nicht bereit ist, auch nur eine Differenzierung in irgendeiner Form bei Flüchtlingen zu machen, dann kann man das nicht erkennen, weil man es quasi rechts einer NPD diskutiert. Aber all diejenigen, die sich tatsächlich realitätsbezogen diesem Thema widmen, sagen, selbstverständlich muss es möglich und notwendig sein, dass wir auch gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit die Qualifikation von Flüchtlingen identifizieren, denn sie haben ein Ziel: Sie wollen in dem Land, in dem sie hier als Gast aufgenommen werden, nicht als Schmarotzer wahrgenommen werden, sondern sie wollen als diejenigen wahrgenommen werden, die sich einbringen wollen, die ihre Qualifikation, die ihre Kompetenzen und ihr Wissen dem Gastland, in dem sie sich befinden, zur Verfügung stellen. Dieses Angebot der Flüchtlinge anzunehmen, ist unsere Aufgabe, das müssen Bund, Länder und Kommunen gemeinsam machen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Höhn:

Als Nächster hat der Innenminister, Herr Dr. Poppenhäger, das Wort.

Dr. Poppenhäger, Minister für Inneres und Kommunales:

Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordneten, nach den Ausführungen von Herrn Minister Lauinger möchte ich vor allem mit Blick auf die

(Minister Dr. Poppenhäger)

Erstaufnahmeeinrichtung in Suhl und zu den Geschehnissen der vergangenen Woche noch einige Punkte aus Sicht des Innenressorts ergänzen. Der Sachverhalt ist allenthalben zutreffend geschildert worden, den will ich nicht noch mal wiederholen. Auch die zu Hilfe gerufenen zwölf Polizeibeamten der Suhler Polizeiinspektion konnten zunächst zu keiner Beruhigung der Situation beitragen, vielmehr wurden auch sie mit Gewalt mittels Eisenstangen, Stöcken und Steinen angegriffen. Die angewachsene wütende Menge von etwa 100 Bewohnern griff darüber hinaus auch Vertreter der Presse an. Erst durch zusätzliche Kräfte der Polizei – am Schluss waren es 125 Polizeibeamte, die vor Ort waren – konnte gegen 23.00 Uhr eine Beruhigung der Lage erreicht werden.

Insgesamt wurden sieben Fahrzeuge der Polizei und zwei Privat-Pkw teilweise erheblich beschädigt. Auch in der Erstaufnahmeeinrichtung entstand erheblicher Sachschaden. Schlimmer noch, es wurden insgesamt 18 Menschen verletzt, darunter sieben Polizeibeamte. Diesen wünsche ich von dieser Stelle aus gute Besserung und möchte ihnen stellvertretend für alle an diesem Einsatz beteiligten Polizeibeamten, aber auch den Feuerwehrleuten, den Rettungsdiensten für ihren außerordentlichen Einsatz in dieser nicht leichten Situation danken.

(Beifall im Hause)

Lassen Sie mich noch ein besonderes Augenmerk auf die übrigen elf Personen lenken, die ebenfalls Verletzungen erlitten haben. Hierbei handelt es sich um zehn Bewohner der Erstaufnahmeeinrichtung und einen weiteren verletzten Bürger. Vielleicht mag der eine oder andere Abgeordnete jetzt an Aufrührer denken, wie ich vielleicht die aggressiven Bewohner bezeichnen will, die wohl bei ihrem Handeln Schaden erlitten haben mögen. Das ist aber gerade nicht der Fall, sondern es handelt sich bei den Bewohnern der Erstaufnahmeeinrichtung um solche, die ihre Verletzungen bei dem Versuch gefunden haben, ihren aggressiven Mitbewohnern die Schlagwerkzeuge abzunehmen bzw. diese zu beruhigen. Das vorbildliche Verhalten gerade dieser Flüchtlinge zeigt eben deutlich, dass so mancher voreilige Schluss,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

so manches Vorurteil oder so manches Stereotyp genauso wie die Schwarz-Weiß-Diskussion, wie sie zum Teil hier geführt worden ist, falsch geht und falsch ist.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man muss eben sehr genau unterscheiden und auch das Verhalten der Personen im Einzelfall anschauen. Auch die Rede von Minister Lauinger und auch meine letzten Bemerkungen machen deutlich:

Die Eskalation und das gewalttätige Handeln einiger Bewohner der Erstaufnahmeeinrichtung verurteilt die Landesregierung auf das Schärfste. Wie Justizminister Lauinger ebenfalls festgestellt hat, wurde hier eine rote Linie überschritten. Gewaltanwendung oder Androhung von Gewalt mit Eisenstangen, Holzknüppeln und Steinen gegenüber Polizeibeamten, Rettungskräften, Vertretern der Presse kann nicht toleriert werden. Das Verhalten war vollkommen inakzeptabel und ich sage deshalb ganz deutlich: Wer Glaubenskriege, vor denen er angeblich geflohen ist, in Thüringen fortsetzt, ist auch kein Opfer.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb werden wir immer auch für Toleranz werben, aber auch mit allen rechtsstaatlichen Mitteln gegen die Verantwortlichen in diesem Fall vorgehen. Die Straftatbestände des Landfriedensbruchs, der gefährlichen Körperverletzung und der Sachbeschädigung sowie des Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte stehen im Raum. Entsprechende Ermittlungsverfahren der Polizei wurden eingeleitet. Darüber hinaus erfolgt nun auch die Identifizierung der Anführer der gewalttätigen Auseinandersetzung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich habe hiermit den repressiven Teil der Konsequenzen aus den Geschehnissen in Suhl beschrieben. Lassen Sie mich jetzt noch auf den präventiven Teil eingehen. Damit wir eben nicht wieder solche Bilder aus unserem Freistaat auf den Fernsehbildschirmen, in der Presse sehen müssen, habe ich in meinem Haus unverzüglich ein Fünf-Punkte-Programm veranlasst, um den Schutz von Asylsuchenden und Flüchtlingen in unserem Freistaat zu verbessern. Die Thüringer Polizei reagiert damit auf die neue polizeiliche Lage, wie sie sich im Zusammenhang mit den stetig ansteigenden Flüchtlingszahlen – wir hörten die Zahl von 800.000 – zeigen wird. Dieses Fünf-Punkte-Programm umfasst folgende Punkte:

1. Die Vorlage eines Rahmenbefehls durch die Landespolizeidirektion im Zusammenhang mit Ereignissen in und an Gemeinschaftsunterkünften, Landesaufnahmestellen und sonstigen Unterkünften von Flüchtlingen und Asylsuchenden. Mit diesem Rahmenbefehl legen wir die taktischen und technisch-organisatorischen Rahmenbedingungen für die Bewältigung von Lagen fest, um ein schnelles wirksames Handeln für die Beamtinnen und Beamten vor Ort künftig zu ermöglichen.

2. Die Verbesserung des spezifischen Personal- und Kräftenagements. Für die Verbesserung des Personal- und Kräftenagements werden wir den gesonderten Personalbedarf an Dienststellen mit besonderen Aufgabenstellungen prüfen sowie eine Schwerpunktsetzung für den Einsatz der ge-

(Minister Dr. Poppenhäger)

schlossenen Einheiten und Spezialkräfte Thüringens vornehmen. Darüber hinaus werden wir den Kontaktdienst für die Erst- und Folgeaufnahmeeinrichtung prüfen und gegebenenfalls anpassen.

(Beifall DIE LINKE)

3. Die Verbesserung des Schutzes der Thüringer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Wir werden unsere Beamtinnen und Beamten besser sichern. Bereits heute verfügt die Thüringer Polizei über eine geeignete Schutzausstattung; wir werden Erweiterungen bei der personenbezogenen Ausstattung der Beamtinnen und Beamten des Einsatz- und Streifendienstes vornehmen. Darüber hinaus bereiten wir Erweiterungen bei den spezifischen Führungs- und Einsatzmitteln vor.

4. Die Verbesserung der interkulturellen Kompetenz der Thüringer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Wir stellen bereits heute auf die interkulturelle Kompetenz unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten ab. Dies erfolgt durch eine Vielzahl von Seminaren in der Aus- und Fortbildung. Wir werden dies weiterentwickeln und insbesondere zur Verbesserung der Kommunikation zwischen Polizei und Asylsuchenden bzw. Flüchtlingen zukünftig verstärkt Kommunikationsbeamte einsetzen.

5. Wir werden unsere Ermittlungs- und Beweissicherung verbessern. Hierzu wollen wir Ermittlungsteams aus Beamten der Schutz- und Spezialisten der Kriminalpolizei bilden, die rund um die Uhr abrufbar sind. Zudem wollen wir eine Beschleunigung der polizeilichen Ermittlungen erreichen, um eine zeitnahe Abgabe an die Staatsanwaltschaften zu ermöglichen.

Dies soll unsere Antwort auf die Ereignisse in Suhl sein. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Höhn:

Als Nächster hat das Wort Abgeordneter Gentele.

Abgeordneter Gentele, fraktionslos:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Besucher, das Grundrecht auf Asyl ist unveräußerlich. Menschen, die in ihrer Heimat verfolgt werden und um Leib und Leben fürchten müssen, muss Hilfe, Schutz und Unterkunft gewährt werden. Aktuell sind so viele Menschen wie nie seit dem Zweiten Weltkrieg auf der Flucht. Sie fliehen vor Verfolgung, Mord, Vergewaltigung und Terror aus den Krisen- und Kriegsgebieten unserer Welt, aus Syrien, aus dem Irak, aus Afrika und anderen Ländern. Diese Menschen brauchen unsere Hilfe. Die Bereitschaft in der Bevölkerung, Flüchtlinge nun zu unterstützen, ist groß und ich möchte mich bei diesen Bür-

gern aufrichtig dafür bedanken. In vielen Städten und Gemeinden gibt es große gesellschaftliche Bündnisse, in denen sich eine Vielzahl von Verbänden, Institutionen, ehrenamtliche Bürger engagieren. Wir müssen alles tun, damit dieser gesellschaftliche Konsens und die Empathie der Bürgerinnen und Bürger für Vertriebene aus ihrer eigenen Heimat nicht nachlassen. Eines muss klar sein: In den kommenden Monaten und Jahren werden voraussichtlich noch weit mehr Menschen zu uns kommen, die unsere Hilfe benötigen. Das stellt uns alle in den Kommunen, in den Kreisen, in den Ländern und im Bund vor große Herausforderungen. Die humanitäre Verantwortung müssen wir annehmen und – damit verbunden – großen Aufgaben gerecht werden. Dies geht nur in gemeinsamer Anstrengung mit den verschiedenen politischen Ebenen, aber auch mit der Zivilgesellschaft, mit Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und mit Flüchtlingsorganisationen, aber vor allem auch mit den vielen engagierten Menschen in unserem Land. Flüchtlinge finden bei uns Schutz, jedoch sind die Bedingungen angesichts der hohen Zahlen neu ankommender Menschen bisweilen dramatisch. Überfüllte Erstaufnahmestellen führen dazu, dass Flüchtlinge in Notunterkünften, Zelten oder Sporthallen übernachten müssen. Das ist unwürdig. Auch ihre Versorgung mit Lebensmitteln, die ärztliche Versorgung, die Betreuung und die anderen notwendigen Güter können nur unter großer Anstrengung adäquat gewährleistet werden. Unter den Flüchtlingen sind auch Kinder, die unserer besonderen Hilfe bedürfen. Daher begrüße ich auch die Eröffnung der Erstaufnahmestelle in Mühlhausen – nicht so wie die AfD –, um so die anderen Stellen zu entlasten. Das allein reicht aber nicht aus.

Eine vollständige Ausfinanzierung der Landkreise bei den Kosten für die Unterbringung und die Betreuung sowie den Kosten für die Verwaltung, beschleunigte Asylverfahren und mehr Personal beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge muss auf Bundesebene gewährleistet werden. Ich fordere den Bau einer zentralen Liegenschaft in Erfurt für die Erstaufnahme und als Gemeinschaftsunterkunft. Die Vorteile dieser Einrichtung liegen auf einer Hand. Sie wäre zentral, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge muss mit in diese Einrichtung. Vitale Strukturen, wie zentrale medizinische Versorgung, zentrale Verpflegung und zentrale Sicherheit, wären am gleichen Ort. Außerdem würden keine Kosten mehr für Kommunen anfallen, weil das Land dafür aufkommen wird. So kann eine humane, effiziente, nachhaltige Asylpolitik in Thüringen gewährleistet werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, nach einer der heftigsten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in Deutschland wurde 1993 das Grundrecht auf Asyl unter anderem durch die Einführung des Instituts der sicheren Herkunftsstaaten beschränkt. Ich

(Abg. Gentele)

halte diese Einschränkung aufgrund ihrer Effizienz für falsch.

(Beifall DIE LINKE)

Dennoch, sie hat Verfassungsrang. Die Bundesregierung hat nun ein Gesetz auf den Weg gebracht, das vorsieht, die sogenannten sicheren Herkunftsländer auf Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien auszuweiten. Ihre Begründung: Eine solche Ausweitung würde dazu führen, dass Erstaufnahmestellen und Unterkünfte für Flüchtlinge erheblich entlastet würden, da so in einem schnelleren Verfahren Asylanträge abgelehnt werden könnten. Tatsächlich aber darf bezweifelt werden, dass die Ausweitung des Prinzips der sicheren Herkunftsstaaten auf diese Länder zu einer relevanten Entlastung der Einrichtungen in Kommunen führen wird. Schon jetzt wird die übergroße Mehrheit – mehr als 90 Prozent der Asylbewerber – so behandelt, als käme sie aus sogenannten sicheren Herkunftsländern. Ihre Anträge werden als offensichtlich unbegründet abgelehnt. Klar ist, dass auch Menschen aus sogenannten sicheren Herkunftsstaaten weiterhin als Asylberechtigte anerkannt werden können, sofern die gesetzlichen Voraussetzungen dafür vorliegen.

Wir wissen um die Diskriminierung und Ausgrenzung und Drangsalierung von Sinti und Roma in den Staaten des westlichen Balkans genau wie in den EU-Staaten Bulgarien, Rumänien oder Ungarn. Nichtsdestotrotz können diese Menschen unter den bisherigen Verfahrensbedingungen in der Regel nicht als Flüchtlinge anerkannt werden. Von zentraler Bedeutung ist es daher, dass sich die Situation der Sinti und Roma in ihren jetzigen Heimatländern verbessert. Das ist eine Aufgabe der Europäischen Union. Schutz von Minderheiten ist dabei ein vorrangiges Thema. Aber auch bei uns gilt es, Sinti und Roma als integralen Bestandteil der europäischen Gesellschaft, der Kultur und Geschichte zu begreifen. Ich halte es für unerlässlich, dass die Europäische Kommission und die Bundesregierung mehr Druck auf diese Staaten zur Einhaltung von Menschenrechten und rechtsstaatlichen Regeln ausüben. Die Europäische Kommission muss dieses Ziel mit der gleichen Intensität angehen, mit der sie sich mit Wettbewerb befasst. Dazu gehört in besonderem Maße die Verpflichtung, die Rechte von Minderheiten zu achten und durchzusetzen. Diese Pflicht ist in den europäischen Verträgen nach Artikel 2 Lissabon-Vertrag festgehalten. In einem größeren Kontext brauchen wir auch, um das Asylrecht in seinem Kern zu schützen, ein modernisiertes Zuwanderungsrecht, das Menschen ermöglicht, auch nach Deutschland zu kommen, ohne den Umweg über das Asylrecht suchen zu müssen. Die EU braucht ein einheitliches Asylverfahren in allen Ländern der EU-Zone. Vergessen wir eines nicht: Es geht hier um Menschen und nicht nur um Geld. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Höhn:

Als nächstem Redner erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Heym, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Heym, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich sage an dieser Stelle auch einen herzlichen Gruß an die Zuschauer am Livestream, in den Büros, die heute hier mit großem Interesse die Debatte verfolgen. Mich hat es nach vorne getrieben, weil mich das Thema auch persönlich sehr bewegt. Wir haben jetzt bei den letzten Rednern eine große Bandbreite dessen erlebt, wie die Sicht der Dinge ist.

Herr Hey, ich hätte es an Ihrer Stelle vielleicht auch nicht anders gemacht, aber Sie haben ja mehr so das große Ganze im Blick gehabt.

Zu Herrn Höcke kann ich nur sagen: Es gibt Tage, da ist man schlecht drauf, und es gibt Tage, da ist man ganz schlecht drauf.

Ich möchte Sie eigentlich an dieser Stelle mal zurückführen in die Lebenswirklichkeit von Thüringen, in das, was wir erleben, was ich persönlich in diesen Tagen erlebe, und dann auch ein paar Schlussfolgerungen daraus ableiten. Meinungen: Der größte Teil der unserem Landkreis zugewiesenen Flüchtlinge ist in der Stadt untergebracht – im Moment sind das über 400 – und davon wiederum der weitaus größte Teil in einem Wohnblock in einer Plattenbausiedlung, ein Wohnblock der städtischen Wohnungsbaugenossenschaft. Die zu beschulenden Kinder dieser Flüchtlinge gehen in die dort nächstgelegene Grund- und Regelschule im Wohngebiet. Da treffen ohnehin sozial schwache deutsche Kinder auf Kinder aus südosteuropäischen Familien und Kinder aus wirklichen Kriegsgebieten wie Syrien oder dem Iran. Was ich Ihnen hier erzähle, das habe ich mir vom Kreiselternsprecher berichten lassen, der für unseren Landkreis und für die Stadt Suhl zuständig ist, mit der ausdrücklichen Bitte, das hier heute auch einmal vorzutragen. Auch seine Kinder sind bis Ende letzten Schuljahres in diese Schule gegangen. Er hat sie mit dem Wechsel in diesem Jahr dort rausgenommen. Die Kinder und Jugendlichen aus den Balkanländern sind in der Regel schon länger hier, haben schon ihre Bekanntschaften und ihre Netzwerke. Es werden Geschäfte an der Schule gemacht, Zigaretten, Alkohol, Drogen, und wer nicht mitmacht oder darüber redet, wird eingeschüchtert. Gegenstände wie Messer und Pfefferspray sind keine Seltenheit und selbst Handfeuerwaffen waren schon unterwegs. Kinder, die das zu Hause erzählen, Eltern, die dem nachgehen, werden wiederum eingeschüchtert, nicht

(Abg. Heym)

selten von den erwachsenen Familienangehörigen der zu diesen Handlungen oft auch gezwungenen Kinder und Jugendlichen. Es gab Gespräche mit Schulleitung, Schulamt, Schulträger und wer konnte, der hat sich auch bemüht. Aber gebessert hat sich im Wesentlichen nicht viel. Was, darf man fragen, mag in traumatisierten Kindern aus wirklichen Kriegsgebieten vor sich gehen, die hier berechtigten Schutz erhoffen und solche Zustände an einer deutschen Schule erleben? Von Lernzielen, Lehrplan schaffen, überhaupt vernünftigen Unterricht durchführen zu können, reden wir schon gar nicht mehr. Das Ergebnis ist ein hoher Krankenstand bei den Lehrern. Wer konnte, hat sein Kind von der Schule abgemeldet. In der ersten Klasse wurden zehn von 18 Kindern abgemeldet. Von einem benachbarten Dorf, für das diese Schule, von der ich spreche, am nächsten liegt, wird in diesem Jahr überhaupt kein Kind eingeschult. Es gibt Eltern, die haben versucht, ihren Kindern während der Ferien den Stoff zu vermitteln, der an der Schule nicht geschafft wurde, um ihnen den Übergang an andere Schulen zu erleichtern. Ein Klientel, das es ohnehin nicht leicht hat, bleibt zurück und bleibt allein unter sich. Man kann auch sagen: Integration gescheitert auf ganzer Ebene. Und das ist kein Vorwurf an die Verantwortlichen. Die bemühen sich weiß Gott redlich, die sind schlicht überfordert. Es ist lediglich eine Tatsachenbeschreibung.

Ein Einkaufsmarkt in Meiningen: Im Juli 96 Anzeigen von Hausfriedensbruch, weil Hausverbote missachtet werden, bis hin zu Diebstählen. Und da will ich Ihnen sagen – und ich sage Ihnen auch gleich, warum –, was die Hintergründe sind: Von den 96 Anzeigen fallen 64 auf Serben, zehn auf Mazedonier, sechs auf Kosovaren, drei auf Albaner, zwei auf Syrer, eine auf Spanier und drei auf Aserbaidschaner. Diese Vorgänge, diese Verfehlungen sind oft von Leuten gemacht worden, die dazu gezwungen worden sind. In der Regel alles Jugendliche, aber es stehen immer wieder Familienclans dahinter, die dort diese Verhandlungen veranlassen, weil man ganz einfach offensichtlich bemüht ist, das geklaute Zeug auf inzwischen auch bekannten Vertriebswegen weiterzuverticken, um eben das Budget selbst aufzubessern. Da reden wir nicht von den auf Wertmarken gekauften Billigwasserflaschen, die ausgeschüttet werden und das Pfand dann vom Leergut als Bares in die Taschen wandert. Wir hatten einen heißen Sommer. Gerade die, die sich einen Urlaub weiter weg nicht leisten konnten, haben das städtische Freibad genutzt. Ich sage Ihnen, in Gruppen sind Jugendliche aus Südosteuropa – und sie sind inzwischen in dieser Stadt auch vom Gesicht her bekannt – in diesem Schwimmbad unterwegs gewesen, es wurden persönliche Dinge geklaut in einer nie da gewesenen Dimension.

Warum gebe ich diese Beispiele? Ich habe im Mai eine Anfrage an die Landesregierung gestellt, wie

das aussieht mit der Ausländerkriminalität, wie die Entwicklung insbesondere im Jahr 2015 war, wie sie sich entwickelt hat, wie viel Ermittlungsverfahren gegen Nichtdeutsche usw. Im Juni hat Herr Lauinger für die Landesregierung geantwortet, er weiß nichts, er weiß gar nichts und scheinbar wissen alle nichts, auf 52 Seiten Zahlen aus 2014. Ehrlich gesagt, Herr Lauinger, habe ich nichts anderes von Ihnen erwartet. Ich wollte es bloß bestätigt haben. Sie haben mich auch nicht enttäuscht. Von dieser Stelle aus noch einmal ein ganz herzliches Dankeschön. Sie wissen nichts von MDR-Sendungen, die es dazu schon gab, nichts von Pressemeldungen im März, die die amtlichen Zahlen bis dahin veröffentlichten, die einen massiven Anstieg gerade in Suhl bestätigen. Sie wissen nichts von Infoveranstaltungen, die die Polizei in Suhl durchgeführt hat, um Hinweise zu geben, wie die Einwohner ihr Hab und Gut besser schützen und sichern können. Sie wissen nichts von Aussagen, in denen selbst der Ministerpräsident schon im Frühjahr diese Probleme aufgegriffen hat, weil er in Suhl von Bürgerinnen und Bürgern mit diesen Dingen konfrontiert worden ist. Sie wissen nichts, weil Sie nichts wissen wollen. Nach dem Motto „was nicht sein darf, das nicht sein kann“ stellt sich diese Landesregierung in diesen Teilen blind und unwissend. Die Lebenswirklichkeit, die die Leute draußen aber jeden Tag erleben, ist eine völlig andere. Genau das ist ein verhängnisvoller Weg. Sie mit Ihrer ideologisch motivierten Blindheit gegenüber den Problemen beschwören in der Gesellschaft einen Geist herauf, der verhängnisvoll ist. Sie sind gerade mittendrin, kolossal mit Ihrem Singsang von „wir haben uns alle lieb und die Gesellschaft ist bunt“ zu scheitern. Ich habe nicht alle lieb. Das endet schon hier im Plenarsaal. Ich denke mal, für diese Einsicht würde ich sogar Zustimmung von der Seite von links erwarten dürfen.

Ein Staat ist auch eine Schutzgemeinschaft. Man darf bei den Menschen nicht die Sorge und die Angst wachsen lassen, der Staat schützt sie nicht mehr ausreichend. Wenn eine große Zahl von Leuten den Eindruck bekommt, die, denen wir hier in unserem Land Schutz und Hilfe gewähren, halten sich nicht an die Regeln, so, wie das von uns selbst erwartet wird, dann entsteht leicht Fremdenhass. Anders ausgedrückt: Man darf die Menschen nicht überfordern, wenn man Toleranz bewahren will.

Wie das wahre Leben so geht, zeigt doch genau der Suhler Friedberg, eine Plattenbausiedlung, in der noch jetzt viele Altkommunisten wohnen, ehemalige Grenzzoffiziere, andere Funktionäre aus der ehemaligen DDR, bei Wahlen die letzten 20 Jahre nicht selten oft über 50 Prozent Anteil für die Linken, Frau Leukefeld.

(Beifall und Unruhe DIE LINKE)

Ja, zuhören.

(Abg. Heym)

Bei der letzten Wahl im September – da war die benachbarte Erstaufnahmeeinrichtung nur im Aufbau begriffen und angekündigt – hat man dort schon fast 20 Prozent NPD gewählt. Da bekommt das Wort „Nationalsozialisten“ eine ganz merkwürdige Bedeutung.

(Beifall AfD)

(Unruhe DIE LINKE)

Wenn Tage nach dem Vorfall in Suhl sowohl Sügida-Gegner als auch -Befürworter auf die Straße gehen, dann verwundert das nicht. Vielmehr beunruhigen mich die, die nicht zur Demo gehen, einfache Leute, die mit den Nazis nichts am Hut haben, die aber längst eine Position formulieren, in kleinen Gesprächen in Geschäften, an Cafétischen, die lassen wahrlich aufhorchen. Bürgerwehr ist dann nur eines der kleineren Stichworte.

(Beifall CDU)

Es verwundert nicht, dass ich über die Konstellation dieser Landesregierung nicht wirklich beglückt bin, aber ich sage, diese Landesregierung baut mit ihrer momentanen Asylpolitik gerade die Rampe, damit Nazis nach der nächsten Wahl auch in diesem Haus sitzen.

(Beifall CDU, AfD)

Unsere Gesellschaft kennt die Kriegsländer und sagt, wir müssen diesen bedürftigen Menschen von dort helfen. Dazu ist dieses Land auch in der Lage. Aber das Verständnis für Leute, die nicht aus Kriegsgebieten kommen, die sich nicht an Recht und Gesetz halten, so wie das von uns selbst erwartet wird, sinkt rapide. Das sind eben nicht die Syrer oder andere Kriegsflüchtlinge, die auffällig sind. Die sind froh, dass sie hier Tage und insbesondere die Nächte in Ruhe verbringen können, ohne Terror. Es sind die, die von Ihnen mit Winterabschiebestopp beglückt worden sind.

(Beifall CDU, AfD)

Es sind die, für die die Landkreise Wohnungen anmieten, teures Geld bezahlen und die Leute nach einer Woche nicht auffindbar sind, weil sie wohl Wichtigeres zu tun haben, aber die Wohnungen für wirklich bedürftige Flüchtlinge blockiert sind. Komischerweise fast alle junge Männer, die Frauen scheinen die Gefahren im eigenen Land wohl im Griff zu haben.

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deutschland ist ein reiches und auch ein hilfsbereites Land und auch die Thüringer sind hilfsbereit. Erkennen Sie – von der Landesregierung, aber auch von der Sie tragenden Koalition – aber, dass vor Hilfsbereitschaft erst einmal Verständnis und Toleranz stehen, die nicht bis über die Grenze der Zumutbarkeit strapaziert werden dürfen. Sie kommen

nicht mehr durch, wenn Sie alle, die die aktuellen Probleme beim Namen nennen, als Nazis oder – wie wir es heute wieder erlebt haben – als Populisten abstempeln. Wenn das so ist, dann ist längst ein großer Teil der Gesellschaft Nazi oder Populist.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Scharia! Ist es hier ein Problem?)

Ich will Ihnen sagen, Herr Adams, ich lade Sie gern zu mir nach Südthüringen ein. Wir gehen in Meinungen durch die Straße, wir gehen in der Region durch die Dörfer und da gehen Sie mal mit und kommen mit den Leuten ins Gespräch.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ist es ein Problem, die deutsche Rechtsordnung gegen die Scharia in Thüringen durchzusetzen?!)

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Wir wollen es hier nicht haben in Thüringen!)

(Unruhe AfD)

Ich will ein Wort sagen in Richtung Professor Hoff: Hegemonie – und Herrn Professor Hoff ist dieses Wort als linkem Politstrategen sicherlich nicht unbekannt und auch nicht unsympathisch – wird an dieser Stelle nicht funktionieren. Wir sind dabei, Sie sind dabei von dieser Landesregierung, die Gesellschaft in Aufruhr zu bringen, weil Sie meinen, die Deutungshoheit darüber zu haben, was die Menschen noch sagen dürfen, zum Beispiel auch, was die Polizei sich noch erlaubt, über ihre Arbeit zu berichten. Ich frage mich ohnehin manchmal, woher diese Männer und Frauen tagtäglich ihre Motivation nehmen.

Dieses Sonderplenum sollte für Sie, meine Damen und Herren von der Regierung, aber insbesondere auch von der Sie tragenden Koalition, ein Weckruf sein. Halten Sie sich an die Gesetze, veranlassen Sie Abschiebungen, wo die Verfahren mit entsprechenden Ergebnissen abgeschlossen sind! Verschließen Sie sich nicht in Einsichten, die andere Parteifreunde – und ich schaue da jetzt geradeaus, Herr Hey, zur SPD –, zum Beispiel Ihre Landräte, längst haben: beschleunigte Asylverfahren, Ausweitung von sicheren Herkunftsstaaten auf die gesamte Westbalkanregion, Visapflicht für Menschen aus den Westbalkanstaaten! Keine Drehtüren heißt keine Folgeanträge für Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten, konsequente Abschiebung abgelehnter Asylanträge. Wir brauchen Platz, Toleranz und Hilfsbereitschaft für die wirklichen Kriegsflüchtlinge, nicht für die, die meinen, den Wohlstand unseres Landes auskosten zu wollen, und mit den ihnen eigenen Vorstellungen von Recht und Gesetz. Ich prophezeie Ihnen, wenn sich der Kurs, den wir heute beschrieben haben, nicht ändert, reden wir in ein paar Monaten von ganz anderen Problemen.

(Beifall CDU, AfD)

(Abg. Heym)

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD: Sehr richtig, Herr Heym!)

Vizepräsident Höhn:

Als Nächster erteile ich das Wort Frau Abgeordnete Berninger, Fraktion Die Linke.

Abgeordnete Berninger, DIE LINKE:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor ich mit meiner Rede beginne, möchte ich hier mal ganz deutlich klarstellen, dass ich nicht die Kollegin eines oder irgendeiner AfD-Abgeordneten bin. Sie können mich gern als Abgeordnete bezeichnen, aber nicht als Kollegin, Herr Höcke.

Meine Damen und Herren, der Flüchtlingsrat Thüringen hat am Wochenende in einer Pressemitteilung davor gewarnt,

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Da haben sie recht!)

es dürfe nicht sein, „dass auf dem Rücken der Flüchtlinge und schutzsuchenden Menschen politische Scharmützel ausgetragen und rassistische Ressentiments bedient werden“. Diesem Appell kann ich mich eigentlich nur aus vollstem Herzen anschließen, aber ich habe leider in den letzten Wochen und auch heute wieder den Eindruck, dass genau das passiert, dass auf dem Rücken von Flüchtlingen und schutzsuchenden Menschen politische Scharmützel ausgetragen und rassistische Ressentiments bedient werden und dass einige der Protagonistinnen und Protagonisten das Bedienen vorurteilsbehafteter Ängste und rassistischer Ressentiments ganz bewusst in Kauf nehmen, sei es, um – wie ich das in einer Pressemitteilung auch schon öffentlich formuliert habe – ihr Mütchen an Rot-Rot-Grün zu kühlen, sei es, um sich als die volksinteressenvertretende Oppositionspartei zu profilieren, oder sei es, um von eigenen Unterlassungen der vergangenen Jahre abzulenken, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

Welcher Stimmung dabei Vorschub geleistet wird, scheint egal. Wem damit in die Hände gespielt wird, scheint egal. Was das dann für die schutzsuchenden Menschen bedeutet, die ohnehin schon mit einer häufig kaum erträglichen Situation fertigwerden müssen, das interessiert offenbar auch nicht.

Meine Damen und Herren, ich hätte mir nie im Leben vorstellen können, dass sich so etwas wie vor 23 Jahren in Rostock-Lichtenhagen einmal wiederholen würde. Wir sind mit Schneeberg, mit Freital, mit Heidenau, aber auch in Thüringen mit dem, was bei Nazi-Aufmärschen gebrüllt wird, dem sogenannte besorgte Bürger beipflichten, mitbrüllen und hinterherlaufen, wir sind mit dem, was in sozialen

Netzwerken gehetzt, geteilt und geliked wird, nicht weit davon entfernt.

Meine Damen und Herren, ich hätte mir nie im Leben vorstellen können, dass 23 Jahre nach Rostock-Lichtenhagen, 23 Jahre nach dem sogenannten Asylkompromiss, bei dem das Grundrecht auf Asyl derart beschnitten wurde, dass man von der De-facto-Abschaffung des Asylrechts spricht, dass es wieder verantwortliche Politikerinnen und Politiker sind, die die sogenannten Bürgerinnen und Bürger bestärken, ihnen zustimmen und sie ernst nehmen wollen. Wir sind mit dem, was aus Bayern populistisch gebrüllt wird, mit dem, wie der Bundesinnenminister von Leistungseinschränkungen und Sonderlagern spricht, und auch mit dem, wie in Thüringen mit dem Thema von einigen Protagonistinnen – und da meine ich nicht allein die parteipolitischen Protagonistinnen auf Landesebene – umgegangen wird, nicht weit davon entfernt, meine Damen und Herren.

Aber ich will es noch mal in Erinnerung rufen, die Würde des Menschen ist unantastbar und alle Deutschen bekennen sich – so sagt es zumindest Absatz 2 des Artikels –, zu den unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft. So steht es zumindest auf dem Papier. Diesem Anspruch, meine Damen und Herren, fühlt sich die rot-rot-grüne Koalition verpflichtet. Die Achtung der Grund- und Menschenrechte jedes und jeder Einzelnen ist Grundlage der Thüringer Flüchtlingspolitik. Allen soll mit Respekt und Würde begegnet werden, steht in unserem Koalitionsvertrag. An diesem Anspruch halten wir fest, auch wenn die Situation schwierig ist.

(Beifall DIE LINKE)

Ja, es stimmt, die Situation in den Erstaufnahmeeinrichtungen ist nicht gut. Aber die Landesregierung arbeitet daran. Sie arbeitet daran, mit Gegebenheiten fertig zu werden, die nicht allein durch die gestiegenen Zahlen bedingt sind, die nicht erst seit dem 14. September 2014 oder dem 5. Dezember 2014 steigen, sondern die eben auch von der Vorgängerregierung, Herr Mohring, hinterlassen wurden: mit einer heruntergewirtschafteten, nicht erst neuerdings, sondern schon seit Jahren sanierungsbedürftigen Erstaufnahmeeinrichtung in Eisenberg, mit einer Erstaufnahmeeinrichtung in Suhl, von der durch das damalige CDU-Innenministerium – damals war es im Innenausschuss Herr Rieder – lange behauptet wurde, es sei nur eine übergangsweise Außenstelle.

(Zwischenruf Ramelow, Ministerpräsident: Genau so!)

Ich will auch noch mal daran erinnern, wie die Bürgerinnen und Bürger in Suhl darüber informiert wurden, dass eine Außenstelle von Eisenberg in Suhl

(Abg. Berninger)

eröffnet wird. Sie wurden dadurch informiert, dass irgendwann mal ein Bus hielt, aus dem eritreische Flüchtlinge ausstiegen. Das war die Informationspolitik, die die damalige Landesregierung – Herr Geibert an der Spitze als verantwortlicher Minister – betrieben hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Mohring hat vorhin so schöne Worte gefunden und gesagt, man solle nicht nur in der Opposition laut brüllen, sondern sich der Verantwortung stellen. Herr Mohring, das kann ich Ihnen sehr leichten Herzens zurückgeben. Sie sollten nicht nur heute in der Opposition laut brüllen, sondern sich auch Ihrer Verantwortung stellen, die Sie bis zum 5. Dezember letzten Jahres getragen haben.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit fehlenden Erstaufnahmekapazitäten hat die jetzige Landesregierung zu kämpfen, die eine amtierende Landesregierung fast ein Vierteljahr hat brachliegen lassen, und zwar in dem Wissen, wie schwierig es ist, weitere Kapazitäten zu erschließen. Ich will noch einmal an die Innenausschusssitzung letztes Jahr am 11. Juli erinnern, da hat Staatssekretär Rieder vor dem Innenausschuss beklagt, die Landesregierung sei mindestens neun Monate auf der Suche nach einem geeigneten Objekt gewesen. Wenn man uns, der Landesregierung, heute vorwirft, sie würde dilettantisch arbeiten, dann möge man sich mal das Ergebnis vom letzten Juli anschauen, Plätze für 136 Asylsuchende mit der Ansage, allerhöchstens bis März nur eine Übergangsregelung.

Die rot-rot-grüne Landesregierung ist jetzt seit noch nicht ganz neun Monaten im Amt und, meine Damen und Herren, ich finde, im Vergleich zu ihren Vorgängern machen Herr Minister Lauinger und Staatssekretärin Dr. Albin gemeinsam mit den übrigen Ressorts der Landesregierung einen guten Job.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, es stimmt, die derzeitige Situation an den Erstaufnahmestellen entspricht noch nicht dem, was wir uns unter humanitärer Aufnahme und Unterbringung vorstellen. Ja, es gibt nach wie vor Probleme, in den Kommunen weitere Unterbringungskapazitäten zu erschließen, aber, meine Damen und Herren insbesondere von der CDU, diese Probleme lösen wir nicht dadurch, dass einfach mit irgendwelchen hochgerechneten Zahlen angeblich tausend ausreisepflichtiger Menschen behauptet wird, die ideologisierte Politik der Landesregierung verwehre den richtigen Flüchtlingen einen guten Unterbringungsplatz, Herr Abgeordneter Herrgott. Diese Probleme lösen wir auch nicht dadurch, dass wir nach Ausschreitungen an einer Erstaufnahmeeinrichtung in

das Horn der Ausländerfeinde blasen, deren Behauptungen wiederholen und davon sprechen, es sei in Thüringen wiederholt zu ethnisch-religiös gefärbten Konflikten und Gewaltausbrüchen gekommen und Deutschland werde zum Kampfplatz fremder Kulturen.

(Zwischenruf Abg. Rudy, AfD: Stimmt doch!)

Und den in diese Eskalation verwickelten Asylsuchenden wollen wir auch noch das Recht auf Asyl absprechen bzw. dieses Recht von Wohlverhalten abhängig machen, Herr Fiedler. Andererseits haben Sie aber nicht mal die Traute, mit einer Pressemitteilung zu reagieren, wenn Asylsuchende angegriffen werden zum Beispiel Ende Juli in Greiz. Herr Heym, da bekommen viele Bürger den Eindruck, es sei nicht so schlimm, wenn Asylsuchende angegriffen werden. Und was das für die Stimmung in Thüringen oder in Deutschland bedeutet, das können Sie sich auch selbst ausdenken.

Meine Damen und Herren, wir lösen die Probleme auch nicht dadurch, dass wir das Thema der Flüchtlingsaufnahme reißerisch zu einem Sommerlochthema machen, indem immer wieder dieselben unhaltbaren Vorwürfe erhoben werden, ohne dass tatsächlich konstruktive Vorschläge folgen.

Ich finde, es ist ein Hohn – und da will ich einfach mal Mike Mohrings Worte wiederholen –, wenn Sie, Herr Mohring, Landtagsfraktionsvorsitzender der Partei, die bis vor einem Dreivierteljahr regiert hat und genau das Ministerium leitete, welches für die Erstaufnahmestellen zuständig war, bezüglich der Zustände in Eisenberg von „es ist ein Hohn“ sprechen. Sie warten nach Ihrem Besuch, dem Besuch von Herrn Voigt und Herrn Herrgott, mit denselben Vorwürfen und vermeintlichen Lösungsvorschlägen auf wie vorher. Ich war vorige Woche auch in Eisenberg. Ich habe mich mit vielen Menschen am vergangenen Montag vor die Landesaufnahmestelle gestellt, um Nazis und Rassisten zu zeigen, dass Flüchtlinge eben nicht schutzlos ihrer Hetze ausgeliefert sind,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass wir solidarisch mit den geflüchteten Menschen stehen, und ich war nicht allein, sondern gemeinsam mit einem Vorstandsmitglied des Flüchtlingsrats auch in der Landesaufnahmestelle in Eisenberg und habe mir die Zustände angesehen, innerhalb wie außerhalb dieser Einrichtung. Ergebnis war nicht eine Pressemitteilung oder großes mediales Tamtam, sondern eine Art Protokollnotiz mit Vorschlägen, wie die Situation verbessert werden kann. Und die Landesregierung hat reagiert. Es wurden außerhalb Zelte aufgestellt, damit eben die Menschen, die spätabends oder nachts ankommen, nicht dem Wetter schutzlos ausgeliefert sind. In den Zelten wurden Liegen und Decken zur Verfügung

(Abg. Berninger)

gestellt. Es ist jetzt dafür gesorgt, dass auch außerhalb dieser Einrichtungen eine ärztliche Versorgung angeboten wird, wenn jemand krank ist, und dass die Menschen eben nicht ewig lange ohne irgendeine Fürsorge draußen warten müssen. Die Security wurde angewiesen, die Menschen respektvoller zu behandeln.

Es klingt ganz banal, aber für die ankommenden Menschen sind das immense Verbesserungen und ich möchte mich bei Herrn Lauinger dafür bedanken, dass, wenn auf solche Mängel hingewiesen wird, tatsächlich auch schnell versucht wird, die Situation zu verbessern und die Mängel zu beseitigen.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Es ist heute schon das eine oder andere Mal gesagt worden, dass es sich bei der Aufnahme und Unterbringung und bei der Integration von Flüchtlingen um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt, die wir nur gemeinsam, nur mit konstruktiven Vorschlägen und durch gemeinsames Handeln meistern werden. Deshalb möchte ich kurz auf den Änderungsantrag der Fraktionen Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen eingehen. Wir verstehen ihn als ein Angebot, als eine Unterstützung für die gemeinsame Meisterung dieser Herausforderung. Wir haben eine ganze Reihe von Punkten aufgeschrieben, die sich über die Landesregierung an die Bundesebene richten, beispielsweise – es ist schon angesprochen worden – dass es auf Bundesebene tatsächlich zur zeitnahen und vollständigen Besetzung der schon 2014 angekündigten und versprochenen 2.000 Stellen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge kommt. Meines Wissens sind bisher gerade 650 dieser Stellen besetzt. Da hat die Bundesregierung also noch zu tun, damit sie ihre Versprechen erfüllen kann.

Als zweiten Punkt wollen wir die Landesregierung darin unterstützen, dass zeitnah an allen Erstaufnahmestellen BAMF-Außenstellen eingerichtet werden. Es geht nicht allein darum, wie viel Zeit und Transportkosten dadurch eingespart werden könnten und um die Asylverfahrensbeschleunigung, es geht auch darum, dass durch beschleunigte Verfahren Spannungen unter den Flüchtlingen abgebaut werden können, weil sich viele Flüchtlinge, die sehr lange warten müssen, ohne dass ihnen jemand genau sagen kann, wann sie zum BAMF gefahren werden und ihre erste oder zweite Anhörung bekommen, zurückgesetzt fühlen, sich gegenüber anderen, die schneller an die Reihe kommen, benachteiligt fühlen. Auch dadurch entstehen Spannungen in derart voll belegten Erstaufnahmeeinrichtungen.

Wir haben die dauerhafte und strukturelle finanzielle Beteiligung des Bundes in unserem Antrag aufgenommen. Wir haben die zeitnahe Einführung einer Gesundheitskarte analog dem Bremer Modell aufgenommen. Das muss ich nicht weiter erläutern,

das hat Herr Minister Hoff vorhin schon gemacht. Das ist eben auch eine ganz konkrete Unterstützung für die finanzielle Situation der Kommunen: Wenn die Gesundheitskarte eingeführt wird, dann ändert sich die finanzielle Belastung, die die Landkreise und kreisfreien Städte derzeit in der medizinischen Versorgung zu tragen haben. Wir haben – und das kommt Herrn Mohring und seinem Sofortprogramm entgegen – in Punkt 9 die mit dem Landeshaushalt beschlossene Erhöhung des Betreuungsschlüssels für eine Verstärkung für den nächsten Doppelhaushalt in unserem Antrag. Das bedeutet mehr Sozialarbeit, Herr Mohring, dem könnten Sie wahrscheinlich zustimmen, wenn Sie es ernst meinten mit Ihrem Sofortprogramm. Leider aber hat dieser eine Punkt, den ich tatsächlich gut finde, der konstruktiv ist, nicht Eingang in Ihren Antrag gefunden, den Sie hier diesem Plenum vorlegen. Das finde ich schade.

Wir haben im zweiten Abschnitt unseres Antrags einige Prüfaufträge an die Landesregierung, weil wir bei manchen Dingen nicht Bescheid wissen, beispielsweise welche Liegenschaften des Landes sich eignen. Die Landesregierung macht schon, wir haben es trotzdem in unserem Antrag drin, dass mögliche Liegenschaften des Landes geprüft werden, ob sie für Erstaufnahmeeinrichtungen oder auch Gemeinschaftsunterkünfte geeignet sind. Wir wollen prüfen, wie wir die finanziellen Herausforderungen für die Kommunen durch einen möglichen zusätzlichen Ausgleich auffangen und unterstützen können. Wir wollen eine möglichst flächendeckende Asylverfahrensberatung einführen. Es geht bei der Sicherheit für die Menschen nicht nur darum, dass Asylverfahren schneller gehen, sondern dass die Menschen auch wissen, wie das Asylverfahren läuft und welche Rechte sie unter Umständen im Asylverfahren haben.

So weit zu unserem Änderungsantrag. Ich möchte gegen Ende meiner Rede noch mal auf einiges eingehen, was die sogenannten sicheren Herkunftsländer betrifft. Herr Herrgott hat heute in der Einbringung des Antrags der CDU gesagt, am Grundrecht auf Asyl darf es keine Abstriche geben. Ich habe es dazwischengerufen und will es jetzt noch einmal an die Adresse der gesamten CDU sagen: Dann hören Sie doch endlich auf, Abstriche am Grundrecht auf Asyl zu fordern, meine Damen und Herren!

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Immer wieder kommen Sie mit der Leier von den sogenannten sicheren Herkunftsländern. Immer wieder betonen Sie, es gäbe richtige und falsche Flüchtlinge.

(Zwischenruf Abg. Herrgott, CDU: Es gibt unberechtigte!)

(Abg. Berninger)

Immer wieder machen Sie den Unterschied zwischen sogenannten Bürgerkriegsflüchtlingen und sogenannten Wirtschaftsflüchtlingen. Ich möchte zu den Flüchtlingen aus den sogenannten Balkanstaaten sagen: Es sind einige dieser Staaten zu sicheren Herkunftsländern erklärt worden. Dementsprechend hat sich auch die Quote der Anerkennung von Asylanträgen aus diesen „sicheren Herkunftsländern“ geändert. Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland in 2014 nach Angaben von Eurostat eine Anerkennungsquote von 0,8 Prozent bei Flüchtlingen aus Serbien gehabt, von 1,6 Prozent bei Flüchtlingen aus Bosnien, von 0,6 Prozent bei Flüchtlingen aus Mazedonien. Sie nehmen solche Zahlen als Beleg dafür, dass die Situation dort nicht so schlimm sein kann, dass die Fluchtgründe, die die Menschen angeben, nicht so schlimm sein können, dass sie Asylgründe hergeben. Die Lesart anderer ist die, dass hier politisch entschieden wird, was als Fluchtgründe anerkannt wird, dass politisch entschieden wird aufgrund von Zahlen, welche Staaten oder welche Länder als sichere Herkunftsländer erklärt werden und dass sich danach dann die Anerkennungsquoten und die Art und Weise, wie mit den Asylanträgen umgegangen wird, ändert. Frau Hennig-Wellsoh hat vorhin schon mal angedeutet, wir haben inzwischen in anderen Ländern ganz andere Anerkennungszahlen, so zum Beispiel in der Schweiz und Finnland bei kosovarischen Asylsuchenden eine Anerkennungsquote von 40 Prozent. Bei Flüchtlingen aus Serbien sind es in der Schweiz 37 Prozent, die anerkannt werden, bei Flüchtlingen aus Bosnien sind es in Belgien und in Frankreich 20 Prozent der Asylgesuche, die anerkannt werden, und beispielsweise in Großbritannien werden 18 Prozent der aus Albanien gestellten Asylanträge anerkannt.

(Zwischenruf Abg. Henke, AfD: 18 Prozent sind doch nicht viel!)

Man kann also ganz anders umgehen mit den Fluchtgründen, die aus diesen sogenannten sicheren Herkunftsländern geltend gemacht werden. Zu Albanien beispielsweise sagt die Europäische Kommission, das sei ein Land, wo Korruption und Schattenwirtschaft herrschten. Zu Serbien sagt die Europäische Kommission, es seien dort wichtige Elemente an Rechtsstaatlichkeit und unabhängiger Justiz nicht vorhanden. Im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen mahnte die EU an, fundamentale Rechte wie die Meinungsfreiheit und der Schutz von Minderheiten seien beispielsweise in Serbien nicht gewährleistet. Man kann nicht sagen, dass alle Menschen, die von dort hierherkommen und Antrag auf Asyl stellen, nur wegen der fehlenden Perspektive kommen. Es ist einfach so, dass beispielsweise Angehörige von Minderheiten schlimmer Diskriminierung ausgesetzt werden, die dann dazu führt, dass der Zugang zu Erwerbsarbeit, der Zugang zu Ausbildung, zu medizinischer Versorgung,

zu Bildung, zu Schule nicht gewährleistet ist, nicht, weil die Menschen arm sind, sondern weil sie aufgrund der Zugehörigkeit zu einer Minderheit, beispielsweise zur Gruppe der Roma, diskriminiert werden.

Ich bin nicht die Einzige, die sagt, dass diese Verfahrensweise, die Menschen so zu behandeln, in Artikel 16 a des Grundgesetzes steht, dass Menschen, die politisch verfolgt werden, in Deutschland Asylrecht genießen. An keiner Stelle steht dort, dass diese politische Verfolgung ausschließlich durch den Staat erfolgen muss, meine Damen und Herren. Auch in der Richtlinie des Europäischen Rats zu den Mindestnormen zur Anerkennung von Flüchtlingen wird explizit dargestellt, dass Personen, die bei einer Rückkehr in ihr Heimatland ernsthaften Schaden zu befürchten hätten, nicht abgeschoben werden dürfen. Artikel 2 dieser Richtlinie ist das. Und dass dieser Schaden auch von nicht staatlichen Akteuren ausgehen kann, steht in Artikel 6 dieser Richtlinie. Das schließt sowohl Menschenrechtsverletzungen als auch Übergriffe der Justiz mit ein, wie es Artikel 8 dieser Richtlinie sagt. Selbst die Bundeszentrale für politische Bildung – die ist nicht in Gefahr, dass sie von der Linkspartei dominiert würde – zitierte im vergangenen Jahr eine serbische Journalistin zur Lage der Roma in Serbien: „Sie leben in Slums, die es nicht gibt, in Straßen, die es nicht gibt, in Hütten, die keine Hausnummern haben. Die hier geborenen Kinder gibt es nicht, weil sie an einem Ort geboren sind, den es nicht gibt, und diesen Ort gibt es nicht, weil er in keinem Katasteramt verzeichnet ist und offiziell nicht existiert.“ Angehörige der Roma werden also so behandelt, als würden sie nicht existieren. Wenn das keine Diskriminierung und das kein Asylgrund ist, meine Damen und Herren, dann weiß ich auch nicht.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte zum Schluss noch mal darauf drängen, dass alle an diesen Herausforderungen für Thüringen konstruktiv mithelfen, und zwar konstruktiv, nicht mit der Behauptung, die Flüchtlingspolitik sei beispielsweise nur im Innenressort gut aufgehoben. Wer für eine repressive Flüchtlingspolitik steht, wer für Abgrenzung und Ausschließen steht und für Abschreckung als migrationspolitisches Instrument, für den ist wahrscheinlich das Innenressort das richtige Ressort. Das ist aber nicht der Anspruch der rot-rot-grünen Koalition. Deswegen bleibe ich dabei, dass es richtig ist, dass wir die Flüchtlingspolitik aus dem Innenressort herausgenommen haben.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte zum Schluss noch mal auf eine Passage unseres Änderungsantrags eingehen und – das haben etliche heute schon ganz zu Recht ge-

(Abg. Berninger)

macht – mich im auch im Namen unserer Fraktionen bei allen Menschen bedanken, die sich tagtäglich haupt- und ehrenamtlich mit der Unterbringung, mit einer guten Asyl- und Flüchtlingspolitik, mit der Versorgung von Flüchtlingen beschäftigen. Ich will da gar keinen großen Unterschied machen zwischen Hauptamt und Ehrenamt. Ich denke, es gibt in den Kommunen, im Landesverwaltungsamt, in den Erstaufnahmeeinrichtungen Menschen, die voller Herzblut an ihre Aufgabe gehen und jeden Tag das Beste geben. Denen gehört genauso zu danken wie den Menschen, die sich überall in Thüringen zuhauf mit Spenden für die Flüchtlinge einsetzen, die Flüchtlinge kennenlernen wollen, die Deutschunterricht geben. All denen gebührt großer Dank der Landesregierung.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, es sind viel mehr, als wir in der Öffentlichkeit sehen. Viele helfen ganz still und leise. Was mir ganz besonders wichtig ist, auch all jenen zu danken, die sich Nazis und Rassisten entgegenstellen, die in sozialen Netzwerken argumentieren, die auf der Straße stehen wie letzten Montag in Erfurt, in Nordhausen,

(Zwischenruf Abg. Henke, AfD: Eisenberg!)

Eisenberg und in

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Suhl!)

Suhl – das fiel mir jetzt nicht ein – und auch am Samstag in Erfurt, überall. Das ist nämlich auch nicht jedermanns Sache und es ist auch nicht so einfach, immer wieder den Nazis und den Rassisten und den sogenannten Asylkritikern und den sogenannten besorgten Bürgern die Stirn zu bieten. Vielen Dank dafür und ich hoffe, wir haben alle noch lange die Kraft und schaffen gemeinsam die Herausforderungen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Vielen Dank, Frau Berninger. Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Lehmann für die SPD-Fraktion.

Abgeordnete Lehmann, SPD:

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, sehr geehrter Herr Präsident, liebe Gäste, es wurde heute schon einmal angesprochen, dass mehr Sachlichkeit der Debatte zum Thema guttun würde. Das wissen wir nicht nur, wenn wir Presseberichterstattungen oder die sozialen Medien verfolgen, sondern auch, wenn wir hier die Debatten im Hohen Haus verfolgen. Ich muss sagen, dass

ich mir nicht ganz sicher bin, ob eine Gleichsetzung der Zwischenfälle in Heidenau mit den Auseinandersetzungen in Suhl einer stärkeren Sachlichkeit in der Debatte tatsächlich guttut.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fernab aller Sachlichkeit geht es aber auch um Menschen, wenn wir über Flüchtlingspolitik sprechen. Um uns das noch mal zu vergegenwärtigen, würde ich gern ein Beispiel ausführen: Ich habe einen guten Freund, der ist vor vielen Jahren nach Deutschland geflohen, der hat hier eine Arbeit, er ist gewerkschaftlich engagiert, seine Kinder sind in Deutschland geboren, die gehen hier zur Schule, der hat aber eine dunkle Hautfarbe, wird deswegen regelmäßig mit Anfeindungen konfrontiert. Mit dem habe ich mich kürzlich unterhalten und da hat er zu mir gesagt, er ist so dankbar, dass er hier in Deutschland sein darf, weil er in seiner Heimat jetzt tot wäre, weil er dort nicht sicher ist. Hier in Deutschland ist er zu 80 Prozent sicher und er meint, es wäre gut. Ich muss sagen, dass mich diese Aussage zutiefst geschockt hat, weil ich dachte, ich selbst würde nicht mit einer Sicherheit von 80 Prozent in Deutschland leben wollen. Ich möchte das auch für keinen anderen Menschen, der hier leben muss, egal woher er kommt, sei es aus Erfurt, sei es aus Berlin, sei es aus Syrien, sei es aus dem Libanon.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir uns die Situation zurzeit in Dresden, in Heidenau, in Freital ansehen, dann bin ich mir nicht sicher, ob wir von dieser 80-prozentigen Sicherheit überhaupt noch sprechen können. Es geht nicht nur darum, dass Flüchtlinge hier sicher sind, sondern es geht auch darum, dass wir für diese Menschen eine Politik machen, mit der sie gut untergebracht und versorgt, aber auch betreut werden. Ich finde die Debatte schwierig, dass wir sagen, wenn es immer mehr Menschen werden, können wir damit nicht mehr umgehen. Das ist natürlich ein Argument. Natürlich erzeugt es Druck, wenn mehr Flüchtlinge kommen. Aber das, worüber wir hier sprechen, ist Schutzbedürftigkeit. Das ist das, was wir mit dem Asylrecht wollen. Das sind zwei völlig unterschiedliche Argumente, die man hier nicht gegeneinander ausspielen kann.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass das, was wir hier zurzeit vor uns haben, eine Kraftanstrengung ist, die wir nur gemeinsam über alle politischen Ebenen bewältigen können, mit Vereinen, mit Verbänden, mit engagierten Personen, das wissen wir – aber auch nicht erst seit Beginn der Sommerpause, sondern schon seit vielen Jah-

(Abg. Lehmann)

ren. Es ist auch bei Weitem nicht das erste Mal, dass wir uns hier im Plenum mit dem Thema beschäftigen, genau genommen haben wir das eigentlich in fast jeder Plenarsitzung getan. Es gibt unzählige Anträge und Aktuelle Stunden dazu, es gibt eine ganze Reihe von Kleinen Anfragen. Ich muss sagen, dass ich es unredlich finde, wenn die CDU-Fraktion jetzt so tut, als hätte sie mit der Situation, mit der wir jetzt konfrontiert sind, rein gar nichts zu tun.

(Beifall DIE LINKE)

Manchmal hat man den Eindruck, sie hätte vergessen, dass sie schon 25 Jahre in diesem Land regiert hat und für den Themenbereich relativ lange zuständig war. Ich muss sagen, dass ich das für die Debatte insgesamt nicht hilfreich finde.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir können jetzt redlich darüber diskutieren, wer hier zu Recht nach Deutschland einreist und wie hoch oder niedrig Anerkennungsquoten bestimmter Nationalitäten sind. In der Debatte bringt uns das aber kein Stück weiter, weil es die Probleme, die wir zurzeit in der Flüchtlingspolitik haben, nicht löst. Uns bringt auch eine Diskussion über sichere Herkunftsstaaten recht wenig. Nicht nur, weil es – meiner Meinung nach – eine Einschränkung des Asylrechts ist und damit nicht hinnehmbar, sondern auch, weil es zu keiner sichtbaren Veränderung bei Antragstellungen führt. Wenn wir dann wissen, dass Anerkennungsquoten von Flüchtlingen aus dem Westbalkan in der Schweiz oder in Frankreich auch deutlich höher sind als hier, nämlich teilweise bei 20 Prozent, wenn wir uns die Asylanträge von Mazedonien in der Schweiz ansehen, dann muss ich klar sagen, dass das nicht nur für die Debatte nicht hilft, sondern es ändert einfach auch an der Situation nichts.

(Beifall DIE LINKE)

Wenn ich etwas von Wiedereinführung von Grenzkontrollen lese, dann muss ich sagen, bin ich manchmal nicht sicher, ob ich lachen oder weinen soll. Anders als die meisten hier im Raum habe ich die ehemalige DDR wesentlich kürzer erlebt.

(Zwischenruf Abg. Henke, AfD: Seien Sie froh!)

Darüber bin ich auch froh.

Was mein Empfinden zu Grenzen betrifft, ist das eher etwas, was die EU angeht. Da reden wir über Grenzöffnungen, das ist für uns alle ein hohes Gut. Das ist eine Freiheit, für die wir lange gekämpft haben. Keiner von uns will die doch ernsthaft wieder einbüßen. Das Gegenteil ist der Fall. Wie offen wollen wir denn leben in einer Welt, die voller Grenzen ist?

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine Frage, die auch immer wieder aufgeworfen wird, ist, wie man es eigentlich noch leisten soll, wenn immer mehr Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Aber auch hier hilft ein Blick auf die Zahlen. Wir wissen, dass weltweit mindestens 60 Millionen Menschen auf der Flucht sind. Von denen stellt nur ein Bruchteil von ungefähr 1,8 Millionen Menschen einen Asylantrag. Das ist natürlich viel, aber es ist auch nur die Spitze des Eisbergs von dem, was wir real sehen. Wenn wir die Zahl der Geflüchteten zum Beispiel ins Verhältnis zur Einwohnerzahl setzen, dann leisten Länder wie der Libanon weit mehr als Deutschland. Deutschland kommt da im Vergleich lediglich auf Platz 50. Auch wenn wir uns die Zahl der Geflüchteten im Verhältnis zur Wirtschaftskraft angucken, dann landet Deutschland nur auf Platz 49. Warum das gerecht sein soll, warum Länder wie der Libanon, Pakistan, Äthiopien oder der Tschad mehr zur Flüchtlingspolitik beitragen als wir als reiches Deutschland, das muss mir an anderer Stelle mal jemand erklären.

(Beifall DIE LINKE)

Wir haben eine ganze Reihe von Maßnahmen, die wir auf Landesebene umgesetzt haben oder umsetzen wollen. Das eine ist ein besserer Betreuungsschlüssel. Die CDU ist ja auch zu der Einsicht gekommen, dass da Verbesserungen notwendig sind, dazu können wir Sie nur beglückwünschen. Wir können Ihnen auch die gute Nachricht überbringen, dass wir das mit dem vergangenen Haushalt längst beschlossen haben und dass wir natürlich auch daran arbeiten, dass wir hier eine weitere Verbesserung erreichen werden. Wir brauchen eine Verbesserung bei der Unterbringung, das haben wir schon gehört. Die Zustände in den Erstaufnahmeeinrichtungen sind zurzeit schwer hinnehmbar, was die baulichen Voraussetzungen, auch was die hygienischen Bedingungen angeht. Natürlich brauchen wir auch mehr Flüchtlingsunterkünfte in den Kommunen. Und natürlich werden wir auch weiter daran arbeiten, dass es hier mehr dezentrale als zentrale Unterbringungen gibt. Selbst die Gewerkschaft der Polizei hat jetzt kürzlich noch mal verkündet, dass das tatsächlich die gewünschte Unterbringungsform ist, weil es weniger Konflikte zum Beispiel in der Bevölkerung oder auch untereinander bringt.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Wir setzen uns ein für kommunale Integrationskonzepte, weil es eine wichtige Frage ist, wie wir Vereine, Verbände, Kommunen, Schulen, Kindertagesstätten, Jugendeinrichtungen vernetzen und wie man ein möglichst dichtes Netz von Unterstützung, von Beratungsangeboten, von Freizeitangeboten schafft. Eine zentrale Voraussetzung dafür, dass sich jemand hier integrieren kann, ist, dass es tatsächlich auch ein Angebot gibt. Wir wollen eine

(Abg. Lehmann)

Stärkung ehrenamtlicher Strukturen. Es ist unglaublich erfreulich, wie viele Menschen sich in Thüringen für Flüchtlingspolitik einsetzen. Trotzdem ist es schwierig, wenn Sozialarbeiter in einer Gemeinschaftsunterkunft mehr damit beschäftigt sind, Ehrenamtliche zu koordinieren als Flüchtlinge zu betreuen. Das kann nur eine hauptamtliche zusätzliche Stelle sein und auch dafür wollen wir uns einsetzen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wissen aber auch, dass das keine Aufgabe ist, die wir nur als Land bewältigen können, die nur die Thüringer Kommunen bewältigen können, sondern dass es hier auch eine Verantwortung auf Bundesebene gibt. Ganz zentral ist hier die Frage nach einer strukturellen Finanzierung der Flüchtlingspolitik. Das heißt, dass wir eine Finanzierung brauchen, die sich auch an der Anzahl der Flüchtlinge orientiert, und nicht einmalige Finanzspritzen kommen, die unzuverlässig sind, sondern dass wir eine dauerhafte, langfristige und verlässliche Finanzierung bekommen, weil das die Voraussetzung dafür ist, dass nicht nur wir als Land, sondern auch die Thüringer Kommunen gute Flüchtlingspolitik vor Ort machen können.

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Wann kommt das denn?)

Wir wollen eine schnellere Bearbeitung von Asylanträgen, das haben wir schon gehört. Die Aufstockung der Stellen im BAMF ist da eine ganz entscheidende Frage. Wir wollen auch, weil auch das ein wichtiger Beitrag ist, die Einführung eines Einwanderungsgesetzes und damit Möglichkeiten schaffen, auch auf anderen Wegen nach Deutschland zu kommen. Es gibt einen Gesetzentwurf der SPD-Bundestagsfraktion. Ich würde da sogar so weit recht geben, dass daran sicherlich noch gearbeitet werden muss und dass er so, wie er momentan ist, nicht unbedingt bleiben kann. Ich würde auch sagen, dass ein Punkte-System, das den Wert eines Menschen daran festlegt, welche Ausbildung er hat, sicherlich dem Problem, was wir hier haben, nicht gerecht wird.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was daran gut ist, ist, dass wir damit Sicherheit schaffen für Menschen, die hier einer Ausbildung nachgehen, die hier einer Arbeit nachgehen und dass damit auch klar ist, die können, wenn sie eine Ausbildung oder eine Arbeit haben, bleiben. Das gibt nicht nur den Personen, die das betrifft, Sicherheit, sondern auch den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern. Das ist unglaublich wichtig.

Was wir darüber hinaus brauchen – das haben wir jetzt schon mehrfach gehört –, ist eine wirkungsvolle Entwicklungshilfe. Trotzdem steht damit außer Frage, natürlich müssen wir wirkungsvolle Entwicklungshilfe in den Herkunftsstaaten der Menschen

machen, weil es wünschenswerter ist, dass Menschen in ihrer Heimat bleiben können, als flüchten zu müssen. Nichtsdestotrotz ändert das für die Menschen, die schon auf der Flucht sind, die momentan von Diskriminierung und Ausgrenzung, von Krieg bedroht sind, nichts.

(Beifall DIE LINKE)

Denen müssen wir weiterhin Asyl gewähren und deswegen ändert es auch nichts daran, dass wir hier im Land auch tätig sein müssen. Bei all diesen Dingen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, können Sie uns helfen, indem Sie zum Beispiel heute diesem Antrag zustimmen und indem Sie sich auch bei Ihrer Bundestagsfraktion und Ihrem CDU-geführten Innenministerium dafür einsetzen, dass es tatsächlich so weit kommt. Herr Mohring, vielleicht beherzigen Sie Ihren eigenen Rat, den Sie uns vorhin angetragen haben, reden Sie mit Ihrem Bundesinnenminister und unterstützen Sie uns.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Der kommt heute zu mir als Redner!)

Damit wäre sicherlich deutlich mehr Menschen geholfen als mit Schaufensteranträgen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Vielen Dank, Frau Lehmann. Das Wort hat nun Abgeordneter Fiedler für die CDU-Fraktion.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte nichts anderes erwartet, Frau Kollegin Berninger. Was Sie heute hier gesagt haben, genauso habe ich mir das vorgestellt. Sie reden über die ganze Welt, über alles, was zu machen sei, aber Sie vergessen dabei, dass wir in Thüringen sind. Wir können an vielen Dingen mithelfen und uns dafür einsetzen.

(Beifall AfD)

Ich will noch mal daran erinnern, vor der Sommerpause hatten wir schon mal eine Debatte, da habe ich mir erlaubt zu sagen, man sollte doch mal mehr dem Volk aufs Maul schauen. Ich empfehle Ihnen sehr ernst, das nun endlich mal zu tun,

(Beifall CDU)

denn wenn man den Menschen nicht zuhört, dann kann man auch zu keinen anderen Erkenntnissen kommen. Wenn man sich nur in seiner Ideologie verhakt und dort nicht raus will, dann kommt man auch kein Stück weiter. Deswegen, meine Damen und Herren, denke ich, war die Debatte, die meine

(Abg. Fiedler)

Fraktion hier auf den Weg gebracht hat mit der Sondersitzung, vollkommen richtig und notwendig. Was habe ich da gehört? Das brauchen wir doch alles nicht, Populismus und was weiß ich, was da alles kam. Wir sehen doch, dass es mehr als wichtig ist, dass endlich auch mal in diesem Hohen Haus darüber geredet wird. Regierung ist das eine. Wir brauchen Regierung, aber die muss auch regieren. Und das Hohe Haus, ob mit Opposition oder regierungstragenden Fraktionen, ist dazu da, das Ganze zu begleiten und im Blick zu behalten. Ich erinnere mich wirklich – ich will nicht zu tief einsteigen – an die Debatten, wenn Geibert oder wer auch immer irgendwas war, da sind die Gutmenschen Berninger, König, Rothe-Beinlich und wie sie alle heißen, mit Schaum vorm Mund standen sie auf den Tischen.

(Unruhe AfD)

Also, meine Damen und Herren, heute sitzen Sie da wie die Lämmchen. Es läuft ja alles. Wir haben ja eine neue Regierung. Mit der neuen Regierung ist doch alles gut.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Stimmt!)

Nichts ist gut! Es ist gar nichts gut, sondern die neue Regierung, sie regiert nicht, sondern die neue Regierung verharrt einfach nur. Man könnte fast sagen, sie ist in Schockstarre.

(Zwischenruf Siegesmund, Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz: Nein!)

Ja, Sie sind mit Ihrem Grünzeug und Wind im Wald beschäftigt, das sehe ich ja noch ein.

(Heiterkeit CDU, AfD)

Es geht einfach darum, man muss doch erkennen, was im Land los ist. Dafür sind doch wir als Abgeordnete da. Natürlich kann man doch immer noch ab und zu mal auf die Vorgängerregierung eingehen, da habe ich überhaupt nichts dagegen, das gehört auch mit dazu. Aber mittlerweile regieren Sie schon ein ganzes Weilchen und irgendwann nutzt sich das ab, dass man immer wieder sagt, ihr habt oder Sie haben doch nicht und Sie haben doch nicht, denn die Verantwortung ist eben jetzt da, wo sie ist, bei der neuen Landesregierung. Das Ganze heißt nicht umsonst „Verantwortung“. Es macht sich leicht, immer nach irgendwas zu rufen, mag sein, ich muss noch ein bisschen üben in der Opposition, wie das dann so geht. Aber, Herr Kollege Lauinger, Sie hatten doch lange genug Zeit. Sie wussten, dass die Zahlen – das ist ja auch kommuniziert worden, ob von Herrn de Maizière, der das nun noch einmal bestätigt hat – steigen werden. Im Vorfeld haben doch alle davon gesprochen. Jeder wusste, es werden deutlich mehr. Im Vorfeld haben schon viele von Zahlen von 700.000 und Ähnlichem gesprochen. Da kann man doch nicht so tun, als ob

man erst auf die Erleuchtung von Herrn de Maizière warten musste. Das war doch lange klar. Aber es ging genauso darum, Erstaufnahmeeinrichtungen und Ähnliches zu schaffen, und da muss man sie auch schaffen. Dass das natürlich nicht einfach ist, das haben Bodo Ramelow und Sie und andere erlebt. Wenn man dann manchmal auch vor einen Mob treten und sagen muss, aber Asyl ist Asyl, wir setzen uns für Asyl ein, und da muss man aber aufpassen, da kommt gleich auch die zweite Frage: Und was ist mit denen – ich muss mir die Formulierung überlegen –, die eben keine Kriegsflüchtlinge sind? Die Frage kommt natürlich auch sofort.

Präsident Carius:

Herr Kollege Fiedler, es gibt eine Zwischenfrage des Kollegen Adams. Lassen Sie diese zu?

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Nein, nein, nein.

(Heiterkeit CDU, AfD)

Nein, Herr Präsident.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Warum nicht?)

Meine Damen und Herren! Sie haben die Verantwortung, Herr Lauinger, und Sie haben dafür Sorge zu tragen, dass die Menschen, die hierherkommen, ordnungsgemäß untergebracht werden.

(Zwischenruf Lauinger, Minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz: Wie viele haben wir denn geschaffen in den letzten zwei Wochen?)

Ach, wissen Sie, Herr Lauinger, ich verfolge vieles. Sie wissen, ich habe Sie dabei sogar unterstützt, da bin ich von manchen gescholten worden, dass Sie in Mühlhausen die Erstaufnahmestelle errichten. Aber das Potenzial war schon lange da, dass Sie dort handeln konnten, dass man dort wirklich zuschlägt im positiven Sinne und dann die vorhandenen Liegenschaften auch nutzt und das Ganze auf den Weg bringt.

(Zwischenruf Lauinger, Minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz: Das machen wir!)

Ich finde es einfach müßig, immer wieder nur nach dem Bund und allen zu rufen. Das muss auch sein – ich sage bewusst: auch sein –, aber man sollte doch erst einmal, wenn man im Glashaus sitzt, nicht mit Steinen werfen. Das heißt, wer im Glashaus sitzt, in Thüringen die Regierung, die muss erst einmal ihre Aufgaben erfüllen und sie muss ihre Dinge voranbringen und da hat sie an vielen Punkten versagt, dass eben nicht genügend Kapazitäten da sind.

(Abg. Fiedler)

Frau Berninger, weil Sie das ja immer so vorneweg tragen müssen, wo Sie überall waren: Ich will Sie nur nebenbei informieren, ich war auch in Eisenberg, aber ich war nicht in der Kampfzone, wo Sie immer sind und sich gern aufhalten, sondern ich war zum Friedensgebet mit dem Regionalbischof und anderen.

Ja, da war ich, nur damit Sie wissen, dass nicht alle da irgendwo so vorbeigehen. Ich denke auch, gerade auch in Eisenberg, Herr Lauinger, haben Sie viele Dinge in letzter Zeit gesagt, dort gäbe es keine Zelte. Ja, Sie wissen doch, die Zelte sind dort.

(Zwischenruf Lauinger, Minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz: Habe ich nie gesagt!)

Die waren vielleicht gerade, als Sie mal nicht dort waren, nicht belegt. Aber Stunden später waren die Zelte wieder belegt. Das muss man doch mal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall AfD)

Man kann nicht einfach so tun, als ob das nicht so wäre. Schlimm genug, dass wir Zelte brauchen. Aber wenn sie denn da sind, muss man auch dazu stehen.

(Zwischenruf Lauinger, Minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz: Acht Zelte!)

Hören Sie doch auf mit dem Zeug!

Wenn Sie die Hilfsorganisationen nicht gehabt hätten, und ich komme noch zu Bad Lobenstein und anderen Dingen, wenn Sie das DRK und andere nicht gehabt hätten, hätten Sie nicht mal Decken gehabt und ähnliche Dinge. Sie waren überhaupt nicht vorbereitet, sondern die Rettungsdienste oder die Hilfsorganisationen mussten das in Größenordnungen ranschaffen. Bis heute ist noch nicht geklärt, wie es bezahlt wird.

(Beifall CDU)

Ich denke mal, das sind solche Dinge, die die Menschen vor Ort wirklich interessieren. Es gibt Gott sei Dank noch viele Menschen im Land, die sagen, ja wohl, wir sind für Asyl und wir helfen da, wo es dringend notwendig ist. Aber das Verständnis nimmt von Tag zu Tag ab.

Jetzt komme ich mal auf die Dinge in Bad Lobenstein. Ich weiß nicht, ob es instinktos ist oder was auch immer. Man kann geteilter Meinung sein, ob die Polizeistation Bad Lobenstein nun gebraucht wird oder nicht. Aber wenn man ausgerechnet in dieser Situation eine Polizeistation mit großem Brimborium leerräumt und den Menschen damit suggeriert, Polizei muss ausziehen, Asylbewerber ziehen ein – ich weiß nicht, ob das eine gute Geschichte ist und ob das nicht eher noch dazu führt, dass die Menschen frustriert werden, denn wie wir weiß nicht jeder genau, was passiert dort, was pas-

siert dort, sondern die Menschen denken da und dort auch etwas einfacher. Da können sie nicht mehr unterscheiden, wenn Polizeistationen leerräumt werden. Da mag sich der Innenminister freuen, dass alle schnell gehandelt haben, alle geholfen haben, dagegen habe ich ja erst mal vom Grundsatz her nichts, aber in dieser Situation mache ich ein dickes Fragezeichen dran.

Es geht genauso darum, meine Damen und Herren, es geht auch um innere Sicherheit in unserem Land. Es geht nicht nur um Zahlen, um Geld usw., es geht auch um innere Sicherheit in unserem Land. Dazu erwarte ich mir schon noch ein kleines bisschen mehr, dass man sich darauf einstellt, denn es ist bekannt, was es für Probleme gibt, dass man insbesondere auch bei der Polizei darauf achtet, dass die Polizistinnen und Polizisten nicht überfordert werden. Denn sie – die Polizistinnen und Polizisten – müssen das Gewaltmonopol des Staates umsetzen. Das erwarten wir, das erwarten wir zu Recht. Das heißt aber auch, wir müssen den Polizistinnen und Polizisten die Instrumente an die Hand geben, dass sie entsprechend gewappnet sind. Denn die fühlen sich auch langsam verraten und verkauft, da sie zwischen den Fronten stehen und nicht wissen, wie sie da noch rauskommen sollen.

Herr Innenminister, ich kann nur sagen: Vor einiger Zeit – das hatte noch nichts mit Suhl zu tun oder so – habe ich sehr dafür geworben, dass wir für unsere Polizistinnen und Polizisten, Rettungskräfte den Straftatbestand verschärfen, damit man dort besser sanktionieren kann. Sie haben das abgelehnt. Ich weiß, wenn ich richtig informiert bin, sind Sie von Linken und Grünen da ein bisschen gebeutelt worden. Wir hätten dort wirklich mit eingestimmt, was Hessen – SPD/Grüne – vorgeschlagen hat, dass für die Polizisten ein neuer Tatbestand geschaffen wird. Ich fordere Sie einfach auf, nach Suhl, was jetzt passiert ist, nicht einfach zu sagen, wir warten jetzt mal noch ein paar Jahre ab und beobachten das mal, sondern wir sollten jetzt handeln und sollten für unsere Rettungskräfte, Polizistinnen und Polizisten etwas tun. Denn was ist sonst die Folge? In Suhl ist es doch deutlich gewesen. Dort ging es so richtig zur Sache, was es Gott sei Dank bis dato in Thüringen noch nicht gab. Aber wir haben jetzt gesehen, auch das ist in Thüringen möglich, dass mit Eisenstangen, mit Steinen hantiert wird, dass Polizisten, Presse und Co. und auch Rettungskräfte bedroht werden. So einfach geht die Welt nicht. Ich bewundere vor allen Dingen auch die Feuerwehr von Suhl, die da mit vielen angerückt ist – im Objekt hat es gezündelt –, dass die Feuerwehr stehen geblieben und nicht von dannen gegangen ist. Die sind stehen geblieben und haben gewartet, wie es sich weiterentwickelt. Da kann man erwarten, dass die auch entsprechend unterstützt werden.

(Abg. Fiedler)

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen nur sagen, gerade weil wir beim Thema Feuerwehr sind: Es wird immer so locker genommen mit der Feuerwehr. Der Präsident hat dankenswerterweise hier heute früh die Minute eingelegt. Ich war am Samstag mit anderen Kolleginnen und Kollegen zu der Beerdigung von dem Feuerwehrmann. Ich habe keine Landesregierung gesehen, nicht einen Einzigen. Ich habe auch von den anderen Fraktionen keinen Einzigen gesehen. Im Ehrenamt ist jemand zu Tode gekommen und da sieht man, was dann passiert: Die Verantwortlichen sind weit weg und keiner wurde gesehen. Meine Damen und Herren, ich habe das nur mit eingefügt, weil mir das am Samstag sehr aufgestoßen ist. Wir sollten alles Mögliche tun, natürlich vorrangig die Kommunen, dass wir hier vor allen Dingen auch für Feuerwehr- und Rettungskräfte etc. insbesondere die Dinge machen, die auch notwendig sind.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, gerade wenn es um Polizei geht, kann ich nur wünschen und noch mehrfach anmahnen. Natürlich gibt es Abbaupfade. Die gab es auch zu unserer Zeit. Aber ich denke, man muss sich auch auf neue Dinge einstellen, die im Land passieren. Wir können es uns nicht mehr leisten – da muss woanders gespart werden, im Ressort oder woanders –, dass Polizisten immer weiter zurückgefahren werden.

(Beifall CDU, AfD)

Das kann einfach nicht mehr sein. Aber Polizisten fallen nicht vom Himmel – das habe ich mehrfach gesagt –, die müssen ausgebildet werden. Ich habe immer mindestens 150 gefordert, die in Ausbildung gehen müssen – mindestens.

(Zwischenruf Abg. Brandner, AfD: Richtig!)

Denn es dauert dann noch ein paar Jahre, bevor sie zur Verfügung stehen.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie haben sich nie durchsetzen können!)

Ach, Herr Adams, wir haben uns selbstverständlich oft und lange durchsetzen können, sonst hätten wir gar nicht so viele Polizisten. Was machen Sie als Erstes? Wichtigste Aufgabe: Wir überprüfen doch erst mal die Polizeistrukturen, die die Landesregierung vorher aufgestellt hat. Das ist das Erste, was Ihnen einfällt, erst einmal hingucken, wieder die gesamte Polizei in Aufruhr versetzen,

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir haben den Abbau erst einmal ausgesetzt!)

um wieder alle unsicher zu machen. Das ist der falsche Weg. Man muss immer evaluieren, kein Problem, aber die Evaluation sollte nicht dazu füh-

ren, dass wir am Ende dann vielleicht noch weniger Polizei haben. Ich möchte es anmahnen im Namen meiner Fraktion, dass hier Handlungsbedarf besteht und dass man hier auch handeln muss. Wenn man mittlerweile sieht, dass Polizistinnen und Polizisten und andere dort so verletzt werden, dann ist das doch beschämend. Also ich begrüße das Punkteprogramm sehr, was der Innenminister genannt hat. Wir werden es im Blick behalten, Rahmenbefehl usw., was dort alles drin ist. Aber das muss auch durchgeführt werden. Und nicht nur, weil in Sachsen jetzt was passiert ist und man auf einmal gemerkt hat, dass man im Polizeirecht bestimmte Dinge auch möglich machen kann, um dort Platzverweise besser aussprechen zu können und Ähnliches. Das können wir, wenn wir wollen, mit den Instrumenten, die wir haben, Gott sei Dank gegen die Linken haben, da haben wir die Instrumente im Polizeirecht. Ich kann nur dringend raten und auffordern, das auch einzusetzen. Ich hoffe, dass der zuständige Ministerpräsident Bodo Ramelow den Innenminister dabei unterstützt und nicht das Störfeuer von der linken Seite kommt und das Ganze wieder ad acta gelegt wird.

Meine Damen und Herren, das sind die Dinge, die die Menschen bewegen. Wir merken es vor Ort. Ich gehe mal davon aus, dass fast alle Abgeordneten vor Ort sind und sich informieren, mit den Menschen reden. Das ist kein Nullachtfünfzehn, was jetzt hier passiert, sondern das geht tief in die Menschen hinein. Wir müssen aufpassen, dass das nicht eskaliert. Das Wort „Bürgerwehr“ ist schon gefallen und ähnliche Dinge. Wir haben das über 25 Jahre in Thüringen verhindert. Es gab immer wieder mal die eine oder andere Polizeigewerkschaft, jemanden, der Bürgerwehren und Ähnliches wollte, freiwillige Polizisten und was es da so alles gab. Bisher konnten wir es verhindern. Aber wir sollten aufpassen, dass das auch in Zukunft so bleibt, dass der Staat das Gewaltmonopol hat – nicht nur hat, er muss es auch halten. Es darf uns nicht passieren, dass das in Thüringen umkippt. Deswegen finde ich es vollkommen richtig, dass wir heute hier über diese Situation reden. Wenn ich der Presse glauben darf, ist allein in Suhl – wenn man die Bilder gesehen hat, wie die Unterkünfte kaputtgehauen wurden und, und, und – 200.000 Euro Schaden genannt worden. Ich weiß nicht, ob es genau stimmt.

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE: Stand in der „Bild“-Zeitung!)

Lassen wir es 30.000 mehr oder weniger sein, darüber brauchen wir nicht zu reden. Aber auch das ist Geld, was wir dringend brauchen, um Unterkünfte zu schaffen und Unterkünfte zu erhalten. Ich gebe Ihnen recht, in Eisenberg tut es wirklich dringend Not, dass da wieder mal was gemacht wird. Aber auch das haben wir zu unseren Zeiten angemahnt.

(Abg. Fiedler)

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das haben wir gemacht!)

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, man muss auch mal Dinge zugeben können, wenn man es sagt. Aber auch da waren die Stellen immer ausgelastet und da hatten Sie ja auch keinen richtigen Draht, wo schaffe ich sie denn hin. Also haben Sie gesagt, wir lassen sie dort. Herr Lauinger, weil Sie und andere immer darauf hinweisen, was alles so getan wird: Wir waren vor einiger Zeit in Eisenberg und dort wird ja dankenswerterweise schon seit unseren Zeiten Deutschunterricht gehalten, aber gerade in letzter Zeit findet dort nichts statt. Die Frau ist im Urlaub und das ganze Ding ist belegt mit Asylbewerbern. Also dort findet nichts statt.

Wir müssen immer aufpassen, dass wir bei bestimmten Dingen, die wir gut angefangen haben, auch durchgängig weiterführen. Ich warne auch davor – da müssen wir auch mal einen Blick mit hinwerfen –, wir haben gerade Schulanfang, wir haben die Diskussion, es fehlen uns Lehrer. Da will ich jetzt gar nicht in den Streit eintreten, hin und her und kreuz und quer. Wir müssen aber aufpassen, dass dem gegenüber gesetzt wird, wenn die Kinder in die Schule gehen und am Schulanfang – jeder war sicher zu Veranstaltungen und Ähnlichem – hört man als Erstes, da fehlen Lehrer, da fehlen Lehrer, da fehlen Lehrer und dann kommt die Meldung, aber 50 Lehrer sind für Deutschunterricht für Asylbewerber geplant. Man muss aufpassen. Ich will das nicht gegeneinander aufwiegen, sondern ich will nur sagen, wir müssen aufpassen, dass da nicht auch etwas entsteht, damit wir dort – ich sage mal – nicht in der Bevölkerung weiter unter Beschuss geraten. Dort müssen wir aufpassen, dass dies im Griff behalten wird.

Meine Damen und Herren, ich denke mal, am Ende ist das Entscheidende, dass wir gemeinsam auch in Richtung Bundesregierung handeln. Ich meine, der Bundesinnenminister macht schon keinen schlechten Job, aber auch da ist es dringend notwendig, dass man dort nacharbeitet und dass man nicht nur nach Geld guckt, sondern dass man – und das gehört auch dazu – nach schnelleren Abschiebungen guckt. Wenn wir schon solche Hemmnisse haben wie wir alle – nicht alle, die Linken eher weniger und die Grünen vielleicht mit –, dass es in einem Rechtsstaat wie in Deutschland mittlerweile möglich ist, Monate für Monate und über Jahre hinaus das Ganze hier mit allen Verfahrenstricks hinauszuzögern. Das können und dürfen wir uns nicht mehr leisten. Die Verfahren müssen vereinfacht werden, die müssen rechtsstaatlich sein und es muss schnellstmöglich abgeschoben werden.

(Unruhe DIE LINKE)

Das ist das A und das O. Ansonsten werden wir der Situation im Lande nicht mehr Herr. Da sind alle gefordert, ob die vier Stellen im Landesverwaltungsamt – da höre ich dann natürlich auch die Ankündigung, dann dauert es 14 Tage. Ich weiß, wie es im Beamtenrecht ist, aber im Beamtenrecht kann man Beamte auch ein halbes Jahr ohne ihr Zutun abordnen. Das ist überhaupt kein Problem. Das wird in der Landwirtschaft und woanders gemacht – Frau Kollegin Keller, ich will jetzt nicht darauf eingehen –, da wird das ganz munter gemacht, da geht das. Warum soll das hier nicht gehen? Wenn ich dann höre, das muss doch eine Ursache haben, dass von den 20, 21 Mitarbeitern in Eisenberg nur noch 7 da sind. Das muss doch eine Ursache haben. Die Leute sind kaputtgespielt, die Leute sind fertig. Da müssen auch mal neue Leute hin. Dort muss geholfen werden, muss unterstützt werden. Machen, machen, machen kann ich nur sagen und nicht nur reden.

(Beifall CDU)

Die Redezeit ist zu Ende. Vielen Dank, meine Damen und Herren. Packen wir es an, dass hier Ruhe im Land einkehrt.

(Beifall CDU)

Präsident Carius:

Vielen Dank, Herr Fiedler. Als Nächste hat Frau Abgeordnete Rothe-Beinlich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Gäste! Auch von meiner Seite noch einmal ein Dank an all diejenigen, die sich haupt- und ehrenamtlich für Flüchtlinge engagieren, an alle Menschen, die sich auch immer wieder im wahrsten Sinne des Wortes Rassisten, Nazis und selbsternannten besorgten Bürgerinnen und Bürgern widersetzen, denn das tut not, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das wissen wir nicht nur angesichts von Heidenau.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum sage ich das heute? Weil ich mich sehr gut erinnern kann an die Zeit vor 23 Jahren in Rostock. Sabine Berninger hat es in ihrer Rede schon gesagt, andere haben auch schon darauf verwiesen: Vor 23 Jahren wütete in Rostock ein Mob gegen damalige Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter, die dort in einem Wohnblock untergebracht waren, und Menschen mussten um ihr Leben fürchten. Ich möchte diesen Moment hier auch nutzen, um der Opfer zu gedenken, der Opfer von Rostock, der Opfer rassistischer Gewalt in all den letzten Jahren, die wir hier in Deutschland, auch in Thüringen im

(Abg. Rothe-Beinlich)

Übrigen, zu beklagen haben. Warum sage ich das an dieser Stelle?

(Zwischenruf Abg. Brandner, AfD: Weil Sie es immer sagen!)

Weil die rassistischen Angriffe auf Asylsuchende massiv zugenommen haben in den letzten Jahren, und das hätte auch ich nicht für möglich gehalten, dass dies derart geschieht. 2014 hat es insgesamt, so sagt es das Bundesinnenministerium, 198 rassistische Übergriffe gegeben. In den ersten sechs Monaten 2015 waren es schon 202. Eben konnten wir alle die Ticker-Meldung lesen, dass das Haus von Til Schweiger, der nicht geschwiegen hat, sondern der handelt, auch Opfer eines Angriffs geworden ist, der seinem Engagement geschuldet ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vorhin war auch einmal von Wahnsinn die Rede. Wir reden von Menschen, von Flüchtlingen, die ihr Land verlassen mussten. Eine Flucht hat immer ganz unterschiedliche Ursachen. Sabine Berninger hat es sehr dezidiert ausgeführt, auch unser Minister Lauinger hat es sehr dezidiert ausgeführt, eine Flucht kann immer unterschiedliche Ursachen haben. Es können staatliche Verfolgungsgründe vorliegen, es gibt aber auch jede Menge nicht staatliche Verfolgung. Es gibt im Übrigen auch die pure und nackte Angst ums Überleben, um dieses für die eigenen Kinder sicherzustellen. Geben Sie doch mal die Begriffe „Mazedonien Flüchtlinge“ ein und schauen Sie, welche aktuellen Bilder Sie sehen von Familien mit kleinen Kindern, die aus purer Angst ums Überleben versuchen zu fliehen. Da muss es nicht nur den Betroffenen zynisch erscheinen, wenn einige hier von sogenannten sicheren Herkunftsstaaten sprechen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es sind Menschen, es sind Frauen, es sind Kinder, es sind Männer, die auf der Flucht sind, auf der Flucht vor Umständen, die sie dazu treiben, ihr Land, die gewohnte Umgebung zu verlassen. Ich sage es noch mal, das sage ich hier in der Tat häufiger: Niemand flieht freiwillig, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich dann höre, vorhin in der Rede von Mike Mohring, der sich jetzt schon auf seinen Empfang heute Abend freut – es sei ihm vergönnt –, zu dem auch der Bundesinnenminister kommt, das ist sicherlich auch wichtig.

(Zwischenruf Abg. Schulze, CDU: Danke für die Werbung!)

In anderen wichtigen Fragen wird allerdings auch von ihm geschwiegen. Wenn ich dann von Mike Mohring höre, dass man die Flucht aus der ehemaligen DDR nicht vergleichen dürfe mit der Situation von Flüchtlingen heute, dann muss ich Widerspruch anmelden, meine sehr geehrten Damen und Her-

ren. Wir alle wissen, die DDR war eine Diktatur und es gab trotzdem auch für Flüchtlinge aus der DDR ganz unterschiedliche Fluchtursachen.

(Zwischenruf Abg. Henke, AfD: Aber das waren alles Deutsche!)

Ich habe erst neulich einen bemerkenswerten Beitrag in der „Zeit online“ gelesen, er ist überschrieben „Viele sind Fluchthelfer, keine Gangster.“ Ich möchte aus aktuellem Anlass daraus wenige Sätze zitieren. Es geht darum, dass auch ehemaligen Fluchthelfern aus der ehemaligen DDR das Verdienstkreuz verliehen wurde. „Niemand“ – so lautet das Zitat – „wäre jemals auf die Idee gekommen, dieses Schleusertum unter Strafe zu stellen, auch nicht, wenn es gewerbsmäßig erfolgte. Im Gegenteil, einige DDR-Fluchthelfer wurden später mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt. Zu Recht.“ Wenig später heißt es da: „Die Mauer ist gefallen, die DDR untergegangen, heute, 25 Jahre später, gelten Fluchthelfer als Kriminelle. Das bedeutet: Der rechtliche Blick auf Schleuser ist nicht abhängig von ihrer Tat selbst, sondern von politischen Opportunitäten.“

(Beifall DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist hier schon von Diana Lehmann und auch von Sabine Berninger und von anderen ausgeführt worden, die Anerkennungsquoten sind in den europäischen Ländern sehr unterschiedlich. Auch und gerade von den Menschen, über die gern bevorzugt gesprochen wird, beispielsweise vom Westbalkan. Natürlich, das hat politische Gründe. Mit der faktischen Aushöhlung – manche haben es genannt: Abschaffung – des Grundrechts auf Asyl 1993 wurde ein erster, ganz bitterer Schritt in diese Richtung gegangen. Denn machen wir uns nichts vor, wer kommt denn überhaupt hierher, bis zu uns? Welche Flüchtlinge schaffen es denn überhaupt lebendig bis nach Europa?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wissen alle um die schrecklichen Bilder aus dem Mittelmeer, das mittlerweile zum Massengrab geworden ist. Aber machen wir uns auch klar, dass im Libanon beispielsweise 1,2 Millionen Flüchtlinge untergekommen sind? Wissen Sie, wie viele Nachbarländer Menschen von Krisenregionen aufnehmen, bereit sind zu helfen, und das trotz der Armut, die in diesen Ländern beispielsweise herrscht? Minister Lauinger hat es heute Vormittag eingangs gesagt, es sind fast 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Das sind so viele Menschen wie seit Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr. Permanent wurden die Prognosen nach oben korrigiert, wie viele Flüchtlinge auch wir erwarten müssen.

Herr Fiedler, ich kann Ihnen da einige Fragen nicht ersparen. Wie viele Plätze in der Erstaufnahme haben Sie denn geschaffen, meine sehr verehrten Da-

(Abg. Rothe-Beinlich)

men und Herren von der CDU, als Sie Verantwortung getragen haben? Es stimmt eben nicht, dass beispielsweise Eisenberg permanent überbelegt gewesen wäre. Die Zustände in Eisenberg waren und sind schon lange katastrophal und da haben Sie nichts getan. Über Nacht haben Sie quasi in Suhl eine Außenstelle der Erstaufnahmeeinrichtung eingerichtet. Wir sind dabei, nachdem wir die steigenden Zahlen bekommen haben, Stück für Stück die Aufnahmekapazitäten zu erhöhen. Ich bin ausdrücklich dankbar, Dieter Lauinger, dass Sie vorhin ausgeführt haben, dass Sie froh sind über jedes Dach über dem Kopf, was wir einem Flüchtling gewähren können. Wo sind denn Zeltstädte in Thüringen? Es gibt sie nicht und das ist auch gut so, meine sehr geehrten Damen und Herren,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil wir uns sorgen, weil wir tatsächlich Kapazitäten schaffen, und das, obgleich wir wissen, dass die Situation in den Kommunen teilweise schwierig ist.

Wenn ich dann höre oder lesen soll, wir wären hier handzahn. Ich bin nicht handzahn. Ich kritisiere die Zustände, die Umstände, wie wir sie vorfinden in Eisenberg und in Suhl gleichermaßen, wie ich sie auch in den letzten Jahren kritisiert habe. Der Unterschied aber ist, es wird jetzt etwas getan. Es wird etwas getan, was über Jahre nicht getan wurde. Wenn Mike Mohring dann hier vorn in seiner Rede behauptet oder sich darüber empört, dass der Schlüssel bei der Sozialbetreuung mit 1 zu 100 immer noch viel zu hoch angesetzt sei, dann muss ich Sie fragen, Herr Mohring: Wie hoch war der Schlüssel unter Schwarz-Rot? 1 zu 150? Stimmen Sie beim nächsten Haushalt zu, dass wir den Schlüssel weiter verbessern in die Richtung von 1 zu 75, wie es beispielsweise der Flüchtlingsrat fordert? Das kostet richtig viel Geld in der Sozialbetreuung. Uns ist es das wert. Wir brauchen da aber Ihre Unterstützung. Wir werden Sie an Ihren Taten messen, wenn es um den nächsten Haushalt geht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen wir doch noch mal genauer hin, was dieses heutige Plenum überhaupt verursacht hat. Es war ein Antrag der CDU-Fraktion zu einem Thema, was in der Tat bewegt. Aber die Frage ist: Will man inhaltlich etwas bewegen für die Menschen, die betroffen sind, oder will man populistisch aus diesem Thema Kapital schlagen? Ich unterstelle einmal, dass die demokratischen Fraktionen jedes Interesse daran haben, dass wir weiterhin ein gutes Miteinander gerade auch in Thüringen leben. Wir wissen alle, wie niedrig die Quote von Menschen mit Migrationshintergrund in Thüringen ist, die hier mit uns leben. Wir verschließen ganz bestimmt nicht die Augen vor Problemen, die auch auftauchen.

Aber, Herr Heym, wenn die Zustände so sind, wie Sie sie hier gerade beschrieben haben,

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Sie sind so!)

angeblich in einer Schule in Meiningen, und ich war letzten Sonntag in Meiningen und habe mich dort mit dem Freundeskreis getroffen, der sich dort beispielsweise um die Flüchtlinge kümmert,

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Das sind die, die Abschiebung zu erwarten haben!)

wenn dort angeblich die ausländischen Kinder mit Waffen in die Schule kommen, dann müssen Sie die Polizei und das Jugendamt rufen, dann müssen Sie das anzeigen, dann müssen Sie handeln und nicht hier vorne erklären,

(Unruhe AfD)

dass Ihre Bekannten die Kinder aus dieser Schule herausgenommen hätten, weil dort einige die Situation an dieser Schule bestimmen.

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Das ist aber die Lebenswirklichkeit!)

Ich werde mir die Schule anschauen, darauf können Sie sich verlassen. Hätte ich von dieser Schule letzten Sonntag schon gewusst, hätte ich vor Ort danach gefragt.

(Unruhe CDU)

Aber mich beschleicht das Gefühl, dass Sie dieses Podium hier benutzt haben, um Angst und Ressentiments einmal mehr zu schüren.

(Beifall DIE LINKE)

Wenn es Vorfälle gibt, keine Frage, dann muss gehandelt werden. Gewalt darf niemals auf Toleranz treffen. Aber ich sage Ihnen auch: Keine Toleranz für Intoleranz.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich wünsche mir ein so klares Auftreten auch einmal gegenüber all den Rassisten, die sich besorgte Bürger nennen und die heute beispielsweise wieder eine künftige Asylunterkunft in Baden-Württemberg angezündet haben, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Rassismus ist nämlich auch kein Ostphänomen, Rassismus erleben wir leider an ganz vielen Orten. Aus unserer geschichtlichen Verantwortung heraus sollten wir wissen, dass wir gemeinsam alles dafür tun müssen, Menschen eine gute Heimat zu geben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist nicht einfach und ich bin, wie gesagt, sehr froh, dass in Mühlhausen jetzt Flüchtlinge untergebracht werden konnten – hoffentlich auch bald noch mehr, weil wir dort sehr gute, räumlich gute Vorausset-

(Abg. Rothe-Beinlich)

zungen haben, um Flüchtlinge unterzubringen. Das muss mit Leben gefüllt werden, das braucht Engagement. Danke den Mühlhäuserinnen und Mühlhäusern, die die Flüchtlinge, die dort letzte Woche ankamen, herzlich willkommen geheißen haben in unterschiedlichen Sprachen.

(Beifall DIE LINKE)

Danke allen, die sich auch in Suhl bemühen. Danke denjenigen, die in Erfurt gerade Geld sammeln für Starterpakete für die Kinder, die aus der Erstaufnahme dann in die Schulen kommen. Das sind tolle Initiativen, die viel zu wenig genannt werden, meine sehr geehrten Damen und Herren. Sehr viel lauter hingegen sind die Freundeskreise beispielsweise einer Landrätin Schweinsburg zu vernehmen. Ich kann es nicht anders nennen. Allen Abgeordneten ging ein Brief zu, angeblich vom ganzen Landkreistag, mit einer Resolution oder wie man es nennen möchte, in der sich der Landkreistag eben auch zu diesem Thema, was wir beraten, positioniert. Wir haben bei einigen Landräten nachgefragt. Es gab dazu keine Beratung mit allen Landräten. Ich frage mich, wer hier wie Politik macht, um auch eine bestimmte Stimmung zu schüren, meine sehr geehrten Damen und Herren. Denn gerade die Landräte, die am lautesten schreien, haben den größten Leerstand in ihren Kommunen. Es gibt das Thüringer Landesamt für Statistik. Schauen Sie da einfach mal nach. Der Leerstand in Thüringen beträgt zwischen 4,5 und 12,1 Prozent, das sind im Durchschnitt 6,8 Prozent. Wir wissen, in Jena beispielsweise ist es anders. Dort haben wir tatsächlich große Schwierigkeiten, Wohnraum zu finden. Aber wenn wir davon ausgehen, dass wir in Thüringen 1,17 Millionen Wohnungen haben und davon 80.000 Wohnungen leer stehen, dann glaube ich, wir haben noch sehr viel Raum, um Menschen menschenwürdig unterzubringen. Genau das müssen wir anpacken, anstatt eine Boot-ist-voll-Rhetorik zu bedienen oder Zeltlager zu fordern, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das halte ich für unverantwortlich.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe heute früh von Bundesminister Gabriel gelesen, die Kommunen müssten stärker entlastet werden, eher mit 3 Milliarden als mit 2 Milliarden Euro. Da hat er recht. Das sehen wir ganz genauso. Doch das Geld, was wir bekommen, geht auch an die Kommunen. Auch das hat Herr Minister Lauinger ausgeführt. Herr Gabriel hat weiter ausgeführt, ein Rückfall in ein Europa ohne offene Grenzen hätte katastrophale Folgen. Ich glaube, das hat sich noch nicht jeder tatsächlich vor Augen geführt, was diese Metaphern von „wir ziehen die Grenzen wieder hoch“ für fatale Folgen für alle Menschen hätte und, Herr Mohring, Dirk Adams hat es vorhin in seiner Rede schon einmal angeprangert, dass

Sie im „Freien Wort“ davon sprechen, Orte der Hoffnungslosigkeit schaffen zu wollen. Ich bin, wie Sie wissen, auch ein religiöser Mensch und es gibt ein Lied, das heißt „Ein Schiff, das sich Gemeinde nennt“ – der Inhalt lässt sich sicher auf viele Religionen übertragen. „Im Schiff, das sich Gemeinde nennt, muss eine Mannschaft sein, sonst ist man auf der weiten Fahrt verloren und allein.“ Es heißt dann weiter: „[...] in Glaube, Hoffnung, Zuversicht, ist Gottes guter Geist.“ Wenn dann ausgerechnet der Fraktionsvorsitzende einer sich christlich nennenden Partei Orte der Hoffnungslosigkeit fordert, um Menschen bestmöglich abzuschrecken, dann macht mich das schwer betroffen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin sehr dankbar, dass sich die Fraktionen Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen zusammengefunden haben und einen Antrag auf den Weg gebracht haben, denn es wäre aus meiner Sicht auch nicht richtig gewesen, das Ansinnen der CDU mit dem Antrag, den Sie eingebracht haben, einfach abzulehnen, obgleich wir diesen wirklich falsch finden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

Wir haben uns die Mühe gemacht, genauer hinzuschauen und zu überlegen, was sind die Punkte, die wir im Land besser regeln müssen. Niemand setzt Scheuklappen auf, niemand von uns sagt, es wäre alles toll und alles super und alles rosig. Das ist uns hier vorhin von Herrn Heym beispielsweise vorgehalten worden. Wir wissen sehr genau um die Zustände und die Umstände in den einzelnen Einrichtungen. Auch wenn die Küche in Suhl für 1.800 Menschen ausgelegt ist – Herr Lauinger hat es ja vorhin gesagt –, dauert es eben trotzdem mitunter zwei Stunden, die die Flüchtlinge auf das Essen warten. Das ist eine Situation, die uns so nicht befriedigen kann und deswegen wollen wir sie verbessern und da legen wir auch selbst den Finger in die Wunde. Ich habe selten eine Landesregierung erlebt, die so viel vor Ort war wie diese Landesregierung. Ich bin wirklich froh, hier in Thüringen zu sein, wo Rot-Rot-Grün regiert, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin auch froh, dass es heute diesen Antrag gibt, der nicht nur eine gute Alternative zum Antrag der CDU darstellt, sondern der vor allem deutlich macht, was wir nicht mitmachen werden. Wir werden uns nämlich nicht diesem verschwörungstheoretisch-rassistischen Gesamtmachwerk einer AfD näher widmen, das wirklich jeglicher Beschreibung spottet, insbesondere nach dem Redebeitrag von

(Abg. Rothe-Beinlich)

Herrn Höcke. Das muss ich jetzt hier einmal so sagen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht uns um Menschen, es geht uns um Flüchtlinge und die sind weder eine Bedrohung noch ein Wahnsinn, sondern es sind Menschen. Deshalb sage ich es noch einmal: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt, egal woher Menschen kommen und egal wohin sie gegebenenfalls auch wieder gehen. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Vielen Dank, Frau Rothe-Beinlich. Das Wort hat nun Abgeordneter Höcke für die Fraktion der AfD.

Abgeordneter Höcke, AfD:

Sehr verehrter Herr Präsident, sehr verehrte Kollegen Abgeordnete, sehr verehrte Gäste auf der Tribüne, „Realität trifft Ideologie“ – ich glaube, das ist die Überschrift für die heutige Landtagssitzung. Wenn ich mir die expliziten und impliziten Kriterien jetzt noch mal vor mein geistiges Auge ziehe, die von links, von dunkelrot, von hellrot und von grün heute in dieser Plenardebatte genannt worden sind, die anscheinend ausreichen sollen, damit man in Deutschland Asyl beantragen kann und auch einen legalen Aufenthaltsstatus in Deutschland eingeräumt bekommt, dann kann ich da nur von Realitätsverweigerung reden.

(Beifall AfD)

Wenn wir diese Kriterien anlegen, dann sind 6 von 7 Milliarden Menschen auf der Welt in Deutschland asylberechtigt. Das stellt eine Unmöglichkeit dar, sehr verehrte Kollegen.

(Unruhe DIE LINKE)

Sie müssen lernen, vom Ende her zu denken. Das ist ganz wichtig für die Politik. Das haben Sie als Ideologen leider noch nicht gelernt und werden das wahrscheinlich auch nicht mehr tun. Aber die Hoffnung schwindet ja immerhin zuletzt.

Vom Ende her zu denken, das heißt beispielsweise, dass wir dieses Land, dass wir die Menschen in diesem Land – und ich bin auch dankbar für die Beiträge von Herrn Fiedler und Herrn Heym, die durchaus eine große Portion gesunden Menschenverstands offenbaren, die zeigen, dass die beiden Kollegen wirklich die Ohren an den Problemen der Menschen in diesem Land haben –, dass wir diese Probleme ernst nehmen und dass die Sorgen und Nöte der Menschen ernst genommen werden. Die Thüringer und die Deutschen sind hilfsbereit, sie wollen helfen, sie sind nicht ausländerfeindlich.

Aber wir dürfen die Menschen nicht überfordern, sehr verehrte Kollegen.

(Beifall AfD)

Wenn wir heute davon reden, dass dieses Jahr 800.000, vielleicht 1 Million Menschen zu uns kommen – und wenn man die Zeitung der letzten Tage gelesen hat, da gehen viele Beobachter davon aus, dass dieser Flüchtlingszustrom in der Quantität ungebrochen die nächsten Jahre auf uns eindringen wird –, dann besteht die Gefahr, dass wir in eine desintegrierte Gesellschaft einmünden. Und eine desintegrierte Gesellschaft ist eine unfriedliche Gesellschaft. Und eine unfriedliche Gesellschaft ist eine ökonomisch nicht mehr erfolgreiche Gesellschaft. Und eine ökonomisch nicht mehr erfolgreiche Gesellschaft kann in Zukunft keine humanitäre Hilfe mehr leisten, sehr verehrte Kollegen. Denken Sie doch einfach mal vom Ende her!

(Beifall AfD)

Sie postulieren Humanität und verhindern die Humanität der Zukunft. Das ist das große Problem, dass die linken Ideologen in diesem Hohen Haus haben.

Ich möchte noch mal darauf hinweisen, dass es die AfD war, die als Erstes die Trennung von Asyl- und Einwanderungsrecht in die politische Diskussion eingespeist hat. Heute gehört es zur Standardaussage sämtlicher Politiker der Altparteien, dass wir ein Einwanderungsrecht brauchen. Ja, wir brauchen ein Einwanderungsrecht für eine bedarfsorientierte Einwanderung. Ja, wir brauchen es, weil das Asylrecht nicht das Einfallstor für millionenfache Zuwanderung in unsere Sozialsysteme sein darf, sehr verehrte Kollegen.

(Beifall AfD)

Unsere Sozialsysteme werden, wenn wir die Zuwanderung nicht kanalisieren, kollabieren. Das ist meine Prognose und dazu muss man kein Prophet sein. Wir werden in den nächsten zehn Jahren nicht eine Einwanderung von 1 Million Menschen im Jahr verkraften können, Menschen, die niemals in unsere Sozialsysteme eingezahlt haben, aber großzügig aus diesen Sozialsystemen versorgt werden. Ich sage noch mal ganz deutlich: Wer das Asylrecht verteidigen will – und die AfD-Fraktion steht ohne Wenn und Aber zum Asylrecht –, der muss es vor Missbrauch schützen.

(Beifall AfD)

Herr Professor Hoff, ich möchte auch noch einige Ausführungen zu Ihrem Beitrag machen, den Sie hier heute abgeliefert haben. Ich bin enttäuscht von Ihrem Beitrag. Nicht so sehr vom Inhalt, der Inhalt, den Sie hier entsprechend dargestellt haben, der war vorauszusehen. Ich bin etwas enttäuscht, weil ich Sie als Salon-Intellektuellen durchaus mit einer Gabe ...

(Abg. Höcke)

(Zwischenruf Prof. Dr. Hoff, Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei: Ach, mit mir?)

Mit Ihnen, Herr Professor Hoff – ja, Entschuldigung, habe ich vielleicht nicht deutlich genug ausgesprochen –, weil ich Ihnen durchaus zugestehen will – und davon bin ich auch überzeugt, dass Sie diese Gabe haben –, dass Sie eine differenzierte Weltwahrnehmung leisten können. Deswegen wundert es mich – ich möchte jetzt hier das Wort „betroffen“ nicht entsprechend artikulieren –, aber ich bin fast betroffen, dass Sie anscheinend, wenn es um die Person Höcke oder wenn es um andere Abgeordnete der AfD geht,

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Er ist wohl in seinem Ego verletzt?)

die hier vorn am Rednerpult stehen, zu einer differenzierten Wahrnehmung nicht mehr in der Lage sind. Ich würde mir wünschen, dass Sie dann vielleicht einfach mal Ihre ideologischen Ohrstöpsel rausholen, die Sie anscheinend vor meinem Redebeitrag reingetan haben, um die Gehörgänge zu schließen, und mir zuhören, was ich Ihnen und auch allen anderen sage. Was Sie hier abgeliefert haben als Nachgang zu meiner Rede, das war kruder Unfug, Herr Professor Hoff. Es steht Ihnen nicht gut zu Gesicht als kluger und gebildeter Mann, der Sie ohne Zweifel sind. Ich gehe überhaupt nicht konform mit Ihrer politischen Positionierung.

(Heiterkeit DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Können Sie Ihre persönliche Polemik nicht woanders ausleben?)

Ich habe einiges von Ihnen gelesen, was Sie in den letzten Jahren geschrieben haben. Wie gesagt, von daher kann ich zu dem Urteil kommen, dass Sie sicherlich ein kluger und gebildeter Mann sind, auch wenn Ihre Schlüsse, die Sie ziehen, in meinen Augen falsch sind. Aber das ist natürlich auch vollkommen legitim. Deswegen kann ich das nicht verstehen, dass Sie hier oben und hier vorn diesen Redebeitrag in meine Richtung abgeliefert haben.

Ich möchte noch mal kurz auf meine Äußerung bezüglich der USA eingehen. Ich habe kein Feindbild, was die USA angeht, aber ich mache mir Gedanken über eine gerechte Weltordnung, ja. Ich glaube nicht, dass die Weltordnung so, wie wir sie heute vorfinden, eine gerechte Weltordnung ist, sehr verehrte Kollegen. Ich glaube, dass das Democracy-Building, das die USA betreiben, oftmals nicht zielführend ist. Ich glaube, dass in der Außenpolitik der USA, die wirklich manchmal von Sendungsbewusstsein getragen zu sein scheint, viele Fluchtursachen verborgen liegen. Ja, das glaube ich. Aber ich habe meine Redeausführungen – hätten Sie mir zugehört, dann hätten Sie das auch vernommen – in diesen Passagen im Konjunktiv formuliert. Ich

kann Ihnen das Ganze noch mal kurz aus meinem Redemanuskript ins Bewusstsein rufen.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh nein, muss nicht sein!)

Das ist eine ganz kleine Passage, entspannen Sie sich. Nach dem Sermon, den Frau Rothe-Beinlich hier abgesondert hat, werden Sie das auch noch ertragen. Ich weiß, dass das gesprochene Wort gilt, trotzdem denke ich, dass das ungefähr das ist – wir können es dann im Protokoll noch mal nachlesen –, was ich gesagt habe. Ich habe gesagt: Ob es sich bei den enorm anschwellenden Flüchtlingsströmen um ein gezieltes Komplott der USA handelt, um Europa zu schwächen, wie es in der „Thüringer Allgemeinen“ vom 11. August 2015 gemutmaßt wurde, muss noch überprüft werden, Herr Professor Hoff. Wenn es so wäre – Konjunktiv, nicht Indikativ – und die USA Schlepper bezahlte, um Flüchtlinge nach Europa zu locken, dann stellte das den NSA-Skandal weit in den Schatten. Und das wäre dann tatsächlich ein feindseliger Akt. – Aber wie gesagt, wir gucken dann zusammen noch mal das Protokoll durch und vergewissern uns. Ich möchte Ihnen auch noch mal die Passage aus der „Thüringer Allgemeinen“ vom 11.08. vorlesen. Der Artikel war relativ umfangreich für die „Thüringer Allgemeine“ – Artikel auf Seite 2: „Immer wieder kommt die Frage auf den Tisch, warum sich Hunderttausende seit dem Frühjahr scheinbar wie auf Kommando in Bewegung setzen, obwohl Bürgerkriege und Armut ihre Heimat schon viele Jahre beuteln. Kanjiza-Gemeindevorsteher Lacko sieht ein Komplott der USA, die Europa schwächen wollten. Es handele sich um eine ‚bestens organisierte Flucht‘. Die verschiedenen Nationen würden von ‚Anführern in speziellen T-Shirts‘ geführt. Geld sei reichlich vorhanden und werde über Western-Union organisiert.“ „Thüringer Allgemeine“ – 11. August 2015.

Das habe ich hier thematisiert, weil wir hier tatsächlich im Bereich der Fluchtgründe sind. Wenn wir als thüringische Politiker und als deutsche Politiker nicht endlich mal die Symptompolitik dieser Zeit überwinden und zu den Gründen dieser globalen Wanderungsbewegung vordringen, dann haben wir keine Chance auf eine nachhaltige politische Lösung dieser Krise. Dann wird diese politische Krise zu Ergebnissen führen, die wir uns alle nicht wünschen, sehr verehrte Kollegen.

(Beifall AfD)

Frau Rothe-Beinlich hat ja heute wieder Äpfel mit Birnen verglichen. Auch dazu möchte ich noch mal einige Worte verlieren, wenn sie auf die hohen Flüchtlingszahlen im Libanon und anderen Anrainerstaaten, den Konflikt in Syrien und im Iran zu sprechen kam. Frau Rothe-Beinlich, ja, das sind die Nachbarländer. Oftmals gibt es sogar verwandtschaftliche Beziehungen über die Grenzen hinweg. Das sind die Kulturräume, aus denen die Menschen

(Abg. Höcke)

kommen und in denen sie verständlicherweise auch bleiben wollen. Sie können doch nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Deswegen sagt die AfD: Natürlich brauchen wir humanitäre Hilfe. Aber wir brauchen sie in erster Linie vor Ort in den Kulturräumen, wo die Konflikte entstanden sind und wo diese Konflikte auch wieder überwunden werden müssen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Präsident Carius:

Vielen Dank, Herr Höcke. Nun hat das Wort die Abgeordnete Berninger für die Fraktion Die Linke.

Abgeordnete Berninger, DIE LINKE:

Ich fühle mich noch mal motiviert durch die Ausführungen des Herrn Fiedler, hier nach vorn zu kommen, auch wenn er jetzt nicht im Raum ist. Ich denke, er kann mich hören. Herr Fiedler, Sie entlarven sich immer so herrlich selbst. Sie haben in Ihrer fast Zwiesprache mit dem Innenminister von Instrumenten gesprochen, die der Innenminister einsetzen sollte, Instrumente gegen die Linke. Das ist genau das, was am Wochenende in Heidenau zu erleben war, meine Damen und Herren, dass Nazis und Rassisten fast unbehelligt und ungehindert von der Polizei aufmarschieren und ihre Hetze gegen die Flüchtlinge rausbrüllen dürfen usw., eine antifaschistische Gegendemo sich formiert, plötzlich ein massives Polizeiaufgebot – drei Hundertschaften, zwei Wasserwerfer – zur Stelle ist und die Menschen mit Schlagstock- und Pfeffersprayeinsatz daran gehindert werden, den Nazis Gesicht zu zeigen. Das, meine Damen und Herren, sollte kein Vorbild für die Thüringer Innenpolitik sein.

(Beifall DIE LINKE)

Wenn Herr Fiedler Frau Rothe-Beinlich, Katharina König, mich und ich weiß jetzt nicht, wen noch alles, als sogenannte Gutmenschen diskreditiert, dann diskreditiert er in erster Linie sich selbst dadurch, dass er diesen Ausdruck benutzt.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und er hat mich aufgefordert, doch mal in Thüringen anzukommen und den Menschen aufs Maul zu schauen. Was meinen Sie, was ich Tag für Tag mache? Was denkt Herr Fiedler, wo ich lebe? Ich lebe in Thüringen, ich habe Tag für Tag Kontakt mit Menschen, nicht nur mit Linken, sondern auch an Stammtischen beispielsweise. Ich sehe den Menschen aufs Maul. Aber den Menschen aufs Maul schauen heißt nicht, den Leuten nach dem Mund zu reden. Den Menschen aufs Maul schauen heißt, zu sehen, was sie sagen, wie sie argumentieren, welchen Vorurteilen und Lügen sie auch aufsitzen, und dann zu versuchen, für eine menschenrechts-

orientierte Flüchtlingspolitik zu werben und mit Argumenten falsche Vorurteile zu entkräften, die gern immer mal wieder von den sogenannten Asylkritikern polemisch genutzt werden und die manche Leute, denen wir aufs Maul schauen sollen, auch kritiklos glauben. Das sind beispielsweise rassistisch motivierte Lügen, denen wir widersprechen sollten, wie zum Beispiel: Flüchtlinge würden leichtfertig und feige ihre Familien zu Hause im Stich lassen und sich allein auf die Wege machen; Flüchtlinge bekämen hier ein Begrüßungsgeld und alles sonst wo hineingeschoben. Das ist das, was man hört, wenn man den Menschen aufs Maul schaut. Das ist das, wo wir ganz deutlich widersprechen müssen und ganz deutlich und sachlich argumentieren müssen, nicht den Menschen nach dem Mund reden, sondern für menschenrechtsorientierte Aufnahme und Annahme von Menschen, die zu uns kommen, werben.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Vielen Dank, Frau Berninger. Das Wort hat nun Abgeordneter Henke für die Fraktion der AfD.

Abgeordneter Henke, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, werte Abgeordnete, werte Gäste! Diese scheinheilige Diskussion, die wir heute führen müssen, entsetzt mich zutiefst. Ich reflektiere die letzte Woche, die mir persönlich passiert ist. Am Sonntag war ich bei meinen Eltern in Apolda in einer Stadtsiedlung, genannt Negerdorf. Da bin ich bei meinen Eltern nachmittags heraus und fünf Neubürger haben mich auf dem Grundstück meiner Eltern begrüßt und hatten dort unaufgefordert die Türen geöffnet. Ohne Wertung. Montag bin ich in mein Büro nach Eisenberg, da fand eine Thügida-Veranstaltung statt. Ich wundere mich bei diesen Veranstaltungen immer wieder, dass dort die gleichen Leute aufschlagen, nur nicht die Leute aus der jeweiligen Stadt. Das entsetzt mich eigentlich zutiefst. Hier wird Stimmung gemacht auf Kosten der Bürger vor Ort und man stellt sich hier her und versucht, uns diesen Apfel anzuhängen. Das ist nicht in Ordnung. Am Dienstag bin ich hier in den Landtag gefahren und musste verkehrsbedingt an einer Kreuzung halten vor dem ersten Kreisel in Eisenberg. Drei Neubürger versuchten unaufgefordert, sich in mein Auto zu setzen. Die hatten mich wahrscheinlich mit einem Taxi verwechselt, aber das kann ja in Deutschland passieren. Ich wundere mich immer mehr, wie Sie sich hier herstellen und sagen können, alles ist gut und alles ist schön. Diese Wahrnehmung haben auch andere Bürger hier in Deutschland und in Thüringen. Diese Übergriffe werden immer mehr überhandnehmen und Sie sind die Schuldigen. Sie machen Tür und

(Abg. Henke)

Tor auf für all diese Leute, die sich ungefragt nehmen, was ihnen nicht gehört. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Präsident Carius:

Vielen Dank, Herr Henke. Das Wort hat nun Abgeordneter Kobelt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Abgeordneter Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Herrgott und Herr Mohring haben heute beide mit stolzer Brust auch den angeblichen Containercoup ihrer Landrätin Frau Schweinsburg hervorgehoben. Erlauben Sie mir kurz, diese Containerlegende mit Fakten etwas klarzustellen, weil sie auch ein bisschen etwas über die Problematik der Unterbringung in den Kommunen sagt.

Sehr geehrte Damen und Herren, das ist keine Frage, Landkreise und Kommunen brauchen bei der Unterbringung von Flüchtlingen viel Engagement mit Wohnungsgesellschaften, Vermietern und Kommunikation auch mit ihren eigenen Liegenschaftsabteilungen. Das wird von vielen Bürgermeistern und Landräten mit viel Engagement und Einsatz hervorragend und vorbildlich bewerkstelligt. Aber gerade Landkreise mit hohem Leerstand müssen die leer stehenden Wohnungen auch bereitstellen. Zum Beispiel hat der Landkreis Greiz mit 9 bis 10 Prozent Leerstand leider mit steigender Tendenz noch ungenutzte, sehr große Potenziale. Im Landkreis Greiz beträgt laut letztem Mietspiegel die Durchschnittsmiete zwischen 4,22 Euro und 4,57 Euro. Wenn Frau Schweinsburg nun bei 10 Prozent Leerstand mehr als 20 Euro pro Quadratmeter für Containerlösungen ausgibt, obwohl der Leerstand wirklich sehr groß ist in den bestehenden Wohnungen, dann ist das kein Containercoup, wie uns heute Herr Mohring weismachen wollte, sondern eine Verweigerung der Bereitstellung von bestehenden leer stehenden Wohnungen und somit auch von Integration von Flüchtlingen in die bestehende Wohnungslandschaft.

(Beifall DIE LINKE)

Wenn man dann von Frau Schweinsburg ständig hört, im Landkreis Greiz gibt es keine geeigneten Wohnungen für Flüchtlinge, obwohl 10 Prozent der Wohnungen leer stehen, dann scheint es schon so, dass die Landrätin bei der Findung von Wohnungen für Flüchtlinge auf der Bremse steht, aber gleichzeitig versucht, mit lauter Sirene die Landesregierung vor sich herzutreiben und auch für die CDU – man muss es leider so deutlich sagen – politisches Kapital daraus schlagen möchte. Das bringt aber der menschenwürdigen Unterbringung von Flüchtlingen nichts.

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Sie reden Unsinn! Frau Schweinsburg tut mehr als andere für die Unterbringung von Flüchtlingen! Reden Sie doch nicht so einen Scheiß hier vorn!)

Präsident Carius:

Herr Kollege Emde, ich bitte Sie, Ihre Wortwahl zu zügeln.

Abgeordneter Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ich wünsche mir sehr, dass sich über Parteigrenzen hinweg neben der Landesregierung gerade die Landkreise und Kommunen mit hohem Leerstand stärker daran beteiligen, in einer Unterbringungsnotlage, die auch in den nächsten Wochen und Monaten erst auf die Kommunen zukommen wird, sich so beteiligen, dass der Leerstand genutzt und diese Notsituation gelöst wird. Das – denke ich – sollten wir über Parteigrenzen hinweg machen, nicht nur im Landtag, sondern auch in den Kommunen und in den Landkreisen. Da braucht es meiner Meinung nach eine stärkere Zusammenarbeit. Danke.

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Dann kommen Sie doch vor Ort, um die Situation zu begreifen!)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Vielen Dank, Herr Kobelt. Aus den Reihen der Abgeordneten liegen mir nunmehr keine weiteren Wortmeldungen vor, sodass ich dem Ministerpräsidenten Herrn Ramelow das Wort gebe.

Ramelow, Ministerpräsident:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Intensität und die Aufmerksamkeit der gesamten Debatte zeigen, wie dringend notwendig mehr Debatte, mehr Diskussion und mehr Information über ein Thema sind, das uns alle umtreibt. Ich sage, es ist das gute Recht der Opposition, eine Landtagssondersitzung zu beantragen. Bis auf wenige Minuten habe ich hier eine spannende Debatte, wichtige Debatte und eine informative Debatte gehört – ich glaube, eine Debatte, die uns dann am Ende weiterbringt, wenn wir das gemeinsame Gefühl entwickeln, dass wir das, was wir als Aufgabe vor uns stehen haben, auch gemeinsam lösen.

Um aber noch mal darauf einzugehen, lieber Herr Mohring, als Fraktionsvorsitzender und CDU-Vorsitzender: Die Zahlen, Daten und Fakten sollten wir uns wechselseitig nicht absprechen, weil die uns bewegen, und zwar in allen Bundesländern, der Bundesregierung und damit in den verantwortungs-

(Ministerpräsident Ramelow)

tragenden Stellen alle diejenigen, die in Deutschland in den Regierungen zurzeit Verantwortung haben. Zum Jahreswechsel hatten wir offiziell eine Flüchtlingsanmeldezahl von 200.000 Flüchtlingen. Wir haben diese Zahl im ersten Halbjahr von der Bundesregierung auf 450.000 erhöht bekommen. Jetzt erst – Ende Juli – ist die Zahl auf 800.000 hochgesetzt worden. Jetzt kann man sagen, das hat mir auch Frau Schweinsburg am Telefon gesagt, ja, aber Herr Ministerpräsident, die Zahlen waren doch vorher deutlich erkennbar, dass sie höher sind.

(Zwischenruf Abg. Schulze, CDU: Ja, das hätten Sie wissen müssen, Herr Ministerpräsident!)

Das mag so sein, aber die Verantwortlichen in diesem Land müssen sich schon wechselseitig auf die Zahlen verlassen können. Wenn die Zahlen einfach nur nach politischem Gutdünken zugerufen werden, dann darf man sich nicht wundern, wenn die Lösungsansätze damit falsch sind. Warum sage ich das? Weil ich Ihnen nicht vorhalte, dass in der letzten Legislatur die zuständigen Stellen für die Aufnahmebearbeitung deutlich gesenkt worden sind – einstmals 83 Bedienstetenposten im Landesverwaltungsamt und im Ministerium herunterreduziert auf 36, weil die Anzahlen gesunken sind. Auf die Frage, ab wann hat man erkennen können, wann es wieder steigt, kann ich nur erinnern, liebe Kolleginnen und Kollegen, und will auf die Zeit vor genau einem Jahr zurückgehen, vor einem Jahr hatte Innenminister Geibert aus ähnlicher Situation, aber viel kleineren Zahlen – damals waren die Zahlen deutlich kleiner, aber sie waren schon genauso kompliziert –, eine Kommission eingesetzt bzw. einen Auftrag ausgelöst, weitere Erstaufnahmekapazitäten zu binden. Ich erinnere mich, dass Beichlingen dann auf einmal auf dieser Liste erschien. Die Pfarrersfamilie in Beichlingen wurde in ihrer Gemeinde heftig angegriffen, weil beide, sie und er, öffentlich gesagt haben, wir müssen mit Flüchtlingen anders umgehen. Dann habe ich mit der Ministerpräsidentin telefoniert und gesagt, wir als Opposition werden das begleiten. Wir werden das Thema nicht nutzen, um auf diesem Thema politisches Getöse zu machen, weil es kompliziert genug ist, wie die Entscheidung am Ende zu treffen ist. Dann kam der Rückruf von Jörg Geibert, er fährt hin, er wird mit den Einwohnern reden. Es hat eine Bürgerversammlung gegeben, es ist ein bisschen runtergekocht worden, was ich in Ordnung fand. Er kündigte mir an, dass in Suhl auf dem Friedberg ein Ausweichquartier für ein paar Wochen gefunden wurde. Damals war die Rede von ein paar Wochen und wir redeten damals von nicht einmal 200 Menschen, die nach Suhl sollten. Klaus Lamprecht, der Bürgermeister von Suhl, der unser Parteibuch hat, rief mich dann an und sagte, gerade eben ist der erste Bus vorgefahren. Daraufhin habe ich Jörg

Geibert angerufen und gesagt, wir brauchen dringend Hilfe. Ich erwähne das deshalb, weil wir schon im vergangenen Jahr wussten, wir werden mit der Situation nur gemeinsam klarkommen. Es geht nicht darum, wer wem den Schwarzen Peter in die Schuhe schiebt, weil es in dieser Situation so ist, dass unsere Vorschriften und alle Verfahren und DIN-Normen und Zuständigkeiten und was nicht alles so geregelt sind, als ob wir eine geringe Anzahl von Neubürgern oder Flüchtlingen oder Asylsuchenden hätten und auf diese geringe Zahl richtet sich das ganze System aus. Deswegen, ja, meine Damen und Herren, Sie haben mich richtig zitiert, dass ich von der Überforderung der Landesregierung gesprochen habe, aber ich habe nicht von der Überforderung dieser Landesregierung gesprochen.

(Zwischenruf Abg. Brandner, AfD: Der Sächsischen Landesregierung oder was?)

Nein, Sie sollten sich das Sommerinterview anhören und nicht die Schlagzeile lesen, Herr Mohring. Sie machen den Fehler, einfach nur die Schlagzeile zu lesen.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Sie haben von Ihrer Überforderung gesprochen!)

Von unserer! Ja, wenn Sie sich da herausnehmen, Entschuldigung, ist das Ihr Problem, aber nicht meins, sondern das macht dann die geistige Haltung deutlich.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe von unserer Überforderung gesprochen und ich habe davon gesprochen, dass wir permanent vom Bund nach Königsteiner Schlüssel Nacht für Nacht die Busse hergeschickt bekommen. Es ist keine freie Entscheidung von irgendeinem Mitglied der Landesregierung, ob wir so viele oder so viele oder so viele bekommen. Es ist auch keine Entscheidung, ob wir diese Ethnie, jene Ethnie, diese Landsmannschaft oder jene Landsmannschaft bekommen. Darf ich daran erinnern, dass es nach Königsteiner Schlüssel einfach einen Verteilmechanismus gibt, der automatisch läuft? So, wie wir die Busse bekommen, geben wir die Busse, wenn wir es irgendwie können, an die Landkreise weiter und die Überforderung setzt sich fort. Und ich spreche bewusst von der Überforderung, weil Sie sich dann zurücklehnen und sagen können, ich bin daran ja nicht beteiligt, aber es ist die Bundesrepublik Deutschland insgesamt beteiligt.

Noch mal, Herr Mohring, damit Sie es noch mal nachvollziehen können: Ende letzten Jahres waren 200.000 Flüchtlinge gemeldet.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Das wissen wir!)

(Ministerpräsident Ramelow)

Das nehmen Sie nur nicht zur Kenntnis. Sie blenden die Realität einfach aus, dass 800.000 eine Vervielfachung der Herausforderung ist. Schon bei 200.000 im vergangenen Jahr lag der Haushaltsansatz der letzten Landesregierung bei 25 Millionen Euro. Den haben wir dann am Anfang, als wir ins Amt gekommen sind, auf 45 Millionen erhöht. Da hat Dieter Lauinger in der Kabinettsitzung gesagt, das wird alles nicht reichen, aber da hat er noch gedacht, das geht bei 75 Millionen aus. Da haben wir schon geschluckt im Kabinett. Jetzt wissen wir, die 75 Millionen, die wir in den Haushalt geschrieben haben, reichen nicht hinten und nicht vorne, es wird sich in Richtung 100 Millionen steigern. Wir werden durch die 100-Millionen-Grenze durchgehen und, um es klar zu sagen, wir werden wahrscheinlich auch in Richtung 160 Millionen kommen, wenn wir keine Verteilung der Geldmittel und der Kofinanzierung durch den Bund bekommen. In diesem Zusammenhang sind die unbegleiteten Jugendlichen noch gar nicht dabei. Die werden sich mit bis zu 60 Millionen noch dazu auswirken, weil wir, Entschuldigung, meine Damen und Herren, Bundesrecht einzuhalten haben. Es ist nicht die freie Entscheidung der zuständigen Ministerin, ob sie es so oder so macht. Es ist die Vorgabe des Bundesgesetzgebers.

Wenn Sie also möchten, dass sich an diesen Verfahrenswegen etwas ändert, dann müssen wir die bürokratischen Verfahrenswege ändern. Dann müssen wir auch die Zuständigkeiten ändern.

(Beifall DIE LINKE)

Um es klar zu sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben, als wir ins Amt gekommen sind, 450 reguläre Plätze in der Erstaufnahme vorgefunden. Wir reden nämlich tatsächlich von der Erstaufnahme und ich bedauere, dass wir zurzeit immer die Vermischung haben zwischen Erstaufnahme und dezentraler Unterbringung. Wir hatten, lieber Herr Geibert, offiziell 450 Plätze in Eisenberg.

(Zwischenruf Abg. Geibert, CDU: 521 allein in Eisenberg!)

Aber ausgelegt ist Eisenberg nur auf 450, war längst überfordert, längst überlastet. Sehen Sie, das ist die Haltung! Als wir als Opposition gesagt haben, dass Eisenberg überlastet ist, haben Sie gesagt, nein, Eisenberg ist nicht überlastet. Ich referiere einfach nur den offiziellen gesetzlichen Teil, den wir vorgefunden haben. Suhl war nur als Ausnahme geregelt und sollte nur vorübergehend sein. Ihr Staatssekretär Rieder ist dann hingefahren und ich habe dann noch einmal angerufen und habe gesagt, das geht so nicht, wir müssen andere Maßnahmen ergreifen, um Suhl ordentlich zu begleiten. Aber da sind wir immer noch nach Ihrer Information von einer vorübergehenden Belegung ausgegangen. Wenn ich mir ansehe – und da stimme ich Herrn Mohring zu – im Haus 19

in der vierten Etage, dass da keine einzige Tür mehr vor den Zimmern und in den Duschräumen keinerlei Duschtrennung ist, da kann ich nur sagen, das ist ein unerträglicher Zustand. Das habe ich am Freitag vor drei Wochen gesagt, und ich habe angeordnet, dass diese Etage geschlossen wird. Sie war am nächsten Tag geräumt und ist seitdem in der Umbaumaßnahme. Offenkundig, lieber Herr Mohring, haben Sie gehört, was ich gesagt habe. Sie haben aber nicht zur Kenntnis genommen, dass die Etage 4 im Haus 19 längst geräumt ist.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Nein, die Etage, die ich meine, ist nicht geräumt! Da wohnen Menschen! Vielleicht fahren Sie mal hin und schauen sich das an!)

Entschuldigung, ich war gerade erst wieder dort. Im Gegensatz zu Ihnen bin ich jetzt mehrfach dort gewesen. Ich rede vom Haus 19, vierte Etage. Dort waren die Zustände, die Sie gerade wiederholt haben. Daraufhin ist angeordnet worden, diese Etage sofort zu räumen.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Nach vier Monaten!)

Wissen Sie, Herr Mohring, wenn ich denn das Objekt übernommen hätte mit einer zukunftsgerichteten Strategie und mit einer Betreiberstrategie und mit Genehmigung und der Baugenehmigung und der feuerpolizeilichen Abnahme, wenn ich das Objekt so von Herrn Geibert übernommen hätte, würde ich sagen, dann verstehe ich die Kritik, dann hätten wir es nämlich runtergewirtschaftet. So war es nicht. Bis heute hat es keine feuerpolizeiliche Endabnahme gegeben, bis jetzt hat es nur eine Duldung ...

(Zwischenruf Abg. Geibert, CDU: Im Gegensatz zu heute waren die Zustände menschenwürdig!)

Lieber Herr Geibert, ich referiere nur. Offenkundig möchten Sie den Teil Ihrer Realitäten gar nicht mit in der Debatte hören, sondern Sie möchten einfach sagen,

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

in den sieben, acht Monaten ist das alles erst passiert. Nein! Es war alles vorhanden. Und die Umstände – und deswegen versuche ich doch auch ausdrücklich, auf Sie einzugehen und zu sagen, ich halte es Ihnen nicht vor, aber ich würde darum bitten, dass Sie es uns auch nicht vorhalten, sondern dass wir gemeinsam sagen, wie wir es Stück für Stück lösen, wie wir die Problemfälle auflösen. Wir haben mit 450 regulären Plätzen angefangen, wir haben auf 1.500 im Januar gesteigert. Wir haben auf 3.000 jetzt zum ersten Halbjahr hochfahren wollen und wir hatten dann von Dieter Lauinger schon die Ankündigung, eine Reserve von 1.000 aufzu-

(Ministerpräsident Ramelow)

bauen. Und da haben wir immer noch gedacht, dass wir damit ausreichend Kapazität haben, um den Landkreisen den Druck an den Wochenenden zu nehmen. Das ist die Verzehnfachung der Plätze. Im Moment sind wir in einer Situation wie bei dem Hase-und-Igel-Spiel: Immer wenn wir glauben, wir sind kurz davor, wieder die nächste Station zu haben, kommt der nächste Bus oder die nächste Situation – wenn Windpocken ausbrechen, darf aus diesem Zentrum niemand mehr rausgetan werden, weil die deutschen Hygienevorschriften so sind. Und das Ergebnis ist, dass die weitere Verteilung, wie sie vorgesehen war, schon wieder blockiert ist. Das ist die Realität, mit der wir uns auseinanderzusetzen haben, wenn wir über die Erstaufnahme sprechen.

Aber ich würde auch noch mal ganz gern auf die Frage eingehen, warum ich jedes Mal davon spreche, dass der Bund in der Verantwortung steht. Sie nennen das dann, ich würde mich aus der Verantwortung stehlen, ich würde immer nach dem Bund schreien. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das gesamte Asylverfahren ist ausschließlich Bundesangelegenheit. Ich wundere mich, dass das für Sie eine Neuigkeit ist. Die Entscheidung über einen Asylantrag hat keine Landesbehörde zu treffen, das ist ausschließlich eine Bundesangelegenheit. Und, meine Damen und Herren, wir könnten es uns viel einfacher machen und wir könnten uns viel besser auf Integrationsarbeit konzentrieren, wenn alle Erstaufnahmeplätze vom Bund übernommen werden würden.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Das ist die einzige Konsequenz, die man richtigerweise treffen kann, weil der Bund auch in der Lage ist, mit allen anderen administrativen Konsequenzen daraus zu verfahren. Wenn dann Herr Mohring davon redet, dass wir innerhalb dieses Jahres und nächsten Jahres 26 Millionen vom Bund bekommen, die wir den Kommunen böswilligerweise nicht geben, darf ich nur sagen, dass das ein Märchen ist, das ist eine Legende. Es ist der Fluthilfefonds, es ist kein einziger Cent neues Geld, den der Bund zur Verfügung stellt. Es ist der Fluthilfefonds 2015.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Die Hälfte des Fluthilfefonds!)

Nein, es ist der ganze Fluthilfefonds. Wissen Sie, Herr Mohring, die Erde ist keine Scheibe und das angekündigte Geld ist der Fluthilfefonds. Der Fluthilfefonds beträgt 1 Milliarde und der sollte in zwei Tranchen à 500 Millionen Euro ausgezahlt werden, dieses Jahr die ersten 500 Millionen, nächstes Jahr die zweiten 500 Millionen Euro. Das sind pro Jahr für uns nach Königsteiner Schlüssel 13 Millionen Euro. Das ist das ganze Geld, das der Bund zur Verfügung stellen wollte. Dann gehört zur Wahrheit dazu, da es keine Neuverteilung war, dass der Fluthilfefonds zur Hälfte vom Land selbst

bezahlt werden muss. Insoweit sind es einfach nicht zweimal 26 Millionen, wie Sie behaupten, sondern es sind tatsächlich einmal 26 Millionen, weil die zweite Rate von 2016 auf 2015 generös vorgezogen und es verschwiegen worden ist, dass wir die Hälfte, also 13 Millionen, selbst zu bezahlen haben. Insoweit geben wir die 13 Millionen eins zu eins und ohne jede Einschränkung weiter. Das Lauinger-Ministerium hat letzte Woche darauf hingewiesen, dass 18 Millionen zusätzliches Geld zur Verfügung gestellt werden on top auf die Pauschalierungswerte, die wir zurzeit finanzieren. Und da, meine Damen und Herren, auch die Pauschalisierungswerte, ja, wir werden sie uns angucken. Wir werden mit den Landkreisen und mit den Gemeinden und Städten darüber reden. Aber zur Wahrheit gehört auch dazu, dass das die Beschlusslage und die Rechtslage ist, die Sie geschaffen haben. Wir wenden sie immer noch an. Sie ist nicht verändert worden. Jetzt zu sagen, wir hätten dort an den Stellen einfach die Gelder eingespart oder – wie es behauptet wurde – wir hätten klebrige Finger auf dem Rücken der Kommunen, da kann ich nur sagen, so ist es nicht. Ich würde mir wünschen, der Bund würde tatsächlich mal kraftvoller nicht einfach Fluthilfegelder zur Verfügung stellen, es wäre schon total entspannend, wenn er wenigstens die Hälfte aller Kosten übernehmen würde.

(Beifall SPD)

Das wäre mal eine Größenordnung, über die man dann ernsthaft reden könnte.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen, meine Damen und Herren, habe ich nicht von der Überforderung der Landesregierung gesprochen, sondern der Überforderung des Systems, was uns permanent unter Sonderstress hält. Das führt dazu, dass wir miteinander leider zu wenig an Lösungen arbeiten. Ich bleibe dabei, Astrid Rothe-Beinlich hat das in ihrem Beitrag gesagt und die Frage aufgeworfen, wenn wir 2.160.000 Einwohner in Thüringen haben und wenn wir dann die statistischen Werte der leeren Wohnungen dazurechnen – 80.000 Wohnungen, Herr Kobelt hat es gesagt –, dann müsste es doch möglich sein, dass wir 20.000 Menschen in vernünftiger Art und Weise unterbringen und auch vor allem integrieren, also vor allem als Teil unserer Bürgergesellschaft aufnehmen und ihnen die Möglichkeit geben, dass sie ihr Lohn und Brot selbst verdienen. Deswegen, meine Damen und Herren, ist es so ein Stück weit unredlich zu sagen, die rot-rot-grüne Landesregierung macht eine Asylpolitik, bei der Abschiebungen zum politischen Kampffeld geworden sind. Ich kann Ihnen nur sagen, ich habe versucht herauszufinden, wie die Rechtslage bei Abschiebungen ist. Deswegen würde ich das ganz gern noch mal betrachten. Wenn wir das Bundesrecht der Abschie-

(Ministerpräsident Ramelow)

bung anwenden, bleibt es dabei: Die Hoheit über das Asylverfahren hat das BAMF, also die Bundesbehörde. Die muss erst einmal den Bescheid erstellen. Ohne den Bescheid, der dann an das Ausländeramt geht – und das Ausländeramt ist in der Kreisverwaltung, damit sind die Kreise in der Pflicht zu handeln, die, die uns jetzt gerade die Vorwürfe machen. Das ist so eine – wie ich finde – sehr schwierige Situation, wenn wir uns wechselseitig vorhalten, wir seien jetzt daran schuld und wir würden jetzt nicht eingreifen. Deswegen hat der Innenminister angeordnet, dass die Zentrale Abschiebestelle – so heißt die –, ZAS, den Personalbestand verdoppelt gekriegt hat. Herr Mohring, um Ihnen die Antwort darauf zu geben, die Verdopplung ist am Montag eingetreten, sie ist vorhanden. Das heißt, dort sitzen jetzt ausreichend personelle Kräfte, die dort handeln können.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Für zwei Wochen!)

Das hilft uns nur überhaupt nicht, weil die entsprechenden Kapazitäten von Flugzeugen und Sitzen in den Flugzeugen überhaupt nicht vorhanden sind, die man einleiten müsste.

Dann noch mal, meine Damen und Herren, auch da wieder die Bundesrechtslage: Es muss den abzuschiebenden Familien oder Personen mitgeteilt werden, dass sie abgeschoben werden. Es sei denn, sie hätten Gründe geliefert, dass man sie in Abschiebehafte nehmen dürfte. Die dürfen wir aber nicht in eine Thüringer Haftanstalt packen, weil das Bundesverfassungsgericht entschieden hat, dass in einem normalen Gefängnis keine Abschiebehäftlinge aufgenommen werden dürfen – alles Rechtslage.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist auch gut so!)

Deswegen habe ich in den letzten Tagen mehrfach gesagt, ich habe so das Gefühl, der eine oder andere wünscht sich mehr Polizeistaat. Wir leben aber in einem Rechtsstaat. Wenn wir in einem Rechtsstaat leben, sollten wir gemeinsam darauf achten, dass Rechte eingehalten werden, weil diese Rechte auch als Grundlage für unser gemeinsames Agieren gelten. Damit sind wir auch bei Pflichten.

Lieber Herr Mohring, ich habe nicht von der Blasphemie nach dem Vorgang Mittwochnacht allein geredet. Ich habe im gleichen Satz gesagt, wir akzeptieren weder Blasphemie noch Lynchjustiz. Weil es für mich nicht zu akzeptieren ist, dass man mit dem Knüppel in der Hand wen auch immer, einen anderen Flüchtling, einen Nachbarn, einen Polizisten im Einsatz, einen Rot-Kreuz-Sanitäter oder das MDR-Fernsehteam angreifen darf und wir dürfen dazu nicht schweigen, dürfen dazu nicht wegsehen. Selbstjustiz ist nicht zu akzeptieren. Dann

würden wir unsere Grundstrukturen unseres Landes völlig verlieren und völlig kaputtgehen lassen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber wir müssen darüber reden und deswegen habe ich das so deutlich gesagt: Wenn wir erkennen, dass bei den Flüchtlingsströmen und bei der Zusammensetzung der Busse, wie sie nach Thüringen kommen, teilweise Menschen zusammen-, aufeinander treffen, die in ihren Heimatregionen wechselseitig in Frontstellung gebracht sind und sich selbst nicht über den Weg trauen, dann müssen wir sie auch nicht am Ende noch im gleichen Objekt, im gleichen Flur oder gar im gleichen Zimmer haben. Deswegen will ich auch mal darauf hinweisen, ein Blick in unsere Nachbarregion: Das, was gerade passiert in Kobane, dass die türkische Republik, der türkische Präsident Kobane und die YPG-Kämpfer bombardieren lässt, führt dazu, dass die Flüchtlingsströme aus der Region noch stärker hierherkommen. Ein überwiegender Teil davon sind Jesiden. Das sind die friedlichsten Menschen, die ich kennengelernt habe. Diese Jesiden möchten in ihrer Heimat bleiben, die möchten ihre Heimat nicht weggenommen kriegen. Die Einzigen, die die Jesiden im Moment verteidigen, sind die YPG-Kämpfer, die dort Rojava und in ...

(Zwischenruf Prof. Dr. Hoff, Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei)

Danke für die reingereichte Information, Minister Hoff.

Die CDU in Suhl hat einen Eilantrag zur Teilschließung der Erstaufnahme Suhl gerade beim Gericht in Meiningen eingereicht. Das ist natürlich eine interessante Information, dass dann, wenn wir darüber reden, wie wir den Druck auf Eisenberg durch weitere Kapazitäten abbauen, die örtliche CDU den Eilantrag in Meiningen beim Verwaltungsgericht stellt und wir anschließend wahrscheinlich vorgehalten kriegen, dass wir Zelte aufbauen. Das ist natürlich eine Art des Umgangs miteinander, bei der ich nicht so sicher bin, ob wir wirklich gemeinsam an der Lösung der Probleme arbeiten.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will noch mal den Hinweis geben auf das, was wir im Moment gerade an Fluchtströmen haben. Eins davon ist das, was gerade in den drei Provinzen in Syrien, in Rojava, passiert. Die verteidigen gerade ihre Heimat. Das sind ganz andere Gründe, keine rassistischen Gründe, sondern das sind Menschen, die einfach zu Hause bleiben möchten. Sie werden gerade von der größten Terrororganisation der Welt, dem IS, um ihr Leben gebracht. Die Jesiden werden versklavt, jesidische Frauen werden am internationalen Sklavenmarkt derzeit für

(Ministerpräsident Ramelow)

20.000 Dollar gehandelt. Ich weiß das deshalb, weil der Zentralrat der Yeziden vor einigen Wochen bei mir zu Besuch war, ich ihn in der Staatskanzlei empfangen habe und ich mit ihm darüber geredet habe, wie wir ihnen helfen können und wie man Kobane hilft, damit dort diese Menschen bleiben können und nicht weiter auf die Fluchtwege gehen.

Deswegen in dem Zusammenhang: Ja, wir haben es im Moment mit Völkerwanderung zu tun, Völkerwanderung durch Kriege, die religiös überlagert sind. In diesem Zusammenhang sage ich aus meiner Perspektive: Ich bin froh, dass gestern der größte Kongress der Welt, der religionswissenschaftliche Kongress in Erfurt, eröffnet worden ist. 1.500 Religionswissenschaftler sind zurzeit aus der ganzen Welt in Thüringen: Chinesen, Japaner, Koreaner, Hinduisten, Buddhisten, Moslems, Juden, Christen, alle Religionen dieser Welt. Diese Wissenschaftler treffen sich gerade in Erfurt. Sie sind stolz und froh und sind begeistert. Ich habe die Stimmung gestern mitgekriegt. Aber wenn sie manches von dem hören würden, was hier diskutiert worden ist, dann gilt der Satz, den ich gestern gesagt habe: Wir brauchen mehr Wissen, wir brauchen mehr Kenntnis, um diese Dinge, die uns gerade umtreiben, besser lösen zu können. Ich will deswegen sagen, dass das, was in Suhl passiert ist, dass ein junger Afghane, der sein Leben gerettet hat, indem er nach Deutschland gekommen ist, in Thüringen untergebracht wurde. Herr Mohring sagt, er ist schon zum Christentum übergetreten. Mir ist gesagt worden, er will zum Christentum übertreten. Es ist egal, denn allein die Tatsache, dass er Christ werden will, führt in seiner eigenen Heimat dazu, dass er von der Scharia – Herr Mohring, Sie haben ja davon geredet, in Afghanistan ist die Scharia eingeführt worden, und zwar in der Zeit, als die westliche Wertegemeinschaft dort mit Militär das Kommando übernommen hat. Dann frage ich mich, was das für eine westliche Wertegemeinschaft ist, bei der am Ende ein Moslem, wenn er zum Christentum übertritt, mit dem Tod durch den Staat bedroht wird. Dieser junge Mann hat – aus welchen Gründen auch immer – gemeint, er könne den Koran zerreißen und vor den Augen der Muslime in die Toilette spülen. Das hat das ausgelöst, was wir dann alle auf erschreckende Weise sehen mussten. Ich habe mit den Polizisten geredet und gefragt, ob sie das Gefühl hatten, dass sich dort etwas aufgebaut hat. Sie haben Nein gesagt, sie hatten das Gefühl, es war eigentlich wie immer und es kam situativ aus der Situation. Deswegen habe ich davon gesprochen, wir werden weder Blasphemie, weder die Schändung des Korans noch der Bibel, noch der Thora – auch da haben wir einen guten Grund, damit sehr vorsichtig und sehr achtsam zu sein, dass religiöse Zeichen nicht geschändet werden – akzeptieren und wir werden nicht akzeptieren, dass sich Lynchjustiz ungestraft einfach Bahn brechen kann. In dem Zusammenhang wird aber auch „ab-

schieben“ gerufen. Wenn es aber Straftäter sind, meine Damen und Herren, dann haben sie erst einmal unser Strafrecht zu erleben. Dann haben sie erst einmal ins Gefängnis gebracht zu werden, wenn sie Straftäter sind und verurteilt worden sind. Das ist unser Rechtsstaat und erst danach wäre die Möglichkeit, eine Abschiebung vorzunehmen. Auch da, meine Damen und Herren, darf ich einfach darauf hinweisen, dass manche auf diesen Demonstrationen, die sich gerade in Deutschland abspielen, die hinten „gida“ heißen und sagen, sie wollen das christliche Abendland verteidigen, dass manche von denen, die da unterwegs sind, vom Christentum keine Ahnung haben. Das ist jedenfalls mein Eindruck. Wer das Christentum in den Mund nimmt und das christliche Abendland verteidigen will, der muss wissen, dass das Christentum auf dem Erlebnis von Paulus in Damaskus basiert. Dieses Erlebnis von Paulus in Damaskus ist die Grundlage unseres Glaubens. Aber in Damaskus ist gerade Krieg. In Damaskus wird gerade alles gemeuchelt. Unsere christlichen Brüder und Schwestern waren die ersten, die Palästinenser, wenn sie Glück haben, werden nur verjagt und vertrieben, und der IS versucht, alles zu zerstören, was man an kulturellem Erbe unserer Weltgeschichte sehen kann. Was in Palmyra in der letzten Woche passiert ist, ist ein unerträglicher Vorgang. Wenn das Menschen, die aus den Regionen kommen, hier in den Nachrichten hören oder über ihr Handy von zu Hause mitkriegen, dass gerade ein derartiger Frevelakt wie in Palmyra passiert ist, dass der 82-jährige Wissenschaftler das Haupt abgeschlagen kriegt und an eine Straßenlaterne gehängt wird, um damit deutlich zu machen, er sei der Vertreter des Götzendienstes, dann wird die Religion missbraucht, um damit Machtansprüche und Ansprüche auf Erdöl, auf regionale, territoriale Macht und die Infragestellung aller Grenzen mit zu organisieren. Auch da muss man unseren Natopartner Türkei mal fragen, wie es eigentlich sein kann, dass immer noch Erdöl vom IS abgekauft wird, in der Türkei in Geld umgewandelt wird und gleichzeitig Krieger des IS auf der türkischen Seite in Krankenhäusern gesundgepflegt werden. Das spielt sich alles an unserer Außengrenze ab. Das ist nicht weit weg. Palmyra ist die Wiege unserer Kultur. Das Zweistromland, Euphrat und Tigris, wer vom Christentum redet, vom christlichen Abendland, der sollte die Bibel mal nehmen und kann dort alle Orte, die uns im Moment Abend für Abend im Fernsehen gezeigt werden und Mord und Totschlag zeigen, sehen, die die Wurzeln unseres Glaubens oder dessen, was wir christliches Abendland nennen, sind. Deswegen sage ich, wir haben gute Gründe, mit diesen Flüchtlingen gemeinsam den Weg zu organisieren, ihnen deutlich zu machen, dass die Wertegemeinschaft in Deutschland das Grundgesetz, unsere Verfassung, ist. Wer sich nach den Regeln des Grundgesetzes benimmt und sich auf die Regeln des Grundge-

(Ministerpräsident Ramelow)

setzes stellt, muss unseren Schutz bekommen. Es kann keine Einordnung zwischen Menschen erster Klasse, zweiter Klasse oder dritter Klasse geben. Ein Rechtsstaat lebt davon, dass die rechtsstaatliche Zuordnung für jeden gilt.

Jetzt noch mal, lieber Herr Mohring: Sie haben das vorhin angesprochen, ich hätte mich in der Ministerpräsidentenkonferenz für Lager ausgesprochen, in denen Flüchtlinge aufgenommen werden, die anschließend nicht das Asylverfahren positiv abgeschlossen bekommen. Sie meinen damit sicherlich Albanien, Montenegro, Kosovo, Serbien, Mazedonien – das war jedenfalls mein Eindruck. Da darf ich Sie korrigieren. Ich habe mich nicht für solche Lager oder Zentren in Thüringen ausgesprochen. Auch die Landesregierung hat sich nicht dafür ausgesprochen. Ich habe lediglich einer Vereinbarung aller Ministerpräsidenten zugestimmt, dass der Bund vor der Verteilung der Flüchtlinge auf die Bundesländer selbst die Verfahren sortiert und prüft und zusagt. Das war die Vereinbarung, dass Menschen, die aus Montenegro, Albanien, Kosovo, Serbien, Mazedonien kommen, innerhalb von drei Monaten ihr Verfahren abgeschlossen haben. So war die Vereinbarung. Herr de Maizière nannte das die vier Clusterzentren, Sie können ihn ja nachher noch mal fragen. Diesem Protokoll oder dieser gemeinsamen Übereinkunft habe ich zugestimmt, weil ich der festen Überzeugung bin, dass wir den Menschen aus diesen Ländern Arbeitsvisa, Arbeitserlaubnisse erteilen müssten. Denn, meine Damen und Herren, wir reden über die Staaten am Rande von Europa, über die im Moment auf dem Landweg die größten Flüchtlingsströme kommen. Wie wollen wir denn von Montenegro erwarten und verlangen, dass sie unsere Außengrenze abriegeln, wenn wir ihnen gleichzeitig sagen, ihr seid aber ein Failed State und wir trauen euch ansonsten nicht über den Weg? Deswegen müssen wir uns entscheiden, was wir eigentlich wollen. Ich bin da auch nicht der Meinung, dass wir es akzeptieren sollten, was in Albanien oder im Kosovo los ist. Das ist nicht zu akzeptieren. Aber die Aufgabenstellung, die wir haben, ist nicht, dem kosovarischen Menschen zu sagen, du bist hier unerwünscht, geh zurück. Sondern wir müssen dem Kosovo sagen, dem Land, dem Staat Albanien sagen, wir sind bereit, mit euch partnerschaftlich eine Stabilität in euren Ländern aufzubauen und diejenigen, die dafür Ausbildung und berufsbegleitende Maßnahmen brauchen, bilden wir gern aus, und wir helfen, den Veränderungsprozess in den Heimatstaaten selbst kraftvoller anzulegen.

Da, meine Damen und Herren, bleibe ich mir treu: Ich habe immer gesagt, das ist Außenpolitik, das kann nur der Bund selbst machen. Deswegen war ich einverstanden, dass die vier Clusterzentren gebildet werden, wenn der Bund selbst die Verantwortung übernimmt, weil wir uns dann auf das konzentrieren können, was ich mir eigentlich am meisten

wünschen würde: Eine deutlichere Debatte, wie wir in diesem Bundesland Bürger, die aus welchen Gründen auch immer aus ihrer Heimat gekommen sind, aber hier sind, da sind, bei uns sind, unter uns sind, die wir als Teil unserer bürgerlichen Gesellschaft mit einladen wollen, dieses Land weiter voranzubringen. Da sind vorhin ja ein paar Zahlen genannt worden. Aktuell haben wir 5.000 Ausbildungsplätze leer. Diese Ausbildungsplätze stehen zur Verfügung. Die Industrie- und Handelskammern und die Handwerkskammern, die ich dafür ausdrücklich loben will, sind diejenigen, die im Moment ganz deutlich sagen: Helft uns, wie wir junge Menschen ansprechen können, damit sie in unsere Berufsbildungszentren kommen, indem sie in unsere Betriebe kommen. Das war, lieber Herr Heym, damals meine Debatte zu Rohr – nicht Kinder nach Rohr schicken, sondern Auszubildende nach Rohr schicken. Die Leitung von Rohr hat selbst den Antrag gestellt. Deswegen ist es gut und richtig, dass wir jetzt in Rohr angefangen haben, die erste solcher Maßnahmen zu ergreifen. Die IHK in Erfurt hat ein ganzes Zentrum dafür, einen ganzen Stab eingerichtet, der nur damit beschäftigt ist, jungen Leuten, die Lust haben, Interesse haben, in einen Betrieb zu kommen, zu begleiten. Wir müssen uns mit Berufsschulen und mit Berufspraktika aufstellen, um denen die Neugier zu wecken. Da sagen uns die Betriebe: Bleiben die denn dann, wenn die ausgebildet sind? Da sage ich, dafür müssen wir sorgen, statt darüber zu debattieren, dass die, die da sind, möglicherweise, die einen sind gewünschter und die anderen sind ungewünschter. Nein, diese Menschen sind Menschen und diese Menschen sind unter uns und mit diesen Menschen sollten wir miteinander, deutlicher und schneller arbeiten. Ich bin bei Ihnen allen, die sagen, die Verfahren, die Prüfverfahren von acht Monaten sind unerträglich. Das ist in der Tat eine der schwierigsten Situationen. Der Durchschnitt in Suhl ist derzeit acht Monate Verfahrenslaufzeit. Das ist durch nichts zu akzeptieren.

(Beifall SPD)

Meine Damen und Herren, unsere Landesregierung hat dem Bundesamt für Migration angeboten, dass wir Beamte reaktivieren, also pensionierte Beamte ansprechen, einladen, ob sie sich vorübergehend mit einbringen, also wir haben Bedienstete, die Pensionäre sind, die bereit sind, so etwas mitzumachen – das BAMF hat es abgelehnt. Das muss ich dann alles nicht mehr verstehen. Ich muss diese bürokratischen Abläufe alle nicht mehr verstehen, bei dem der eine es auf den anderen schiebt. Deswegen, meine Damen und Herren, habe ich immer davon gesprochen, dass derjenige, der zuständig ist für die Erstaufnahmeverfahren, dann bitte auch die Gesamtverantwortung übernehmen soll. Deswegen wird es nicht an uns liegen, die Erstaufnahmezentren komplett an den Bund abzugeben, dann

(Ministerpräsident Ramelow)

kann er selbst verantworten, wie er die Verfahren beschleunigt. Oder wir machen eine Verantwortungsteilung, dann müssen wir auch eine Finanzteilung machen. Und dann brauchen wir eine Verfahrenszusage, dass unterhalb einer Drei-Monats-Grenze ein Mensch weiß, dass er sein Zertifikat hat.

Dann gibt es eine andere Geschichte, bei der ich das noch mal sehr deutlich sagen will: Wir brauchen eine Modernisierung unserer Rechtssysteme. Das Zuwanderungsrecht unserer Bundesrepublik Deutschland ist ein seit Jahren blockiertes Debatthema, das nur ideologisch blockiert worden ist. Wir brauchen ein modernes Zuwanderungsrecht. Es ist mir neu, dass die AfD das erfunden hat. Diese Diskussion kenne ich noch, als Rot-Grün das erste Mal in die Bundesverantwortung kam und die große Hoffnung war, dass damit ein modernes Zuwanderungsrecht kommt und ein modernes Staatsbürgerrecht. Das moderne Staatsbürgerrecht ist damals in den Gesetzesgang gegangen. In Hessen gab es einen Wahlkampf. Da hat die CDU Wahlkampf gemacht, wo kann man hier gegen Ausländer unterschreiben. Ich habe das noch gut in Erinnerung.

(Beifall SPD)

Deswegen sage ich: Diese Form von Zuwanderungsrecht und Staatsbürgerrecht brauchen wir als Land für uns selbst. Das brauchen wir nicht ideologisch, das braucht auch nicht Rot-Rot-Grün, sondern die ganzen Fachleute, die sich mit Demografie beschäftigen, sagen: In den nächsten 20 Jahren fehlen der Bundesrepublik Deutschland 7 Millionen Menschen. Also ist die Frage: Wie gehen wir eigentlich damit um? Um es für Thüringen zu sagen: 5.000 freie Ausbildungsplätze, habe ich gesagt. Dieter Lauinger hat in der Regierungserklärung darauf hingewiesen. Alle Fachleute sagen, in den nächsten zehn Jahren fehlen 280.000 Facharbeiter in Thüringen. Wenn es nur 200.000 sind, wurscht, egal – 200.000. Warum fangen wir jetzt nicht an, diejenigen auszubilden, die dann die Facharbeiter sind, die wir dringend brauchen? Vor 20 Jahren haben uns die Lehrstellen gefehlt. Da haben wir darum gekämpft, mehr Lehrstellen. Das haben wir dann alles überbetrieblich gemacht. Das hat die alte Landesregierung gemacht. Die CDU hat damals viel Geld in die Erstausbildung investiert. Das war gut und richtig. Aber es war der Staat, der anstelle der Betriebe getreten ist, weil die Betriebe nicht die Menge ausgebildet haben, wie sie sie selbst gebraucht haben. Jetzt, 20 Jahre später, stellen wir fest, wir wissen, in zehn Jahren fehlen uns 280.000 Facharbeiter und wir haben 20.000 Menschen hier, bei denen wir sagen: Wie gehen wir damit um? Ich sage: Wann erkennen wir endlich, dass das 20.000 Menschen sind, die unter uns Schutz suchen, aber die für uns auch eine Chance bedeuten? Sie bedeuten eine Chance für

uns, uns zu öffnen, sie bedeuten eine Chance für uns, eine Bereicherung im Betrieb zu sein, und sie sind eine Chance für jeden in seiner Umgebung, der merkt, dass derjenige etwas will. Ja, lieber Herr Heym, ich kenne die Geschichte von der einen Familie aus Meiningen. Ich kenne aber auch die Geschichte von der Roma-Familie in Neuhaus. In Neuhaus, neunköpfige Roma-Familie, der Vater ist Schreinermeister. Wir haben mehrfach für ihn gekämpft, dass er endlich eine Arbeitsgenehmigung kriegt. Drei Kinder von ihm sind in der Berufsausbildung. Er spricht fließend Deutsch und muss abgeschoben werden – er sollte abgeschoben werden, das war der lange Kampf. Der Kampf war, er sollte abgeschoben werden gemäß Dublin, also Dubliner Abkommen, weil er über ein anderes Land eingereist war. Dann sollte er einfach abgeschoben werden. Dann haben die Bürgermeisterin und ganz viele Betriebe von Neuhaus gesagt, wir kämpfen um diese Familie, wir lassen nicht zu, dass die geht, weil alle von denen mittlerweile sozialisiert in Neuhaus sind. Da kann ich nur sagen: Das ist die Erfolgsgeschichte.

Jetzt, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, dürfen wir aber auch nicht die Augen verschließen vor Ladendiebstahl oder Vandalismus. Deswegen ist es mir eben auch nicht egal, wenn ich höre, dass da gerade 24 Straftaten von der Polizei ermittelt werden. Das kann man auch nicht akzeptieren. Das ist nicht zu dulden, weil wir kein Selbstbedienungsland sind. Auch wenn das ein Selbstbedienungsmarkt ist, ist es trotzdem nicht zum Einstecken und Mitnehmen. Auch das ist ein Teil dessen, was wir leisten müssen. Nur da, lieber Herr Heym, empfehle ich Ihnen ein intensives Gespräch mit der zuständigen Bildungsministerin. Die hat mir nämlich gesagt, dass die Schule, von der Sie erzählt haben, gerade eine Sprachklasse bekommen hat, dass man gerade dabei ist, das Thema dort aktiv anzugehen. Ich bestreite nicht, dass das so thematisiert wird. Ich bestreite nicht, dass Eltern ihre Kinder nicht mehr dahin schicken. Das bestreite ich alles nicht. Das ist ein falscher Weg, aber ich verstehe emotional, dass Eltern erst einmal so entscheiden. Trotzdem muss es unsere Aufgabe sein, das Problem zu betrachten und dann zu sagen: Welches Klima herrscht da? Warum wird die Polizei nicht eingeschaltet? Wer wird bedroht? Wer kriegt das Handy weggenommen? Da mache ich auch nicht die Augen zu, dass natürlich eine bestimmte Form von Handeln und Agieren leichter erscheint, wenn man dem anderen etwas wegnimmt. Rütli-Schule lässt grüßen. Haben wir alle vergessen, das ist ein paar Jahre her. Da hat es ähnliche Situationen gegeben und es hat so lange gedauert, bis die Zuständigen bei der Rütli-Schule gehandelt haben. Also lassen Sie uns doch gegenseitig das Vertrauen haben und sagen, wir reden miteinander, wenn so etwas entsteht, damit wir von vornherein gegensteuern kön-

(Ministerpräsident Ramelow)

nen. Dann wird man einfach sehen, was können wir tun, was können wir an Sozialarbeit leisten usw.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landesregierung hat vom Dezember an das Thema „Flüchtlinge“ in fast jeder Kabinettsitzung behandelt. Ich weiß gar nicht, ob eine Landesregierung jemals so häufig miteinander das Thema in den unterschiedlichsten Facetten behandelt hat. Wir haben jedes Mal gesagt, wir müssen noch mehr Kapazität leisten. Wir haben alle zusammen eine Vereinbarung. Das gesamte Thema „Kosten“ steht – so haben wir es genannt – vor der Klammer. Alles, was dort an Geld ausgegeben werden muss, wird nicht unter dem Aspekt betrachtet, ob man das Geld anders und weniger und geringer ausgeben kann. Trotzdem ist es so, dass die Fluchtgrößen und die Integrationsleistungen uns immer weiter fordern und fordern und fordern. Deswegen kommt es jetzt darauf an, welches Klima wir wechselseitig verabreden und wo wir eigentlich hinwollen.

Meine Damen und Herren, wenn wir Menschen einladen wollen, nach Thüringen zu kommen, und sie haben das Gefühl, dass Thüringen über Schlagzeilen definiert wird, die wir schon mal hatten: Brandanschlag auf die Erfurter Synagoge, der Gewaltausbruch jetzt in Suhl auf dem Friedberg usw., alle diese Meldungen führen dazu – und in Mühlhausen haben wir die Situation, Wolfgang Fiedler hat Mühlhausen begrüßt, unsere Entscheidung begrüßt, er hat eine Presseerklärung abgegeben. Seine eigenen Leute vor Ort haben uns sofort in den Hintern getreten, haben gesagt, der hat keine Ahnung, Erfurt soll sich raushalten. Das war die Reaktion der eigenen CDU.

(Zwischenruf Abg. Holzapfel, CDU: Das hält er aus!)

Wir sollten es zusammen aushalten. Denn in Mühlhausen versuchen wir gerade etwas ganz Neues. Wir versuchen dort, die Kreisverwaltung mit einziehen zu lassen, wir versuchen dort, die zentrale Aufnahmestelle mit einzurichten, und wir versuchen nebensächlich, die Berufsbildungseinrichtung dafür zu nutzen. Wir wollen, dass das Amtsgericht, wenn das leer gezogen ist, möglicherweise die Volkshochschule wird. Dann wird es ein Bildungs- und Integrationscampus und getrennt von diesem Teil entsteht das Industriegebiet an der Umgehungsstraße. Das ist die Voraussetzung, die wir für Mühlhausen jetzt geschaffen haben.

So ganz stressfrei ist das ja gerade nicht. Jeden Tag kommt da jemand und unterstellt, ihr macht da jetzt dieses oder jenes. Ja, meine Damen und Herren, ich gestehe, auch manchmal kann man in einer Verwaltung an eine Stelle kommen, da kann dann Wolfgang Fiedler sehr kraftvoll argumentieren. Da fühle ich mich dann unterstützt. Aber dann wird mir

gesagt – und ich will es einfach mal wiederholen: Die Görmar-Kaserne darf nicht bezogen werden, weil eine Brandmeldeanlage fehlt. Dann wird mir gesagt: Aber daneben dürfte ich Zelte aufstellen, denn in Zelten gilt das deutsche Brandschutzrecht nicht. Dann muss ich mal sagen: Als Ministerpräsident bin ich dann nicht bereit, solche Argumentationen zu akzeptieren. Also haben wir schon am 30. Juli das erste Mal diese Themen alle miteinander behandelt. Daraus entstanden ist die Taskforce. Die ist nicht erst in dem Moment entstanden, in dem ein Antrag der CDU eingereicht worden ist, sondern wir waren dabei, die Prozesse zu beschleunigen, weil wir einfach merken, dass selbst sechs gebundene Objekte noch nicht ausreichen, um die Aufgaben zu lösen. In diesem Zusammenhang war dann meine Empfehlung an die Zuständigen, wenn es irgendwie geht, dass diejenigen, die aus einem Fluchtland kommen und auf Flüchtlinge treffen, auf die sie herabsehen – auch das gibt es –, dass man das nicht zulassen darf, dass das Miteinander zu Eskalationen führt. Also wenn, wie in Sömmerda passiert, kosovarische junge Männer mit Stangen eritreische junge Männer verprügeln, ist das nicht zu akzeptieren, genauso wenig wie Lynchjustiz in Suhl akzeptiert werden kann. An all diesen Stellen kommt es aber darauf an, dass wir diesen Menschen eine Perspektive geben müssen. Da bleibe ich wieder bei all denen, die Suhl auf sich wirken lassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer unter der Bedingung von Suhl mehrere Wochen darauf wartet, ob er überhaupt nur einen Hauch von einer Klarheit hat und anschließend in irgendeinem Bus steigt und die Unklarheit noch mit ihm reist, weil das BAMF bis heute nicht in Suhl eingezogen ist, da, lieber Herr Mohring, bin ich erstaunt über Ihren Antrag, dass wir doch endlich Suhl zum eigenständigen Erstaufnahmezentrum machen sollen. Ja, das wollen wir die ganze Zeit. Das ist Entscheidungsgrundlage dessen, was wir die ganze Zeit vorantreiben wollten. Aber dazu braucht man auch die Instrumentarien, damit es ein vollständiges Erstaufnahmezentrum wird. Aus Mühlhausen wollen wir das Gleiche machen, die gleiche Entscheidung, damit dort alle Abläufe an einem Ort so organisiert werden können, dass die Menschen am Ende ein Zertifikat haben und wissen, wohin die Reise geht und nicht eine Reise ins Ungewisse.

Da, meine Damen und Herren, würde ich mir jetzt wünschen, dass wir in der nächsten Etappe mehr über Chancen reden, mehr über Zuwanderung als Chance für uns alle, Flüchtlinge oder Flüchtlingsströme als Herausforderung an uns und nicht als Bedrohung. Aus diesem Grund habe ich die Kolleginnen und Kollegen des Kabinetts gebeten, dass wir noch in dieser Woche ein kommunales Spitzentreffen organisieren. Das wird am 26.08., um 14.00 Uhr, in der Staatskanzlei sein, wo die kom-

(Ministerpräsident Ramelow)

munalen Spitzenverbände, Landkreistag, Gemeinde- und Städtebund, eingeladen sind, damit wir über Sorgen, Nöte, Sichten, aber genauso auch über Integrationsleistungen und Zukunftsperspektiven reden. Da werden die Ministerien, die alle bei uns Verantwortung tragen, mit am Tisch sein, um die Hand zu reichen und zu sagen, lassen Sie uns die Aufgaben gemeinsam lösen.

Eine letzte Bemerkung sei mir gestattet: Wer Kontakt zur CDU-Bundesvorsitzenden hat, der möge sich bitte auch dafür starkmachen, dass nicht nur der SPD-Anteil der Bundesregierung, der da Papiere formuliert hat, hier gelobt wird, sondern tatsächlich die Bundesregierung das macht, was dringend notwendig ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will das vom Sonnendeck nicht wiederholen, aber ich würde mich freuen, wenn die Bundesregierung uns alle gemeinsam begleiten würde, damit Integration gelingen kann und die Flüchtlinge nicht zu einem Thema werden, bei dem sich die Gesellschaft und unsere Bürger nur noch in Angst und Schrecken verjagt sehen, weil sie nicht mehr einordnen können, wo eigentlich eine gute Entwicklung ist, wo eine weniger gute Entwicklung ist.

Damit die Dinge sich in eine bessere Richtung drehen, sollten wir uns mal daran erinnern, vor 25 Jahren, als friedlich die Grenze von den DDR-Bürgern überwunden wurde. Vor 25 Jahren waren meine westdeutschen Brüder und Schwestern zeitweise damit auch ganz schön überfordert. Ich habe in Gießen gelebt. Mein Büro war neben der Zentralen Aufnahmestelle. Ich erinnere mich an das Klima, das damals in Gießen war. Das möchte heute niemand mehr so genau wissen. Ich weiß aber, dass es damals eine große Chance für Deutschland als Ganzes war, diese Aufgabe, die damals gestellt war, gemeinsam zu lösen. Ich finde, das ist die Chance, das, was wir jetzt an Klima haben, auch als Herausforderung zu nehmen, nicht um das eine mit dem anderen zu vergleichen, sondern einfach zu sagen, Menschen sind Menschen und Menschen, die auf der Flucht sind, sollten zumindest den Schutzraum bei uns nutzen können. Wir sollten ihnen sagen, wenn ihr den Schutzraum ordentlich benutzt und euch in dem Schutzraum so bewegt, wie wir uns auch bewegen, dann können wir gut zusammenleben und dann lernen wir von euch und ihr lernt von uns. Was ich nicht möchte, ist, dass alles das, was an kriegerischen Auseinandersetzungen in der Welt stattfindet, in unseren Köpfen immer mehr Platz bekommt. Ich habe Angst vor einer Gesellschaft, in der wir nur noch von Stacheldrahtzäunen reden. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. Bevor wir in die Abstimmung zu den Anträgen eintreten, gibt es noch eine Wortmeldung. Es hat das Wort Abgeordneter Möller, AfD-Fraktion.

Abgeordneter Möller, AfD:

Vielen Dank. Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen – also auch diejenigen, die sich nicht als solche angesprochen fühlen möchten –, ich hatte mich auch schon auf den Schluss der Debatte gefreut, aber dann hat Herr Ramelow gesagt, wir brauchen mehr Wissen. Da habe ich mir gedacht, recht hat er!

(Beifall AfD)

Wir haben heute einiges an Argumenten gehört, was gegen die Anerkennung weiterer sicherer Herkunftstaaten spräche, vor allem was die Länder des Westbalkans anbelangt. Insbesondere wurde dabei auf die angeblich hohen Anerkennungsquoten der Schweiz Bezug genommen. Da haben wir uns mal schlaugemacht. Ich sage es mal so, Sie stehen ja nicht ganz allein, wenn Sie sagen, dass die Schweiz sehr hohe Anerkennungsquoten für Menschen aus dem Kosovo, aus Albanien und aus Serbien hat. Auch der linke „Tagesspiegel“ hat Ähnliches behauptet und hat gesagt, dass die Schweiz bis zu 41 Prozent der Asylantragsteller im Kosovo anerkennt und 11,7 Prozent der Albaner und 37 Prozent der Serben. Wir haben uns aber kundig gemacht beim Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement, dort das Staatssekretariat für Migration, die haben uns ganz andere Zahlen genannt. Die ähneln erstaunlich stark den Zahlen in Deutschland, nämlich aus dem Kosovo 1,6 Prozent der Antragsteller, aus Albanien 0 und aus Serbien 2,4. So weit mal ganz sachlich die Wahrheit, wie es also wirklich aussieht.

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD: Man höre und staune!)

Ich empfehle Ihnen, wenn Sie demnächst recherchieren, wie die Anerkennungsquoten in anderen Ländern aussehen, fragen Sie die doch einfach und lesen Sie nicht in irgendwelchen linken Tagesblättern ab. Danke schön.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Höhn:

Aus den Reihen der Abgeordneten sehe ich keine Wortmeldungen mehr, auch nicht von der Regierungsbank. Damit schließe ich die Aussprache und wir kommen zu den Abstimmungen. Zunächst aber die Feststellung, dass ich keine Ausschussüberweisungen vernommen habe. Ich sehe auch keine Meldung, die diese begehrt, also ist keine Ausschussüberweisung beantragt.

(Vizepräsident Höhn)

Damit kommen wir direkt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 6/918. Wer diesem seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Die Gegenstimmen? Und die Stimmenthaltungen? Bei Stimmenthaltung des Abgeordneten Gentele, bei Gegenstimmen der Fraktionen Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und AfD ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung zu dem Alternativantrag der Fraktion der AfD in der Drucksache 6/928. Wer diesem seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Stimmen der AfD-Fraktion. Die Gegenstimmen? Das sind die Stimmen aus allen anderen Fraktionen dieses Hauses einschließlich des Abgeordneten Gentele. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung zum Alternativantrag der Fraktionen Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 6/945. Wer diesem die Zustimmung erteilt, den bitte ich jetzt um

das Handzeichen. Das sind die Fraktionen Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, SPD. Die Gegenstimmen? Gegenstimmen aus den Reihen der CDU-Fraktion, der AfD und des Abgeordneten Krumpe. Stimmenthaltungen? 1 Stimmenthaltung vom Abgeordneten Gentele. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Ich schließe die gemeinsame Beratung zu den Tagesordnungspunkten 1 und 2 und schließe damit auch die heutige außerplanmäßige Sitzung des Thüringer Landtags. Ich gebe noch den Hinweis, dass die nächsten regulären Plenarsitzungen am 9., 10. und 11. September 2015 stattfinden.

Ende: 16.23 Uhr